LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2003

Einzelplan 05

für den Geschäftsbereich des

Hessischen Ministeriums der Justiz

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
Vorwort		2
05 01	Ministerium	8
05 03	Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft	22
05 04	Ordentliche Gerichte	35
05 05	Vollzugsanstalten	55
05 08	Hessisches Finanzgericht	77
05 09	Verwaltungsgerichtsbarkeit	81
05 40	Gerichte für Arbeitsachen	101
05 50	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	112
05 98	Versorgung	123
	Abschluß des Einzelplans	126
	Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	128
	Stellenpläne, Stellenübersichten	129

Vorwort zum Einzelplan

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

- I. Der Einzelplan 05 enthält die Einnahmen und Ausgaben
 1. des Ministeriums (05 01)
 2. der Staatsanwaltschaften und der Anwaltschaft (05 03)
 3. der ordentlichen Gerichte (05 04)
 4. der Vollzugsanstalten (05 05)
 5. des Hessischen Finanzgerichts (05 08)
 6. der Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit (05 09)
 7. der Gerichte für Arbeitssachen (05 40)
 8. der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (05 50)
 9. der Versorgung (05 98)

- II. Dem Justizministerium eingegliedert ist das Justizprüfungsamt mit der Prüfungsabteilung I für die erste juristische Staatsprüfung und der Prüfungsabteilung II für die zweite juristische Staatsprüfung.

- III. Ordentliche Gerichte
 - a. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main mit auswärtigen Zivilsenaten in Darmstadt und Kassel.

 - b. 9 Landgerichte in

1. Darmstadt	4. Gießen	7. Limburg a. d. Lahn
2. Frankfurt am Main	5. Hanau	8. Marburg
3. Fulda	6. Kassel	9. Wiesbaden

 - c. 58 Amtsgerichte, davon 7 Amtsgerichte mit insgesamt 9 Zweigstellen
 - 11 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Darmstadt

1. Bensheim	5. Groß-Gerau	9. Offenbach am Main
2. Darmstadt	6. Lampertheim	10. Rüsselsheim
3. Dieburg	7. Langen (Hessen)	11. Seligenstadt
4. Fürth	8. Michelstadt	

Zweigstelle: Hirschhorn (Neckar)

 - 5 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Frankfurt am Main

1. Frankfurt am Main	3. Königstein im Taunus	5. Bad Vilbel
2. Bad Homburg v.d. Höhe	4. Usingen	

 - 4 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Fulda

1. Fulda	2. Bad Hersfeld	
Zweigstellen:	3. Hünfeld	
Gersfeld (Rhön),	4. Lauterbach (Hessen)	
Hilders, Neuhof		

6 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Gießen

1. Alsfeld	3. Butzbach	5. Gießen
2. Büdingen	4. Friedberg (Hessen)	6. Nidda

3 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Hanau

1. Gelnhausen	2. Hanau	3. Schlüchtern
Zweigstelle: Wächtersbach		Zweigstelle: Bad Soden-Salmünster

12 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Kassel

1. Bad Arolsen	5. Homberg (Efze)	10. Bad Wildungen
2. Eschwege	6. Kassel	11. Witzenhausen
Zweigstelle: Sontra		12. Wolfhagen
3. Fritzlar	7. Korbach	
4. Hofgeismar	8. Melsungen	
	9. Rotenburg a.d. Fulda	

6 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Limburg a. d. Lahn

1. Dillenburg	4. Limburg a.d. Lahn
2. Hadamar	5. Weilburg
3. Herborn	6. Wetzlar

5 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Marburg

1. Biedenkopf	2. Frankenberg (Eder)	3. Kirchhain
Zweigstelle:
Gladenbach	Zweigstelle:
Gemünden (Wohra)	4. Marburg
		5. Schwalmstadt

6 Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Wiesbaden

1. Eltville am Rhein	3. Idstein	5. Bad Schwalbach
2. Hochheim am Main	4. Rüdesheim am Rhein	6. Wiesbaden

IV. Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften

Die Staatsanwaltschaften bestehen bei dem Oberlandesgericht sowie bei den Landgerichten. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Darmstadt hat eine Zweigstelle in Offenbach am Main; die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Limburg a.d. Lahn eine Zweigstelle in Wetzlar. Eine selbständige Amtsanwaltschaft besteht in Frankfurt am Main.

V. Vollzugsanstalten

1. Justizvollzugsanstalt Butzbach mit Justizvollzugsanstalt Butzbach - Zweiganstalt Friedberg -
2. Justizvollzugsanstalt Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus - mit Abteilung für offenen Vollzug
3. Justizvollzugsanstalt Dieburg mit Abteilung für offenen Vollzug
4. Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main I mit
 - a) Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main I - Zweiganstalt Hanau
 - b) Einrichtung für Abschiebungshaft Offenbach am Main
5. Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main II
6. Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III mit Abteilung für offenen Vollzug für Frauen
7. Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main IV - Gustav-Radbruch-Haus - mit Zweiganstalt und Abteilung für den Vollzug von Jugendarrest Gelnhausen
8. Justizvollzugsanstalt Fulda
9. Justizvollzugsanstalt Gießen mit Abteilung für offenen Vollzug
10. Justizvollzugsanstalt Kassel I
11. Justizvollzugsanstalt Kassel II - Sozialtherapeutische Anstalt - mit Abteilung für offenen Vollzug
12. Justizvollzugsanstalt Kassel III mit
 - a) Justizvollzugsanstalt Kassel III - Zweiganstalt Kaufungen -
 - b) Abteilung für offenen Vollzug
13. Justizvollzugsanstalt Limburg a.d. Lahn
14. Justizvollzugsanstalt Rockenberg mit Abteilung für offenen Vollzug in Groß-Gerau - Fliedner-Haus -
15. Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt mit Abteilung für offenen Vollzug
16. Justizvollzugsanstalt Weiterstadt
17. Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

VI. Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H. B. Wagnitz-Seminar - in Wiesbaden

VII. Das Hessische Finanzgericht in Kassel

VIII. Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

a) Der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel

b) 5 Verwaltungsgerichte in

1. Darmstadt	4. Kassel
2. Frankfurt am Main	5. Wiesbaden
3. Gießen	

IX. Gerichte für Arbeitsachen

a. Das Hessische Landesarbeitsgericht in Frankfurt am Main

b. 12 Arbeitsgerichte in

1. Darmstadt	5. Hanau	9. Marburg
2. Frankfurt am Main	6. Bad Hersfeld	10. Offenbach am Main
3. Fulda	7. Kassel	11. Wetzlar
4. Gießen	8. Limburg a.d. Lahn	12. Wiesbaden

X. Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

a) Das Hessische Landessozialgericht in Darmstadt

b) 7 Sozialgerichte in

1. Darmstadt	4. Gießen	7. Wiesbaden
2. Frankfurt am Main	5. Kassel	
3. Fulda	6. Marburg	

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 05		2003	2002
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	-	-
1	Eigene Einnahmen	447.803.100	335.535.200
2	Übertragungseinnahmen	1.595.000	1.460.000
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	-	-
Gesamteinnahmen		449.398.100	336.995.200
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	656.685.300	640.064.500
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	255.615.200	245.493.800
	Ausgaben für den Schuldendienst	300.000	250.000
6	Übertragungsausgaben	20.340.700	19.201.700
7	Bauausgaben	3.000.000	2.294.600
8	Sonstige Investitionsausgaben	17.310.000	12.971.000
9	Besondere Finanzierungsausgaben	500.700	218.000
Gesamtausgaben		953.751.900	920.493.600
Zuschuss / Überschuss		-504.353.800	-583.498.400

C. Personalsoll

	2003	Stellen	
		davon Leerstellen	2002 davon Leerstellen
Beamte und Richter	8.500,5	432,5	8.424,0
beamtete Hilfskräfte	--	--	12,0
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	1.921,0	--	3.164,0
Angestellte	5.596,5	294,0	4.261,5
davon Auszubildende	704,0		704,0
Arbeiter	123,0	5,0	125,5
davon Auszubildende	--		--
Zusammen	16.141,0	731,5	15.987,0

D. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Ab dem Haushaltsjahr 2000 soll bis zum Jahr 2008 die bisherige kamerale Haushaltsführung auf eine ergebnisorientierte Haushaltssteuerung (Produkthaushalt) umgestellt werden. Die neue Haushaltssteuerung beruht auf der doppelten Buchführung mit Kosten- und Leistungsrechnung sowie entsprechendem Controlling und sieht eine leistungsorientierte Mittelzuweisung mit dezentralen Kostenbudgets und dezentraler Kostenverantwortung vor.

Bis zur Umstellung auf die ergebnisorientierte Haushaltssteuerung werden die Verwaltungseinheiten weiter auf kameraler Basis nach den Grundsätzen des sog. Rauschholzhausener Modells budgetiert. Weiterhin werden in sich zeitlich überschneidenden Staffeln (vgl. Vorwort zu den einzelnen Kapiteln) bis zum Jahr 2004 in allen Einführungsprojekten (Mandanten) das kaufmännische Rechnungswesen mit Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt und Produkte definiert mit dem Ziel, den Haushalt ab 2005 beginnend auf Basis einer leistungsorientierten Mittelzuweisung (Produkthaushalt) aufzustellen.

Einzelheiten werden in der von der Landesregierung festgelegten Staffelpassung geregelt. Danach beginnen ein Amtsgericht und der Justizvollzug mit sechs Dienststellen zum 1. Januar 2003 und ein Landgerichtsbezirk mit sieben Dienststellen, der Justizvollzug mit sieben Dienststellen und die Verwaltungsgerichtsbarkeit mit sechs Dienststellen zum 1. Juli 2003 mit der kaufmännischen Buchführung. Im Bereich des Hessischen Finanzgerichts und dem Justizvollzug mit fünf Dienststellen wurde die kaufmännische Buchführung bereits zum 1. Juli 2002 eingeführt (Produktivsetzung).

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
119 51 011	Vermischte Einnahmen	1 000	1 000	3
124 01 011	Mieten und Pachten	11 000	11 000	11 140
Erläuterungen:				
	1. Amts- und Dienstwohnungen	11 000 EUR		
	2. Sonstiges	-- EUR		
	Zusammen	11 000 EUR		
132 01 011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	--	--	--
132 02 011	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	--	--	--
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)				
235 01 011	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	--	--	--
Erläuterungen:				
Förderleistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen zur Altersteilzeitarbeit.				
235 02 011	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	--	--	--
Erläuterungen:				
Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellung von Schwerbehinderten werden direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechenden Personalausgaben geleistet werden.				
235 03 011	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	--	--	--
Erläuterungen:				
Hier sind die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu buchen, die nach den §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für allgemeine Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung.				
261 01 011	Erstattungen der Datenverarbeitungs-Auftragsstelle der staatlichen Hochbauverwaltung	--	--	--
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist die Erstattung anteiliger Grund- und Gesprächsgebühren sowie Personal- und Wartungskosten der Datenverarbeitungs-Auftragsstelle der staatlichen Hochbauverwaltung nach Nr. 2.3 der Fernsprechvorschriften für die Verwaltung des Landes Hessen (StAnz. 1986, S. 720 ff).				

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus
Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen;
besondere Finanzierungseinnahmen
(Vermögenswirksame und besondere
Finanzierungseinnahmen)**

359 01 951	Entnahme aus der Rücklage	--	--	111 564
	Erläuterungen: Hier kann auch die Entnahme aus der im Haushaltsjahr 2002 gebildeten Personalausgabenrücklage gebucht werden.			
359 02 951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	--	--	--
381 01 991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72	--	--	--
	Erläuterungen: Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können.			
381 02 991	Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83	--	--	--
	Erläuterungen: Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwaltung.			
	Gesamteinnahmen	<hr/> 55 400	<hr/> 52 000	<hr/> 168 693 <hr/>

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

A U S G A B E N

Personalausgaben

412 02 011	Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger	4 000	4 000	2 116
Erläuterungen:				
Entschädigungen der Mitglieder des Richterwahlausschusses nach § 14 Hessisches Richtergesetz. Hieraus können auch Reisekosten der Krafffahrer gezahlt werden.				
421 01 011	Amtsbezüge des Ministers - Laufende Zahlungen -	154 000	153 000	145 663
	Erhält eine Dienstaufwandsentschädigung von jährlich 2.147 EUR.			
Erläuterungen:				
1.	Amtsbezüge	151 800 EUR		
2.	Dienstaufwandsentschädigung	2 200 EUR		
Zusammen		154 000 EUR		
421 02 011	Amtsbezüge des Ministers - Einzelzahlungen -	--	--	--
422 01 011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Laufende Zahlungen -	6 774 100	6 285 000	5 565 335
Erläuterungen:				
1.	Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen	6 774 100 EUR		
2.	Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
Zusammen		6 774 100 EUR		
Haushaltsmittel in Höhe von 256.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
422 02 011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Einzelzahlungen -	1 100	800	1 125
Erläuterungen:				
1.	Übergangsgelder	-- EUR		
2.	Sondervergütungen	-- EUR		
3.	Nachversicherung ausscheidender Beamter	-- EUR		
4.	Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
5.	Ehrengaben	1 100 EUR		
Zusammen		1 100 EUR		
422 41 011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Leerstellen -	--	--	--
425 01 011	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	3 294 600	3 292 000	2 795 887

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Erläuterungen:				
1.	Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	3 286 900 EUR		
2.	Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
3.	Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge	7 700 EUR		
4.	Besondere Zulagen	-- EUR		
	Zusammen	3 294 600 EUR		
425 02 011	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	800	500	461
Erläuterungen:				
1.	Ehrengaben	800 EUR		
2.	Übergangsgelder, Abfindungen	-- EUR		
3.	Sondervergütungen	-- EUR		
4.	Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
	Zusammen	800 EUR		
425 11 011	Vergütungen für Zeitangestellte	1 070 000	90 000	104 115
Erläuterungen:				
Ausgaben für eine betriebswirtschaftliche Fachkraft zur Einführung eines gerichtsspezifischen Rechnungswesens.				
425 41 011	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	--
426 01 011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen -	436 000	441 000	459 131
Erläuterungen:				
1.	Löhne, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	419 400 EUR		
2.	Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
3.	Lohn für Mehrarbeit und Überstunden, Zeitzuschläge	16 600 EUR		
	Zusammen	436 000 EUR		
426 02 011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen -	800	--	--
Erläuterungen:				
1.	Ehrengaben	800 EUR		
2.	Übergangsgelder, Abfindungen	-- EUR		
3.	Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
	Zusammen	800 EUR		
426 03 011	Löhne der ständigen, nichtvollbeschäftigten Kräfte	55 000	62 000	53 583

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 86 Arbeitsstunden je Woche.

426 41 011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen -	--	--	--
427 01 011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aus- hilfskräfte	20 800	21 000	56 049
427 06 011	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aus- hilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten Ausgaben können zu Lasten des Aufkommens der Stellen der beurlaubten Bediensteten geleistet werden.	--	--	78 239

Erläuterungen:

Für den Zeitraum des Erziehungsurlaubs können im notwendigen Um-
fang Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt werden.

427 08 011	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnah- men zur Arbeitsbeschaffung	--	--	--
453 01 011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	30 000	25 000	38 902

Erläuterungen:

Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf im Rahmen der gel-
tenden Bestimmungen.

459 05 011	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens in der hessischen Landesverwaltung	--	--	--
------------	--	----	----	----

Erläuterungen:

Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem
"Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für
angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie
gewährt.

461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben . . . Bei Besoldungserhöhungsgesetzen sind das Ministerium der Fi- nanzen und das Ministerium des Innern und für Sport ermächtigt, bereits vor Verabschiedung des Gesetzes entspre- chend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten. Der Ansatz ist gesperrt.	--	--	--
462 01 981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben . . Die globale Minderausgabe kann mit Zustimmung des Ministe- riums der Finanzen auch durch Einsparungen bei Landesperso- nal, das aus Mitteln außerhalb der Hauptgruppe 4 finanziert wird, erwirtschaftet werden.	--	-6 675 000	--

Erläuterungen:

Die Konsolidierungsbeiträge 2000 - 2003 sind in den Einzelansätzen
berücksichtigt.

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst**

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01 011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	907 000	530 400	604 057
------------	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Geschäftsbedarf	60 000 EUR
2. Kommunikation	490 000 EUR
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	150 000 EUR
4. Bedarf für EDV	97 000 EUR
5. Sonstiges	110 000 EUR

Zusammen 907 000 EUR
Haushaltsmittel in Höhe von 97.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

514 01 011	Haltung von Fahrzeugen	61 000	40 000	46 678
------------	----------------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 13.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

514 02 011	Dienst- und Schutzkleidung	1 000	1 000	--
------------	--------------------------------------	-------	-------	----

517 01 011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	300 000	300 000	248 639
------------	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

In Betracht kommen

A. Landeseigene Gebäude

2003

Anzahl: 1 (1)

L A G E	Friedensneubauwerte Altbauten Neu- bzw. Umbauten (nach 1993)	
	Mark	Mark
	2 122 800	--
Summe	2 122 800	--
davon 12 v.H.	254 800	--
davon 5 v.H.	--	--

**B. Gemietete/gepachtete Grundstücke
(Gebäude und Räume)**

2003

Anzahl: 2 (2)

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
1. Heizung	71 000 EUR			
2. Licht- und Kraftstrom	69 000 EUR			
3. Reinigung	110 000 EUR			
4. Sonstiges	50 000 EUR			
Zusammen	300 000 EUR			
518 01 011 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume		22 000	17 000	11 681
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Mieten für Prüfungssäle in Frankfurt am Main, Gießen, Marburg und Kassel zur Durchführung juristischer Staatsprüfungen.				
518 02 011 Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge		70 000	66 000	61 147
Erläuterungen: Aus dem Ansatz können auch Leasingraten für Kraftfahrzeuge finan- ziert werden.				
519 01 011 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anla- gen		130 000	130 000	104 032
Erläuterungen: 1. Landeseigene Gebäude 130 000 EUR 2. Sonstiges -- EUR				
Zusammen	130 000 EUR			
525 61 011 Aus- und Fortbildung		30 000	17 000	5 344
Erläuterungen: 1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen -- EUR 2. Fortbildungsveranstaltungen 17 000 EUR 3. Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen -- EUR 4. Fortbildungsveranstaltungen für EDV 13 000 EUR 5. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften -- EUR				
Zusammen	30 000 EUR			
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für Fortbildungsveranstaltungen in den Bereichen Personalentwicklung, neues Haushaltswesen und Schu- lung von Führungskräften. Haushaltsmittel in Höhe von 13.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
526 01 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		90 000	45 000	12 876
527 01 011 Reisekosten		95 000	95 000	91 888
529 01 011 Verfügungsmittel		8 000	6 400	7 157
Erläuterungen: Für außergewöhnlichen Aufwand in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind im einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.				

Kapitel 05 01
Ministerium

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
529 04 011	Bewirtungskosten	25 000	20 000	18 185
	Erläuterungen: Die Mittel sind bestimmt für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen, insbesondere anlässlich der Einweihung von Dienstgebäuden, dem Wechsel von Führungspersonal oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen.			
531 01 011	Veröffentlichungen	130 000	130 000	101 532
	Die von der Justizverwaltung herausgegebenen amtlichen Druckwerke dürfen ohne Entgelt an andere Dienststellen abgegeben werden.			
	Erläuterungen:			
	1. Amtliche Druckwerke	65 000 EUR		
	2. Öffentlichkeitsarbeit	65 000 EUR		
	3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	-- EUR		
	4. Andere Veröffentlichungen	-- EUR		
	Zusammen	130 000 EUR		
	Zu U-Teil 1 sind die Kosten für den Druck und Vertrieb des Justiz-Ministerial-Blatts für Hessen sowie für die Herstellung von amtlichen Handausgaben für den Dienstgebrauch veranschlagt. Neue gesetzliche Vorschriften erfordern die Neufassung zahlreicher Verwaltungsvorschriften, die als Handausgaben den Gerichten und Justizbehörden zur Verfügung gestellt werden müssen.			
	Zu U-Teil 2 sind u.a. die Kosten für die Neuerstellung von Broschüren und die Herausgabe von Informationsschriften, auch zur Nachwuchswerbung, zur Sicherung der dezentralen Pressearbeit bei den Justizbehörden und zur Darstellung im Internet veranschlagt.			
538 01 011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	165 000	104 000	124 942
	Erläuterungen: Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt. Veranschlagt sind des Weiteren die Kosten für den dpa-Nachrichtenbezug und die Bewachung des Dienstgebäudes in der Luisenstr. 7 - 13.			
544 01 011	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	--	--	--
545 01 011	Durchführung rechtswissenschaftlicher Symposi- en	4 000	4 000	660
	Erläuterungen: Zur Durchführung herausgehobener rechtswissenschaftlicher Symposien anlässlich der Begegnungen mit den Rechtsprofessoren des Landes Hessen und Vertretern der hessischen Gerichte und des Ministeriums der Justiz.			
545 02 011	Hessischer Verfassungsbeirat	--	--	--
545 03 011	Zur Durchführung überregionaler und regionaler Konferenzen, Klausurtagungen und sonstiger Ver- anstaltungen	15 000	15 000	15 110

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

n e u

545 04	011	Aufwendungen der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung	11 200	--	--
--------	-----	---	--------	----	----

Erläuterungen:

Umsetzung von Kap. 17 02 - 545 01 (7.700 EUR) und Kap. 09 35 - 682 73 (3.500 EUR).

546 01	011	Vermischter Sachaufwand	--	--	--
--------	-----	-------------------------	----	----	----

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

681 01	011	Schadenersatzleistungen Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

685 06	011	Zuwendungen und Beiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	1 157 700	1 157 700	1 038 844
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

1. Zuwendung an den Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen zur Durchführung von Einführungs- und Fortbildungslehrgängen für hessische Schiedsleute 23 000 EUR
2. Zuwendung für die "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe" 1 500 EUR
3. Zuwendungen an Projekte, die sich mit der Vermeidung von Untersuchungshaft und vorbeugenden Maßnahmen gegen Jugendkriminalität befassen. 189 100 EUR
4. Zuwendungen an die Beratungsstellen für Opfer und Zeugen von Straftaten in Darmstadt, Frankfurt am Main, Hanau, Gießen, Kassel, Limburg/Weilburg und Wiesbaden (Modell "Hanauer Hilfe") 660 000 EUR
5. Zuwendung für Modellprojekte "Täter-Opfer-Ausgleich" 214 700 EUR
6. Zuwendung an das Deutsche Forum für Kriminalprävention 20 000 EUR
7. Zuwendung an den Verein Förderung der Bewährungshilfe zur Unterstützung der ehrenamtlichen Bewährungshilfe 49 000 EUR
8. Mitgliedsbeiträge an Vereine 400 EUR

Zusammen	1 157 700 EUR
----------	---------------

Baumaßnahmen

711 01	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen
(Sonstige Investitionsausgaben)**

811 01	011	Erwerb von Kraftfahrzeugen	--	--	--
812 01	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen Verpflichtungsermächtigung	142 000	30 000	59 272
		Haushaltsjahr	EUR		
		2004	50 000		
		2005	50 000		
		2006	50 000		
		2007ff	100 000		
		Gesamtverpflichtung	250 000		

Erläuterungen:

1. Erstmalige Anschaffungen	-- EUR
2. Ersatzbeschaffungen	30 000 EUR
3. Beschaffungen für EDV	112 000 EUR

Zusammen 142 000 EUR
Haushaltsmittel in Höhe von 112.000 Euro wegen Auflösung der
ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

Besondere Finanzierungsausgaben

919 01	951	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	--	--	--
		Erläuterungen: Der Bestand der Rücklage (Personalausgabenrücklage im Einzelplan 05) zum 31.12.2001 beträgt 9.651.452 EUR.			
919 02	951	Zuführung an die Investitionsrücklage	--	--	--
972 01	989	Globale Minderausgaben	--	--	--
981 63	991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaus- halts	--	--	--

Erläuterungen:

Für die vom HCC für Anwender angebotenen Schulungen im Zusammen-
hang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und
SAP R/3 sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten, die im
Wege der haushaltstechnischen Verrechnung an Kap. 06 16 - 381 63
abzuführen sind.

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Titelgruppen

Titelgruppe 70
Modernisierung der hessischen Justiz

511 70	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	600 000	1 963 000	1 100 667
514 70	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	600 000	5 000	508
neu					
518 70	011	Mieten und Pachten für Geräte und Fahrzeuge	2 500	--	--
519 70	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	800 000	1 618 000	788 804
525 70	011	Aus- und Fortbildung, Anwenderschulung	500 000	1 253 000	666 142
527 70	011	Reisekosten	5 000	5 000	15 590
537 70	011	Behördenumzüge, Verlegungen u.ä.	--	76 000	--
538 70	011	Sonstige Dienstleistungen und Erstattungen	2 197 500	1 669 000	2 179 768
547 70	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	51 000	5 000	51 821
711 70	011	Kleine Neu- um und Erweiterungsbauten	500 000	453 000	331 877
812 70	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	4 791 000	3 000 000	5 109 597
Verpflichtungsermächtigung					
Haushaltsjahr		EUR			
2004		6 950 000			
2005		6 950 000			
2006		6 950 000			
2007ff		13 050 000			
Gesamtverpflichtung		33 900 000			
Summe Titelgruppe 70			10 047 000	10 047 000	10 244 775

**Kapitel 05 01
Ministerium**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	IST 2001 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Weggefallene Titel				
812 13 011	Erwerb von Fernmeldeanlagen	--	--	--
Weggefallene Titelgruppen				
Titelgruppe 69 Automationsunterstützung				
422 69 011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	--	256 000	201 474
511 69 011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	97 000	175 961
514 69 011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	--	13 000	21 917
518 69 011	Mieten und Pachten	--	--	--
519 69 011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	--	--	--
525 69 011	Aus- und Fortbildung, Anwenderschulung	--	13 000	34 280
527 69 011	Reisekosten	--	--	--
538 69 011	Dienstleistungen Außenstehender	--	25 000	56 407
547 69 011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	--	--	--
812 69 011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	82 000	45 435
	Summe Titelgruppe 69	--	486 000	535 474
	Gesamtausgaben	25 252 100	16 940 800	22 632 896

Kapitel 05 01
Ministerium

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Abschluss Kapitel 05 01

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	55 400	52 000	57 129
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	111 564
	Gesamteinnahmen	55 400	52 000	168 693
4	Personalausgaben	11 841 200	3 955 300	9 502 079
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	6 820 200	8 262 800	6 545 793
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	1 157 700	1 157 700	1 038 844
7	Baumaßnahmen	500 000	453 000	331 877
8	Sonstige Investitionsausgaben	4 933 000	3 112 000	5 214 304
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	--
	Gesamtausgaben	25 252 100	16 940 800	22 632 896
	Zuschuss/Überschuss	-25 196 700	-16 888 800	-22 464 203

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
119 01 052	Einnahmen aus Nebentätigkeit	--	--	--
119 02 052	Verkaufserlöse für unbrauchbare oder entbehrliche Geräte, Maschinen und Ausrüstungs- gegenstände sowie für Altstoffe	1 000	2 000	--
119 06 052	Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatlicher Einrichtungen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die aus- schließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergü- tung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für die Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	1 000	1 000	--
119 41 052	Rückzahlungen von Überzahlungen	10 000	10 000	--
119 46 052	Ersatzleistungen	15 000	20 000	--
119 51 052	Vermischte Einnahmen	50 000	41 000	--
	Erläuterungen: Veranschlagt sind Kassenüberschüsse, gefundenes Geld und andere, unvorhergesehene Einnahmen.			
124 01 052	Mieten und Pachten	200	200	--
	Erläuterungen: 1. Amts- und Dienstwohnungen -- EUR 2. Sonstiges 200 EUR			
Zusammen	200 EUR			
132 01 052	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	--	--	--
132 02 052	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger bewegli- cher Sachen	--	--	--
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
235 01 052	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgeset- zes	--	--	--
235 02 052	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwer- behinderten	--	--	--
	Erläuterungen: Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellungen von Schwerbehinderten ab dem Jahr 2001 werden künftig direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechen- den Personalausgaben geleistet werden.			
235 03 052	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	--	--	--

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Hier sind die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu buchen, die nach den §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für allgemeine Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung gewährt werden. Vergleiche Titel 427 08.

281 01	052	Erstattung von Prozeßkosten	20 000	20 000	--
--------	-----	---------------------------------------	--------	--------	----

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus
Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen;
besondere Finanzierungseinnahmen
(Vermögenswirksame und besondere
Finanzierungseinnahmen)**

359 01	951	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Hier kann auch die Entnahme aus der im Haushaltsjahr 2001 gebildeten Personalausgabenrücklage (Kap. 05 01 - 919 02) gebucht werden.

359 02	951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

381 01	991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden dürfen.

381 02	991	Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesvertretung.

Gesamteinnahmen	42 097 200	36 194 200	--
----------------------------------	------------	------------	----

A U S G A B E N

Personalausgaben

412 01	052	Entschädigungen ehrenamtlicher Richter und anderer Beisitzer	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

412 02	052	Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

422 01	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Laufende Zahlungen -	36 782 300	36 898 000	--
--------	-----	--	------------	------------	----

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Erläuterungen:				
1.	Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen	36 782 300 EUR		
2.	Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
	Zusammen	36 782 300 EUR		
Haushaltsmittel in Höhe von 71.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
422 02 052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Einzelzahlungen -	170 000	170 000	--
Erläuterungen:				
1.	Ehrengaben	40 000 EUR		
2.	Zulagen, Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
3.	Übergangsgelder, Abfindungen	-- EUR		
4.	Sondervergütungen	130 000 EUR		
	Zusammen	170 000 EUR		
422 03 052	Mehrarbeitsvergütung der Beamtinnen und Beamten	1 000	1 000	--
Erläuterungen:				
Vergütungen für Mehrarbeit nach Maßgabe der Verordnung vom 26. April 1972 (BGBl. I S. 747) in der jeweils geltenden Fassung.				
422 41 052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Leerstellen -	--	--	--
425 01 052	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	18 064 600	18 129 000	--
Erläuterungen:				
1.	Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	18 064 600 EUR		
2.	Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
3.	Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge	-- EUR		
4.	Besondere Zulagen	-- EUR		
	Zusammen	18 064 600 EUR		
Haushaltsmittel in Höhe von 37.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
425 02 052	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	7 700	7 100	--
Erläuterungen:				
1.	Ehrengaben	7 700 EUR		
2.	Übergangsgelder, Abfindungen	-- EUR		
3.	Sondervergütungen	-- EUR		
4.	Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
	Zusammen	7 700 EUR		
425 41 052	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	--

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
426 01 052	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen -	149 000	153 000	--
Erläuterungen:				
	1. Löhne, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	149 000 EUR		
	2. Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
	3. Lohn für Mehrarbeit und Überstunden, Zeitzuschläge	-- EUR		
	Zusammen	149 000 EUR		
426 02 052	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen -	--	500	--
426 03 052	Löhne der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte .	255 000	255 000	--
Erläuterungen:				
	1. Reinigungsdienst	255 000 EUR		
	2. Sonstige Hilfeleistungen	-- EUR		
	Zusammen	255 000 EUR		
Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 375 Arbeitsstunden je Woche.				
426 41 052	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen -	--	--	--
427 01 052	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	124 000	126 000	--
Erläuterungen:				
Zu Lasten des Ansatzes dürfen auch die Vergütungen für Vorlesekräfte gebucht werden.				
427 02 052	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	31 000	31 000	--
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Vergütungen für 3 Praktikanten für Berufe des Sozialdienstes (Gerichtshilfe).				
427 06 052	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten	--	--	--
Ausgaben können zu Lasten des Aufkommens der Stellen der beurlaubten Bediensteten geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Für den Zeitraum des Erziehungsurlaubs können im notwendigen Umfang Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt werden.				
427 08 052	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	--	--	--
427 22 052	Entschädigung für nebenamtlich oder nebenberuflich Tätige	--	--	--
Erläuterungen:				
Vergabe von Zustellungsaufträgen an Bedienstete des Justizwachtmeisterdienstes im Nebenamt zur Eindämmung der Portoauslagen.				

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
427 25 052	Entschädigungen nebenamtlicher Amtsanwälte . . .	7 000	7 000	--
	Erläuterungen: Nebenamtliche örtliche Sitzungsvertreter der Amtsanwaltschaft erhalten eine Pauschalvergütung, die nach einem Stundensatz von 5 EUR errechnet wird.			
427 61 052	Entschädigung nebenamtlicher Ausbilder und Prüfer des Personals	--	--	--
	Erläuterungen: Richter und Staatsanwälte als Leiter von Arbeitsgemeinschaften für Rechtsreferendare erhalten eine Aufwandsentschädigung oder, wenn sie nicht entlastet sind, eine Lehrvergütung; Lehrkräfte in einer Arbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendare oder in einem Lehrgang für Beamtenanwärter erhalten eine Entschädigung nach dem Runderlaß vom 02. November 1990 (JMBl. S. 527, 555). Die Entschädigung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse für die Staats- und Anstellungsprüfungen richtet sich nach dem Runderlaß vom 10. Dezember 1992 (JMBl. 1993, S. 16 ff, 74).			
443 05 052	Entschädigung an Bedienstete für eine selbstgestellte Vorlesekraft	--	--	--
	Erläuterungen: Nach § 11 Abs. 3 SchwbG in Verbindung mit Abschnitt IV Nr. 6 des Gemeinsamen Runderlasses (Fürsorgeerlass) vom 30. Juni 1999 (StAnz. S. 1266) ist dafür zu sorgen, daß blinden bzw. hochgradig sehbehinderten Bediensteten eine Vorlesekraft zur Verfügung steht, wenn die Art ihrer Tätigkeit dies erfordert. Beschäftigt der Bedienstete eine Vorlesekraft selbst, so werden ihm die entstehenden tatsächlichen Aufwendungen in angemessenem Umfang erstattet.			
453 01 052	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	20 000	20 000	--
	Erläuterungen: Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf im Rahmen der geltenden Bestimmungen.			
459 05 052	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens in der hessischen Landesverwaltung	--	--	--
	Erläuterungen: Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie gewährt.			
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben . . . Vgl. Vermerk bei Kap. 05 01.	--	--	--
462 01 981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben . . . Vgl. Vermerk bei Kapitel 05 01.	--	--	--
Sächliche Verwaltungsausgaben				
Ausgaben für den Schuldendienst				
511 01 052	Sächliche Verwaltungsausgaben Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1 687 000	1 751 600	--

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Geschäftsbedarf	525 000 EUR
2. Kommunikation	150 000 EUR
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	300 000 EUR
4. Bedarf für EDV	497 000 EUR
5. Sonstiges	215 000 EUR

Zusammen 1 687 000 EUR

Umsetzung der Portoaussgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den

Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 590.000 Euro.

Haushaltsmittel in Höhe von 497.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automatinsunterstützung) umgesetzt.

514 01 052 Haltung von Fahrzeugen	271 000	30 000	--
---	---------	--------	----

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 241.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

514 02 052 Dienst- und Schutzkleidung	19 000	19 000	--
---	--------	--------	----

517 01 052 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	458 700	449 300	--
---	---------	---------	----

Erläuterungen:

In Betracht kommen

A. Landeseigene Gebäude

2003

Anzahl: 2 (2)

Friedensneubauwerte
Altbauten Neu- bzw. Umbauten
(nach 1993)

L A G E	Mark	Mark
---------	------	------

Summe		
davon 12 v.H.	12 720	--
davon 5 v.H.	--	14 500

B. Gemietete/gepachtete Grundstücke (Gebäude und Räume)

2003

Anzahl: 7 (6)

1. Heizung	141 000 EUR
2. Licht- und Kraftstrom	138 700 EUR
3. Reinigung	115 000 EUR
4. Sonstiges	64 000 EUR

Zusammen 458 700 EUR

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
518 01 052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1 722 100	1 668 100	--
	Erläuterungen:			
	1. Mieten für Dienstgebäude und - räume	1 722 100 EUR		
	2. Mieten für Wohngebäude und Wohnungen	-- EUR		
	3. Pachten für unbebaute Grundstücke	-- EUR		
	Zusammen	1 722 100 EUR		
518 02 052	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	150 000	150 000	--
	Erläuterungen:			
	Aus dem Ansatz können auch Leasingraten für Kraftfahrzeuge gezahlt werden.			
519 01 052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anla- gen	162 000	82 000	--
	Erläuterungen:			
	1. Landeseigene Gebäude	19 100 EUR		
	2. Sonstiges	142 900 EUR		
	Zusammen	162 000 EUR		
	Zu 1.: Für die laufende bauliche Unterhaltung (12 bzw. 5 v.H. der Friedensneubauwerte).			
	Zu 2.: Für die laufende bauliche Unterhaltung der gemieteten, gepach- teten oder überlassenen Gebäude und Grundstücke nach den Instandsetzungsunterlagen-Bau.			
	Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
525 61 052	Aus- und Fortbildung	91 000	25 000	--
	Erläuterungen:			
	1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	-- EUR		
	2. Fortbildungsveranstaltungen	35 000 EUR		
	3. Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	15 000 EUR		
	4. Fortbildungsveranstaltungen für EDV	41 000 EUR		
	5. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	-- EUR		
	Zusammen	91 000 EUR		
	Haushaltsmittel in Höhe von 41.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
526 01 052	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	55 000	15 000	--
527 01 052	Reisekosten	146 000	127 000	--
	Erläuterungen:			
	Haushaltsmittel in Höhe von 16.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
531 02 052	Aufwendungen zur Unterrichtung der Öffentlich- keit	200	200	--
	Erläuterungen:			
	Hier sind die Kosten der Staatsanwaltschaften und der Amtsanwaltschaft zu buchen, die anlässlich der Unterrichtung der Öff- entlichkeit über bedeutsame Vorgänge entstehen.			

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
536 02 052	Entschädigungen beigeordneter Anwälte 1. Die Titel 536 02 bis 536 14 sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Die Ausgabeermächtigung dieser Titel erhöht sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei Titel 112 01.	10 000	10 000	--
Erläuterungen: 536 02 bis 536 14				
Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Vergütungen der				
a) im Wege der Prozeßkostenhilfe beigeordneten Rechtsanwälte (§§ 121 bis 127 BRAGO) aufgrund des Gesetzes über die Prozeßkostenhilfe vom 13. Juni 1980 (BGBl. I S. 677)				
b) Rechtsanwälte in der Beratungshilfe (§§ 131 ff. BRAGO) aufgrund des Beratungshilfegesetzes vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689)				
c) in Strafverfahren gerichtlich zum Verteidiger bestellten oder in Strafverfahren oder gerichtlichen Bußgeldverfahren beigeordneten Rechtsanwälte (§§ 97 bis 103, § 105 Abs. 3 BRAGO).				
536 03 052	Zeugenentschädigungen	75 000	75 000	--
536 04 052	Sachverständigenentschädigungen	1 300 000	2 900 000	--
536 05 052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	1 700 000	2 500 000	--
536 06 052	Bekanntmachungskosten	1 000	1 000	--
536 07 052	Andere Verfahrensauslagen	890 000	700 000	--
Erläuterungen:				
Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 590.000 Euro.				
536 08 052	Reisekosten des Gerichts	10 000	10 000	--
536 09 052	Auslobungen und Belohnungen	20 000	13 000	--
536 14 052	Entschädigungen der Dolmetscher und Übersetzer	300 000	1 650 000	--
537 01 052	Kranken-, Gefangenenvorföhrungs- und ähnliche Beförderungskosten	2 000	2 000	--
537 02 052	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä. .	120 000	10 000	--
Erläuterungen:				
Mehr wegen Umzug der Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main.				
538 01 052	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	1 089 000	--	--
Erläuterungen:				
Haushaltsmittel in Höhe von 1.089.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
544 01 052	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	1 000	1 000	--
546 01 052	Vermischter Sachaufwand	1 000	1 000	--

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

632 06	052	Verwaltungskostenerstattung an das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausbildung hessischer Staatsanwaltsanwärter an der Justizausbildungsstätte in Monschau	16 000	18 000	--
--------	-----	--	--------	--------	----

681 01	052	Schadenersatzleistungen Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.	50 000	--	--
--------	-----	---	--------	----	----

681 02	052	Entschädigungen für Opfer von Straftaten von Gefangenen und Maßregelvollzugspatienten	450 000	50 000	--
--------	-----	---	---------	--------	----

Erläuterungen:

Für Opfer von Straftaten, die durch Gefangene des hessischen Justizvollzuges außerhalb einer Vollzugsanstalt oder durch Maßregelvollzugspatienten des hessischen Maßregelvollzuges außerhalb einer Maßregelvollzugseinrichtung begangen werden, können in Härtefällen Entschädigungsleistungen gewährt werden, wenn aus humanitären Gründen rasche Hilfe notwendig ist. Die Opfer erhalten die Leistungen als freiwillig übernommene Soforthilfe des Staates aus Billigkeit, ohne dass ein Rechtsanspruch hierauf besteht.

681 05	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Titel 112 01.	80 000	100 000	--
--------	-----	---	--------	---------	----

Erläuterungen:

Die Entschädigungen werden gewährt:

- a) für unschuldig erlittene Straf- und Untersuchungshaft sowie für unberechtigte Maßnahmen der Sicherung und Besserung nach dem Gesetz über die Entschädigungen für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971(BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1988 (BGBl. I S. 638).
- b) für eingezogene Sachen und Rechte (§ 74 f StGB, § 436 Abs.3 StPO, § 68 a StVollstrO).
- c) an in Disziplinarverfahren unschuldig Verurteilte (§ 100 HDO).

Außergerichtliche Kosten werden aus der Staatskasse aufgrund gerichtlicher Entscheidung an Verfahrensbeteiligte namentlich in folgenden Fällen erstattet:

- a) an freigesprochene oder außer Verfolgung gesetzte Angeschuldigte (§§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 StPO),
- b) in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten,

685 06	052	Zuwendungen und Beiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	77 000	77 000	--
--------	-----	--	--------	--------	----

Erläuterungen:

Zuwendung an einen freien Träger für Einrichtung und Betrieb einer Kindertagesstätte für Kinder von Justizbediensteten in Limburg.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Baumaßnahmen

711 01	052	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	--	24 600	--
--------	-----	---	----	--------	----

**Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen
(Sonstige Investitionsausgaben)**

811 01	052	Erwerb von Kraftfahrzeugen	26 000	--	--
--------	-----	--------------------------------------	--------	----	----

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffung eines Transportfahrzeuges für die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Darmstadt.

812 01	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen Verpflichtungsermächtigung	2 162 300	80 000	--
--------	-----	--	-----------	--------	----

Haushaltsjahr	EUR
2004	170 000
2005	170 000
2006	170 000
2007ff	340 000

Gesamtverpflichtung	850 000
---------------------	---------

Erläuterungen:

1. Erstmalige Anschaffungen	-- EUR
2. Ersatzbeschaffungen	80 000 EUR
3. Beschaffungen für EDV	2 082 300 EUR

Zusammen	2 162 300 EUR
----------	---------------

Haushaltsmittel in Höhe von 2.082.300 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

821 01	052	Grunderwerb	--	--	--
--------	-----	-----------------------	----	----	----

Besondere Finanzierungsausgaben

919 01	951	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

919 02	951	Zuführung an die Investitionsrücklage	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

981 01	991	Abführung an Kap. 02 03 - 381 01 für die Zählkartenerhebung bei den Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten	86 000	97 000	--
--------	-----	--	--------	--------	----

neu

981 02	991	Abführung an Kap. 03 80 - 381 88 Vgl. Haushaltsvermerk bei Tit. 112 03.	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

981 63	991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Für die vom HCC für Anwender angebotenen Schulungen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten, die im Wege der haushaltstechnischen Verrechnung an Kap. 06 16 - 381 63 abzuführen sind.

Weggefallene Titel

633 01	052	Verwaltungskostenerstattung an den Landeswohlfahrtsverband Hessen für den Maßregelvollzug	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Die Kosten für den Maßregelvollzug werden seit dem Haushaltsjahr 2002 bei Kap. 08 32 veranschlagt.

812 13	052	Erwerb von Fernmeldeanlagen	--	--	--
--------	-----	---------------------------------------	----	----	----

Weggefallene Titelgruppen

Titelgruppe 69
Automationsunterstützung bei den Staatsanwaltschaften und der Staatsanwaltschaft

422 69	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	--	--	--
425 69	052	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	--	--	--
427 69	052	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Hilfskräften in Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten	--	--	--
429 69	052	Nicht aufteilbare Personalausgaben	--	--	--
511 69	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	315 000	--
514 69	052	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	--	153 000	--
518 69	052	Mieten und Pachten	--	--	--
519 69	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	--	51 000	--
525 69	052	Aus- und Fortbildung, Anwenderschulung	--	26 000	--
527 69	052	Reisekosten	--	10 000	--

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
538 69 052	Dienstleistungen Außenstehender	--	690 000	--
547 69 052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	--	--	--
812 69 052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrü- stungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegen- stände	--	1 588 000	--
	Summe Titelgruppe 69	--	2 833 000	--
	Gesamtausgaben	68 839 900	71 267 400	--

Abschluss Kapitel 05 03

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	42 077 200	36 174 200	--
2	Übertragungseinnahmen	20 000	20 000	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
	Gesamteinnahmen	42 097 200	36 194 200	--
4	Personalausgaben	55 611 600	55 797 600	--
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 281 000	13 435 200	--
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	673 000	245 000	--
7	Baumaßnahmen	--	24 600	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	2 188 300	1 668 000	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	86 000	97 000	--
	Gesamtausgaben	68 839 900	71 267 400	--
	Zuschuss/Überschuss	-26 742 700	-35 073 200	--

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

05 04 Ordentliche Gerichte

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Gruppe 536 und des Titels 681 05 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112 01.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 4 bis 6 können einer allgemeinen Rücklage (Titel 919 01), 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 7 und 8 einer Investitionsrücklage (Titel 919 02) zugeführt werden. Die Investitionsrücklage kann nur für investive Zwecke verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.
6. Die VV zu § 46 und die VV Nr. 3 zu § 61 LHO finden keine Anwendung. Ein Schadensausgleich findet statt.

E I N N A H M E N

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

112 01 052	Gerichtsgebühren, Geldstrafen und Geldbußen bei den ordentlichen Gerichten 1. Im Strafverfahren eingezogene Gegenstände dürfen, wenn ihre Veräußerung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht tunlich ist, unentgeltlich an andere Dienststellen abgegeben werden. 2. Vgl. auch Vermerk bei Tit. 536 02 bis 536 14 und 681 05.	385 000 000	279 000 000	332 276 184
Erläuterungen: Der Betrag ist geschätzt. Mehr aufgrund zu erwartender Verbandsgeldbußen von Banken (§§ 17,30 OwiG).				
112 02 052	Einnahmen der Schlichtungsstelle in Zivilsachen	--	--	--
Erläuterungen: Schlichtungsgebühren und Auslagen der Schlichter.				
n e u				
112 03 052	Gebühren aus dem Betrieb von ADV-Verfahren	150 000	--	--
Erläuterungen: Erträge (Anschluss-, monatliche Grund-, gestaffelte Abrufgebühr) nach der Verordnung über Grundbuchabrufverfahrengebühren vom 30. November 1994 (BGBl. I S. 3580, 3585).				
119 01 052	Einnahmen aus Nebentätigkeit	--	--	383
119 02 052	Verkaufserlöse für unbrauchbare oder entbehrliche Geräte, Maschinen und Ausrüstungsgegenstände sowie für Altstoffe	5 000	7 000	3 681

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
119 06 052	Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatlicher Einrichtungen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	7 000	6 000	8 277
119 41 052	Rückzahlungen von Überzahlungen	130 000	130 000	134 524
119 46 052	Ersatzleistungen	85 000	184 000	79 480
119 51 052	Vermischte Einnahmen Lehrgangsteilnehmern im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 HTVG sowie Teilnehmern an Fortbildungsveranstaltungen im ausschließlich dienstlichen Interesse bei der Deutschen Richterakademie in Trier wird Unterkunft und Verpflegung unentgeltlich gewährt (§ 52 Abs. 1 LHO).	550 000	429 000	1 503 531
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Einnahmen aus verfallenen Hinterlegungsmassen und Sicherheiten, ferner Kassenüberschüsse, gefundenes Geld und andere, unvorhergesehene Einnahmen.				
Bei der Justizausbildungs- und Fortbildungsstätte des Landes Nordrhein-Westfalen in Monschau sind von Lehrgangsteilnehmern (Amtsanwalts- und Gerichtsvollzieheranwärter) i.S. des § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 HTVG täglich zu entrichten:				
- für Unterkunft 0,92 EUR				
- für Verpflegung 3,12 EUR.				
124 01 052	Mieten und Pachten	240 000	223 000	249 412
Erläuterungen:				
1. Amts- und Dienstwohnungen 81 100 EUR				
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume 152 800 EUR				
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen -- EUR				
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften 1 000 EUR				
5. Andere Mieten und Pachten -- EUR				
6. Sonstige Nutzungsverhältnisse (Gestattungsverträge u.a.) 5 100 EUR				
Zusammen		240 000 EUR		
132 01 052	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	--	--	--
132 02 052	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	--	--	989
132 03 052	Einnahmen aus der Abgabe von Entscheidungssammlungen	3 000	--	3 784
Erläuterungen:				
Abgabe von Entscheidungssammlungen der Infothek (Datenbank) der Familiensenate des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.				

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

231 01 052	Verwaltungskostenerstattungen des Bundes Erläuterungen: Erstattungen des Bundes von Verfahrenskosten, Auslagen von Verfahrensbeteiligten und Entschädigungen, die das Land aufgrund von Strafverfahren, in denen das Oberlandesgericht in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes entscheidet, zu tragen oder zu leisten hat (Art.3 Ges. v.8.9.1969, BGBl. I S. 1582; JMBI. 1989 S. 313), sowie von Ausgleichsbezügen nach § 11 a Soldatenversorgungsgesetz (SVG) und verauslagten Reisekosten aus Anlaß der Teilnahme an Informationstagungen, Kontaktbesuchen bei der Truppe und der Durchführung von militärischen ärztlichen Untersuchungen zur Feststellung der Verwendungsfähigkeit in der Wehrstrafgerichtsbarkeit, auch wenn die Reisekostenvergütung aus einem anderen Kapitel angewiesen ist.	150 000	150 000	425 580
231 02 052	Zuweisungen des Bundes für die Kriminologische Zentralstelle Erläuterungen: Die Zuweisungen des Bundes werden über das Land Hessen geleitet, das nach der Gründungsvereinbarung des Bundes und der Länder vom Juni 1981 hinsichtlich des laufenden Finanzbedarfs des Vereins in Vorlage tritt (vgl. Titel 685 21).	346 000	330 000	315 451
232 01 052	Zuweisungen der Länder für die Kriminologische Zentralstelle Erläuterungen: Die Zuweisungen der übrigen Länder werden über das Land Hessen geleitet, das nach der Gründungsvereinbarung des Bundes und der Länder vom Juni 1981 hinsichtlich des laufenden Finanzbedarfs des Vereins in Vorlage tritt (vgl. Titel 685 21).	321 000	300 000	290 228
235 01 052	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes Erläuterungen: Förderleistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen zur Altersteilzeitarbeit.	--	--	--
235 02 052	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten Erläuterungen: Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellung von Schwerbehinderten ab dem Jahr 2001 werden künftig direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechenden Personalausgaben geleistet werden.	--	--	--
235 03 052	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit Erläuterungen: Hier sind die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu buchen, die nach den §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für allgemeine Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung gewährt werden. Vergleiche Titel 427 08.	--	--	--

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
281 01 052	Erstattung von Prozeßkosten	--	--	24 287
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)				
359 01 951	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	--	--	--
Erläuterungen:				
Hier kann auch die Entnahme aus der im Haushaltsjahr 2001 gebilde- ten Personalausgabenrücklage (Kap. 05 01 - 919 02) gebucht werden.				
359 02 951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	--	--	--
381 01 991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72	--	--	--
In Höhe der Einnahmen dürfen Mehrausgaben im Kapitel geleis- tet werden.				
Erläuterungen:				
Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben ver- wendet werden können.				
381 02 991	Zuführung aus Kap. 17 16 - 981 80	--	--	--
Erläuterungen:				
Die Personalkosten, die durch den Einsatz hessischer Richter und Rechtspfleger im Justizdienst der neuen Bundesländer entstehen, wer- den durch eine Zuführung aus dem Aktionsprogramm Hessen/ Thürin- gen gedeckt.				
381 03 991	Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83	--	--	--
Erläuterungen:				
Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäfti- gung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwal- tung.				
Weggefallene Titel				
112 69 052	Gebühren aus dem Betrieb von ADV-Verfahren . . .	--	--	80 546
Gesamteinnahmen		386 987 000	280 759 000	335 396 338

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

A U S G A B E N

Personalausgaben

Für die ambulante Nachsorge von entlassenen Strafgefangenen können mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen nach Maßgabe des § 8 Abs. 1 Haushaltsgesetz bis zu 2 kw-behaftete besetzte Planstellen und Stellen von anderen Einzelplänen nebst den entsprechenden Personalmitteln unter Wegfall der kw-Vermerke in dieses Kapitel umgesetzt werden.

412 01	052	Entschädigungen ehrenamtlicher Richter und anderer Beisitzer	1 120 000	1 120 000	1 057 295
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Die bei den Gerichten als ehrenamtliche Richter zugezogenen Personen werden nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1753), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325), entschädigt.

412 02	052	Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger	60 000	62 000	46 645
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier die an Ortsgerichtsmitglieder zu zahlenden Ehrengaben und die ihnen zu erstattenden Auslagen bei Schätzungen in den Fällen des § 64 SGB, sowie die Auslagen der ehrenamtlichen Bewährungshelfer und die Entschädigungen der Vertrauensleute in den Ausschüssen zur Wahl der Schöffen.

412 03	052	Entschädigungen der Schlichter in der Schlichtungsstelle in Zivilsachen	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

422 01	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Laufende Zahlungen -	165 076 500	164 205 000	192 211 925
--------	-----	---	-------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

1.	Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen	165 072 800 EUR
2.	Aufwandsentschädigungen	3 700 EUR

Zusammen 165 076 500 EUR
Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

422 02	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Einzelzahlungen -	318 000	318 000	427 612
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1.	Übergangsgelder	-- EUR
2.	Sondervergütungen	111 300 EUR
3.	Nachversicherung ausscheidender Beamter	-- EUR
4.	Zulagen und Aufwandsentschädigungen	143 600 EUR
5.	Ehrengaben	63 100 EUR

Zusammen 318 000 EUR

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
422 03 052	Mehrarbeitsvergütung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	4 000	4 000	-422
Erläuterungen:				
Vergütungen für Mehrarbeit nach Maßgabe der Verordnung vom 26. April 1972 (BGBl. I S. 747) in der jeweils geltenden Fassung.				
422 41 052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Leerstellen -	--	--	1 063 262
422 61 052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Laufende Zahlungen -	16 900 000	28 400 000	26 103 425
422 62 052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Einzelzahlungen -	--	--	16
422 63 052	Unterhaltsbeiträge an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die Nicht-EU-Ausländer oder staatenlos sind	239 000	239 000	129 492
Erläuterungen:				
Aus dem Ansatz können die laufenden monatlichen Zuwendungen an bis zu 30 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die Nicht-EU-Ausländer sind und ihren juristischen Vorbereitungsdienst im Land Hessen ableisten, bis zur Höhe des Unterhaltszuschusses für deutsche Rechtsreferendare geleistet werden.				
425 01 052	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	80 971 500	82 852 000	90 260 499
Erläuterungen:				
1. Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung 80 547 100 EUR				
2. Aufwandsentschädigungen -- EUR				
3. Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge 424 400 EUR				
4. Besondere Zulagen -- EUR				
<hr style="width: 20%; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>				
Zusammen 80 971 500 EUR				
Haushaltsmittel in Höhe von 185.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
425 02 052	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	33 600	32 000	32 332
Erläuterungen:				
1. Ehrengaben 30 000 EUR				
2. Übergangsgelder, Abfindungen -- EUR				
3. Sondervergütungen -- EUR				
4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen 3 600 EUR				
<hr style="width: 20%; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>				
Zusammen 33 600 EUR				
425 41 052	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	4 253

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
neu				
425 61 052	Unterhaltsbeihilfen der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	10 500 000	--	--
426 01 052	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen -	1 904 700	2 015 000	2 075 253
Erläuterungen:				
1. Löhne, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung		1 899 100 EUR		
2. Aufwandsentschädigungen		4 100 EUR		
3. Lohn für Mehrarbeit und Überstunden, Zeitzuschläge		1 500 EUR		
Zusammen		1 904 700 EUR		
426 02 052	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen -	700	2 400	1 233
Erläuterungen:				
1. Ehrengaben		700 EUR		
2. Übergangsgelder, Abfindungen		-- EUR		
3. Zulagen und Aufwandsentschädigungen		-- EUR		
Zusammen		700 EUR		
426 03 052	Löhne der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte .	2 485 000	2 485 000	2 990 149
Erläuterungen:				
1. Reinigungsdienst		2 203 200 EUR		
2. Sonstige Hilfeleistungen		281 800 EUR		
Zusammen		2 485 000 EUR		
Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 4.116 Arbeitsstunden je Woche.				
426 41 052	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen -	--	--	--
427 01 052	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	1 200 000	957 000	1 275 601
Erläuterungen:				
Zu Lasten des Ansatzes dürfen auch die Vergütungen für Vorlesekräfte gebucht werden. Mehr für erforderliche Außenkontrollen infolge eines sicherheitsrelevanten Strafverfahrens.				
427 02 052	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	154 000	154 000	83 637
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Vergütungen für 12 Praktikanten für Berufe des Sozialdienstes (Bewährungshilfe).				
427 06 052	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten	--	--	7 941 089
Ausgaben können zu Lasten des Aufkommens der Stellen der beurlaubten Bediensteten geleistet werden.				

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Für den Zeitraum des Erziehungsurlaubs können im notwendigen Umfang Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt werden.

427 08	052	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	--	--	419 288
427 22	052	Entschädigung für nebenamtlich oder nebenberuflich Tätige	40 000	46 000	31 997

Erläuterungen:

Vergabe von Zustellungsaufträgen an Bedienstete des Justizwachmeisterdienstes im Nebenamt zur Eindämmung der Portoauslagen.

427 25	052	Entschädigungen nebenamtlicher Amtsanwälte . .	13 000	13 000	15 814
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Nebenamtliche örtliche Sitzungsvertreter der Anwaltschaft erhalten eine Pauschalvergütung, die nach einem Stundensatz von -5- EUR errechnet wird.

427 61	052	Entschädigungen nebenamtlicher Ausbilder und Prüfer des Personals	1 490 000	1 500 000	1 248 026
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Hauptamtliche Lehrkräfte an der Verwaltungsfachhochschule und der Ausbildungsstätte für den mittleren Justizdienst in Rotenburg a.d.Fulda erhalten eine Aufwandsentschädigung, Lehrbeauftragte eine Vergütung. Richter und Staatsanwälte als Leiter von Arbeitsgemeinschaften für Rechtsreferendare erhalten eine Aufwandsentschädigung oder, wenn sie nicht entlastet sind, eine Lehrvergütung; Lehrkräfte in einer Arbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendare oder in einem Lehrgang für Beamtenanwärter erhalten eine Entschädigung nach dem Runderlaß vom 02. November 1990 (JMBl. S. 527, 555).

Die Entschädigung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse für die Staats- und Anstellungsprüfungen richtet sich nach dem Runderlaß vom 10. Dezember 1992 (JMBl. 1993, S. 16 ff, 74).

427 62	052	Entschädigungen nebenamtlicher Prüfer der Notare	48 000	48 000	44 253
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Dienstaufsicht des Landes erfordert die Durchführung von Notarprüfungen. Veranschlagt sind die Vergütungen für die mit den Notarprüfungen befaßten, im Hauptamt nicht entlasteten Richter.

n e u

429 01	052	Nicht aufteilbare Personalausgaben	409 000	--	--
--------	-----	--	---------	----	----

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 409.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

443 05	052	Entschädigung an Bedienstete für eine selbstgestellte Vorlesekraft	22 000	22 000	--
--------	-----	--	--------	--------	----

Erläuterungen:

Nach § 11 Abs. 3 SchwbG in Verbindung mit Abschnitt IV Nr. 6 des Gemeinsamen Runderlasses (Fürsorgeerlass) vom 30. Juni 1999 (StAnz. S. 2266) ist dafür zu sorgen, daß blinden bzw. hochgradig sehbehinderten Bediensteten eine Vorlesekraft zur Verfügung steht, wenn die Art ihrer Tätigkeit dies erfordert. Beschäftigt der Bedienstete eine Vorlesekraft selbst, so werden ihm die entstehenden tatsächlichen Aufwendungen in angemessenem Umfang erstattet.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
453 01 052	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	345 000	345 000	322 440
	Erläuterungen: Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf im Rahmen der geltenden Bestimmungen.			
459 03 052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamten	21 795 500	12 610 800	22 808 941
	Erläuterungen: Gerichtsvollzieher und Vollziehungsbeamte der Justiz erhalten eine Vergütung nach der Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst vom 8. Juli 1976 (BGBl. I S. 1783) sowie reisekostenrechtliche Abfindung nach der Verordnung über die Abfindung der Gerichtsvollzieher und der Vollziehungsbeamten der Justiz bei Dienstreisen und Dienstgängen in Vollstreckungsangelegenheiten vom 5. November 1969 (GVBl. I S. 203), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 1991 (GVBl. I S. 323). Gerichtsvollzieher erhalten weiterhin eine Entschädigung nach der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher vom 2. September 1998 (GVBl. I S. 334) in der jeweils geltenden Fassung (GVBl. II S. 323 - 123), und im übrigen Auslagenersatz nach der Gerichtsvollzieherordnung (GVO) und den Hessischen Ergänzungsbestimmungen hierzu. Vollziehungsbeamte der Justiz erhalten weiterhin Auslagenersatz nach der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz (JDVO) vom 18. Februar 1992 (JMBl. S. 145).			
459 05 052	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens in der hessischen Landesverwaltung	--	--	--
	Erläuterungen: Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie gewährt.			
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben . . . Vgl. Vermerk bei Kapitel 05 01.	--	--	--
462 01 981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben . . . Vgl. Vermerk bei Kapitel 05 01.	--	--	--
Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst				
Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01 052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12 103 700	26 879 300	27 097 173

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Geschäftsbedarf	2 300 000 EUR
2. Kommunikation	3 913 700 EUR
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1 990 000 EUR
4. Bedarf für EDV	2 300 000 EUR
5. Sonstiges	1 600 000 EUR

Zusammen 12 103 700 EUR

Haushaltsmittel in Höhe von 2.300.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 18.300.000 Euro.

514 01 052 Haltung von Fahrzeugen	960 000	67 000	94 399
---	---------	--------	--------

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 890.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

514 02 052 Dienst- und Schutzkleidung	119 000	119 000	125 608
---	---------	---------	---------

517 01 052 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	8 449 300	7 314 000	6 977 952
---	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

In Betracht kommen

A. Landeseigene Gebäude

2003

Anzahl: 111 (109)

Friedensneubauwerte
Altbauten Neu- bzw. Umbauten
(nach 1993)

L A G E	Mark	Mark	
---------	------	------	--

Summe			
davon 12 v.H.	5 307 531		
davon 5 v.H.		437 790	

B. Gemietete/gepachtete Grundstücke (Gebäude und Räume)

2003

Anzahl: 56 (47)

1. Heizung	2 000 000 EUR
2. Licht- und Kraftstrom	1 649 300 EUR
3. Reinigung	3 600 000 EUR
4. Sonstiges	1 200 000 EUR

Zusammen 8 449 300 EUR

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
518 01 052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume Das Ministerium der Justiz wird ermächtigt, mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen einen Vertrag über die Anmietung von noch zu errichtenden Mietgebäuden zur Unterbringung von folgenden Gerichten zu schließen: a) Amtsgericht Offenbach am Main b) Justizbehörden Wiesbaden	9 693 300	8 575 400	5 998 993
	Erläuterungen:			
	1. Mieten für Dienstgebäude und - räume	9 675 900 EUR		
	2. Mieten für Wohngebäude und Wohnungen	-- EUR		
	3. Pachten für unbebaute Grundstücke	17 400 EUR		
	Zusammen	9 693 300 EUR		
518 02 052	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	680 000	680 000	696 158
	Erläuterungen: Aus dem Ansatz können auch Leasingraten für Kraftfahrzeuge gezahlt werden.			
519 01 052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3 876 000	3 026 000	2 276 608
	Erläuterungen:			
	1. Landeseigene Gebäude	2 937 600 EUR		
	2. Sonstiges	938 400 EUR		
	Zusammen	3 876 000 EUR		
	Zu 1.: Für die laufende bauliche Unterhaltung (12 bzw. 5 v.H. der Friedensneubauwerte).			
	Zu 2.: Für die laufende bauliche Unterhaltung der gemieteten, gepachteten oder überlassenen Gebäude und Grundstücke nach den Instandsetzungsunterlagen-Bau.			
	Haushaltsmittel in Höhe von 806.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
525 61 052	Aus- und Fortbildung	1 234 000	525 000	542 067
	Erläuterungen:			
	1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	833 600 EUR		
	2. Fortbildungsveranstaltungen	253 000 EUR		
	3. Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	17 900 EUR		
	4. Fortbildungsveranstaltungen für EDV	109 000 EUR		
	5. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	20 500 EUR		
	Zusammen	1 234 000 EUR		
	Haushaltsmittel in Höhe von 109.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt. Mehr (625.000 Euro) zur Erstattung der Kostenbeiträge für Unterkunft und Verpflegung bei den Rotenburger Bildungsstätten, die ab dem 1. Januar 2003 aufgrund der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und der damit einhergehenden Kosten- und Leistungsrechnung erhoben werden.			
526 01 052	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	175 000	200 000	225 735
527 01 052	Reisekosten	383 000	293 000	416 087

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

531 02	052	Aufwendungen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit	500	1 000	153
--------	-----	---	-----	-------	-----

Erläuterungen:

Hier sind die Kosten der Gerichte zu buchen, die anlässlich der Unterrichtung der Öffentlichkeit über bedeutsame Vorgänge in der Justiz entstehen.

533 63	052	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	50 000	40 000	49 793
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 JAG in der Fassung vom 7. November 1985 (GVBl. I S.212) durchzuführenden praktischen Studienzeiten sowie die Kosten für Eignungsuntersuchungen.

536 02	052	Entschädigungen beigeordneter Anwälte 1. Die Titel 536 02 bis 536 14 sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Die Ausgabeermächtigung dieser Titel erhöht sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei Titel 112 01.	28 600 000	28 300 000	28 597 300
--------	-----	--	------------	------------	------------

Erläuterungen: 536 02 bis 536 14

Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 536 02

Veranschlagt sind die Vergütungen der

- a) im Wege der Prozeßkostenhilfe beigeordneten Rechtsanwälte (§§ 121 bis 127 BRAGO) aufgrund des Gesetzes über die Prozeßkostenhilfe vom 13.Juni 1980 (BGBl.I S. 677)
- b) Rechtsanwälte in der Beratungshilfe (§§ 131 ff. BRAGO) aufgrund des Beratungshilfegesetzes vom 18. Juni 1980 (BGBl.I S.689)
- c) in Strafverfahren gerichtlich zum Verteidiger bestellten oder in Strafverfahren oder gerichtlichen Bußgeldverfahren beigeordneten Rechtsanwälte (§§ 97 bis 103, § 105 Abs.3 BRAGO).

536 03	052	Zeugenentschädigungen	3 725 000	3 925 000	3 640 644
--------	-----	---------------------------------	-----------	-----------	-----------

536 04	052	Sachverständigenentschädigungen	26 600 000	27 100 000	27 795 871
--------	-----	---	------------	------------	------------

536 05	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	4 000 000	4 000 000	5 329 874
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

536 06	052	Bekanntmachungskosten	9 400 000	9 800 000	9 323 008
--------	-----	---------------------------------	-----------	-----------	-----------

536 07	052	Andere Verfahrensauslagen	19 600 000	900 000	1 674 553
--------	-----	-------------------------------------	------------	---------	-----------

Erläuterungen:

Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 18.300.000 Euro.

536 08	052	Reisekosten des Gerichts	60 000	70 000	61 860
--------	-----	------------------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

1. Inlandsreisen	27 000 EUR
2. Auslandsreisen	33 000 EUR

Zusammen	60 000 EUR
----------	------------

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
536 09 052	Auslobungen und Belohnungen	--	2 000	16 873
536 10 052	Kosten in Betreuungssachen	28 500 000	28 100 000	26 460 151
536 11 052	Gebühren und Auslagen der Ortsgerichte	210 000	250 000	204 312
536 12 052	Kosten in Insolvenzsachen	4 000 000	2 000 000	1 115 005
	Erläuterungen: Haushaltsstelle für alle in Insolvenzsachen anfallenden Entschädigungen und sonstigen zu den Titeln der Gruppe 536 gehörenden Verfahrensauslagen mit Ausnahme der Titel 536 06 u. 536 07.			
536 14 052	Entschädigungen der Dolmetscher und Übersetzer	5 800 000	4 700 000	5 915 814
	Erläuterungen: Haushaltsstelle für Entschädigungen für Dolmetscher und Übersetzer, außer in Betreuungs- und Insolvenzsachen.			
537 01 052	Kranken-, Gefangenenvorführungs- und ähnliche Beförderungskosten	15 000	15 000	12 146
537 02 052	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä.	75 000	70 000	82 946
538 01 052	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	8 288 000	1 300 000	173 719
	Erläuterungen: Mehr wegen erhöhter Ausgaben für die Beschäftigung privater Sicherheitsunternehmen. Haushaltsmittel in Höhe von 6.488.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
544 01 052	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	5 000	5 000	14 420
546 01 052	Vermischter Sachaufwand	6 000	6 000	6 865
	Ausgaben für den Schuldendienst			
575 01 921	Hinterlegungszinsen	300 000	250 000	277 884
	Erläuterungen: Veranschlagt sind Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen. Der Zinssatz beträgt 1 vom Tausend monatlich (§ 8 Hinterlegungsordnung i.d.F. des Gesetzes vom 18. Oktober 1956, GVBl. S. 147)			
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)			
632 03 052	Verwaltungskostenerstattung an das Land Baden-Württemberg für die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg	65 000	75 000	51 702

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Die aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung der Landesjustizverwaltungen errichtete Zentralstelle in Ludwigsburg hat die Aufgabe, durch umfassende Sammlung und Auswertung noch auffindbarer Materialien die Verfolgung von Verbrechen vorzubereiten, die im Zusammenhang mit den Kriegseignissen an Zivilpersonen ausserhalb eigentlicher Kriegshandlungen, insbesondere durch sogenannte Einsatzkommandos und auch außerhalb des Bundesgebietes in Konzentrationslagern und ähnlichen Einrichtungen begangen wurden. Die Kosten der Zentralstelle werden nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Länder am 1. April des jeweiligen Jahres auf die Länder umgelegt. Auf das Land Hessen werden voraussichtlich 65.000 EUR entfallen.

632	05	052	Verwaltungskostenerstattung an das Land Rheinland-Pfalz für die Richterakademie in Trier . .	110 000	110 000	104 973
-----	----	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Die Deutsche Richterakademie ist nach einem Beschluß der Justizministerkonferenz durch das Land Rheinland-Pfalz in Trier errichtet worden. Die Kosten der Errichtung und Erstausrüstung wurden vom Land Rheinland-Pfalz und vom Bund aufgebracht. Die Betriebskosten werden vom Bund und den Ländern je zur Hälfte getragen. Der Anteil der Länder wird unter ihnen zu zwei Drittel nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl aufgeteilt. Auf das Land Hessen werden unter Einbeziehung der Weiterbildungsstätte Wustrau in die Deutsche Richterakademie voraussichtlich 110.000 EUR entfallen.

632	06	052	Verwaltungskostenerstattung an das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausbildung hessischer Gerichtsvollzieheranwärter an der Justizausbildungsstätte in Monschau	52 000	77 000	64 652
-----	----	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen sind die während der Lehrgänge entstehenden Verwaltungskosten der Justizausbildungsstätte in Monschau entsprechend der Zahl der von Hessen entsandten Lehrgangsteilnehmer zu erstatten.

632	08	052	Verwaltungskostenerstattung an das Land Berlin zur Bewältigung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und des Justizunrechts . .	20 000	30 000	16 683
-----	----	-----	--	--------	--------	--------

681	01	052	Schadenersatzleistungen	140 000	110 000	184 766
-----	----	-----	-----------------------------------	---------	---------	---------

681	05	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte . Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Titel 112 01.	2 050 000	1 800 000	2 063 493
-----	----	-----	---	-----------	-----------	-----------

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Die Entschädigungen werden gewährt:

- a) für unschuldig erlittene Straf- und Untersuchungshaft sowie für unberechtigte Maßnahmen der Sicherung und Besserung nach dem Gesetz über die Entschädigungen für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971(BGBl. I S. 157), zuletztgeändert durch Gesetz vom 24. Mai 1988 (BGBl. I S. 638).
- b) für eingezogene Sachen und Rechte (§ 74 f StGB, § 436 Abs.3 StPO, § 68 a StVollstrO).
- c) an in Disziplinarverfahren unschuldig Verurteilte (§ 100 HDO).
Außergerichtliche Kosten werden aus der Staatskasse aufgrund gerichtlicher Entscheidung an Verfahrensbeteiligte namentlich in folgenden Fällen erstattet:
 - a) an freigesprochene oder außer Verfolgung gesetzte Angeschuldigte (§§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 StPO),
 - b) in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

685 06	052	Zuwendungen und Beiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	140 000	140 000	207 476
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Zuwendung an die Gesellschaft zur Förderung betrieblicher und betriebsnaher Kindereinrichtungen e.V., Frankfurt am Main, für den Betrieb einer Kindertagesstätte für Kinder von Bediensteten der Frankfurter Justizbehörden.

685 21	052	Zuschüsse an die Kriminologische Zentralstelle . . .	692 000	670 000	618 663
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Die Kriminologische Zentralstelle e.V. mit Sitz in Wiesbaden soll als überregionale Einrichtung im Interesse von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung die praxisbezogene kriminologische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland intensivieren und koordinieren. Träger und ordentliche Mitglieder des Vereins sind der Bund und die Länder (außer dem Land Niedersachsen).

Die Pflichten der Mitglieder regelt die Gründungsvereinbarung des Bundes und der Länder vom Juni 1981. Der Finanzbedarf des Vereins wird von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen. Der auf die Länder entfallene Anteil bemißt sich zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl (vgl. Titel 231 02 und 232 01). Auf Hessen entfallen voraussichtlich ca. 28 000 EUR. Darüber hinaus ist das Land verpflichtet, für den laufenden Finanzbedarf des Vereins gegenüber den übrigen Mitgliedern in Vorlage zu treten.

Baumaßnahmen

711 01	052	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Verpflichtungsermächtigung	1 200 000	527 000	447 210
--------	-----	--	-----------	---------	---------

Haushaltsjahr	EUR
2004	360 000
2005	--
2006	--
2007ff	--
Gesamtverpflichtung	360 000

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Amtsgericht Michelstadt Erweiterung des Wachtmeisterraums und der Zahlstelle HU-Bau vom 21.01.1991	56 300 EUR
2. Amtsgericht Fürth Ausbau des Dachgeschosses zu Aktenlagerraum KE vom 11.01.1995 i.d.F. vom 17.01.2002	119 500 EUR
3. Justizbehörden Frankfurt am Main a) Beseitigung von Brandschutzmängeln (Wiederherstellung der Rettungswege mit Gegensprechanlage in den Gerichtsgebäuden A und B KS vom 25.04.2001 1. Teilbetrag für das Haushaltsjahr 2002 2. Teilbetrag als Verpflichtungsermäch- zu Lasten des Haushaltsjahres 2004 in Höhe von 110.000 Euro. (Gesamtkosten 266.200 Euro	156 200 EUR
b) Beseitigung von Brandschutzmängeln (Rettungswegeführung, Nachrüstung abgehängter Decken) im Gerichtsgebäude E KS vom 06.11.2001	90 000 EUR
c) Abänderungen an den Brandschutzklappen im Gerichtsgebäude E KS vom 02.11.2001	80 000 EUR
d) Umrüstung der Lüftungsregelung auf DDC 3300 im Gerichtsgebäude E KS vom 02.11.2001	40 000 EUR
4. Amtsgericht Friedberg Brandschutzmaßnahmen (3. Bauabschnitt) KS vom 24.01.2001	37 800 EUR
5. Amtsgericht Bad Arolsen Einbau einer schallabsorbierenden Decke im Sitzungssaal KS vom 08.11.2000	9 500 EUR
6. Amtsgericht Korbach Brandschutzmaßnahmen Gebäude Nordwall 3 KS vom 30.10.2000	46 000 EUR
7. Amtsgericht Weilburg Brandschutzmaßnahmen KS vom 24.09.2001	71 000 EUR
8. Amtsgericht Wetzlar Einbau eines Personenaufzuges im Treppenhaus Geb. A KS vom 09.11.2000	87 100 EUR
9. Justizbehörden Wiesbaden Brandschutzmaßnahmen (1. Bauabschnitt) HU-Bau vom 29.12.1993 i.d.F. vom 05.02.2001 Restkosten (Gesamtkosten 293.000 EUR)	143 000 EUR

**Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

10. Hessische Justizbehörden

Durchführung von zwingend notwendigen zur
Verbesserung der Sicherheit der hessischen
Gerichte und Staatsanwaltschaften, insbeson-
dere

Sicherung der Eingangsbereiche

Sicherung der Sitzungssäle

Sicherung der Gefangenenvorführung

KS vom 16.07.2001

(Maßnahmen 1. Priorität)

Gesamtkosten 4 000 000 EUR

Restkosten 3 411 200 EUR 260 000 EUR

11. Weitere dringende Umbauarbeiten 3 600 EUR

Zusammen 1 200 000 EUR

**Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen
(Sonstige Investitionsausgaben)**

811 01 052 Erwerb von Kraftfahrzeugen -- -- 22 609

812 01 052 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen
Sachen 4 969 400 642 000 760 030
Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2004	853 000
2005	853 000
2006	853 000
2007ff	1 706 000

Gesamtverpflichtung 4 265 000

Erläuterungen:

1. Erstmalige Anschaffungen

Geräte zur Erhöhung der Sicherheit 150 000 EUR

2. Ersatzbeschaffungen

Erwerb von Fernmeldeanlagen 115 000 EUR

3. Beschaffungen für EDV 4 329 400 EUR

4. Sonstige Ersatzbeschaffungen 375 000 EUR

Zusammen 4 969 400 EUR

Haushaltsmittel in Höhe von 4.329.400 Euro wegen Auflösung der
ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

821 01 052 Grunderwerb -- -- --

Besondere Finanzierungsausgaben

919 01 951 Zuführung an die Allgemeine Rücklage -- -- --

Erläuterungen:

Der Bestand der Rücklage zum 31.12.2001 beträgt 1.227.509 EUR.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
919 02 951	Zuführung an die Investitionsrücklage	--	--	--
	Erläuterungen: Der Bestand der Rücklage zum 31.12.2001 beträgt 24.132 EUR.			
981 01 991	Abführung an Kap. 02 03-381 01 für die Zählkar- tenerhebung bei staatsanwaltschaftlichen Ermitt- lungsverfahren	--	--	94 225
981 63 991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaus- halts	--	--	--
	Erläuterungen: Für die vom HCC für Anwender angebotenen Schulungen im Zusam- menhang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten, die im Wege der haushaltstechnischen Verrechnung an Kap. 06 16 - 381 63 abzuführen sind.			
	n e u			
989 01 991	Zwischenbehördliche Leistungsverrechnung . .	54 900	--	--
	Erläuterungen: Die Mittel dienen ausschließlich der internen Leistungsverrechnung mit der Hessischen Bezügestelle (HBS) für die Personalabrechnung.			
Weggefallene Titel				
812 13 052	Erwerb von Fernmeldeanlagen	--	--	--
Weggefallene Titelgruppen				
Titelgruppe 69 Automationsunterstützung bei den ordentlichen Gerichten				
422 69 052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	--	671 000	530 781
425 69 052	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	--	222 000	202 437
427 69 052	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aus- hilfskräften in Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten	--	--	--
429 69 052	Nicht aufteilbare Personalausgaben	--	409 000	668 911
511 69 052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	1 458 000	1 251 310
514 69 052	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	--	564 000	880 716

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
518 69 052	Mieten und Pachten	--	--	5 284
519 69 052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	--	511 000	985 591
525 69 052	Aus- und Fortbildung, Anwenderschulung	--	69 000	38 367
527 69 052	Reisekosten	--	51 000	80 111
538 69 052	Dienstleistungen Außenstehender	--	4 113 000	5 104 960
547 69 052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	--	--	18 618
812 69 052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	2 843 000	3 159 607
	Summe Titelgruppe 69	--	10 911 000	12 926 694
	Gesamtausgaben	491 530 600	471 034 900	523 361 202

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Abschluss Kapitel 05 04

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	386 170 000	279 979 000	334 340 791
2	Übertragungseinnahmen	817 000	780 000	1 055 547
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
	Gesamteinnahmen	386 987 000	280 759 000	335 396 338
4	Personalausgaben	305 129 500	298 732 200	351 996 185
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	176 607 800	165 028 700	163 291 044
	Ausgaben für den Schuldendienst	300 000	250 000	277 884
6	Übertragungsausgaben	3 269 000	3 012 000	3 312 408
7	Baumaßnahmen	1 200 000	527 000	447 210
8	Sonstige Investitionsausgaben	4 969 400	3 485 000	3 942 246
9	Besondere Finanzierungsausgaben	54 900	--	94 225
	Gesamtausgaben	491 530 600	471 034 900	523 361 202
	Zuschuss/Überschuss	-104 543 600	-190 275 900	-187 964 864

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

05 05 V o l l z u g s a n s t a l t e n

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 111 01.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 4 bis 6 können einer allgemeinen Rücklage (Titel 919 01), 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 7 und 8 einer Investitionsrücklage (Titel 919 02) zugeführt werden. Die Investitionsrücklage kann nur für investive Zwecke verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.
6. Die VV zu § 46 und die VV Nr. 3 zu § 61 LHO finden keine Anwendung. Ein Schadensausgleich findet statt.

E I N N A H M E N

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

111 01	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen	320 000	500 000	490 403
Erläuterungen:					
Nach § 50 Abs.2 StVollzG in der Fassung des § 199 Abs. 2 Nr.3 StVollzG darf von Gefangenen, die in einem freien Beschäftigungsverhältnis stehen (§ 39 Abs. 1 StVollzG), ein Haftkostenbeitrag in Höhe des Betrages erhoben werden, der nach § 17 Abs. 1 Nr. 3 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch durchschnittlich zur Bewertung der Sachbezüge festgesetzt ist. Dies gilt entsprechend für Gefangene, denen gestattet ist, sich selbst zu beschäftigen (§ 39 Abs.2 StVollzG).					
119 01	056	Einnahmen aus Nebentätigkeit	--	--	--
119 02	056	Verkaufserlöse für unbrauchbare oder entbehrliche Geräte, Maschinen und Ausrüstungsgegenstände sowie für Altstoffe Hier sind auch die Erlöse der von den Vollzugsanstalten für andere Justizbehörden mitveräußerten Altstoffe zu buchen.	18 000	18 000	18 916
119 03	056	Verkaufserlöse für Dienstkleidung	--	--	65 327
119 06	056	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	9 000	9 000	12 291

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
119 21 056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals . . .	50 000	64 000	38 288
119 41 056	Rückzahlungen von Überzahlungen	30 000	45 000	22 205
119 46 056	Ersatzleistungen	68 000	68 000	79 898
119 51 056	Vermischte Einnahmen	130 000	120 000	132 447
119 63 056	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in Aus- und Fortbildungsstätten Lehrgangsteilnehmern im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 HTGV sowie Teilnehmern an Fortbildungsveranstaltun- gen im ausschließlich dienstlichen Interesse der Aus- und Fort- bildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H. B. Wagnitz-Seminar - in Wiesbaden wird Unter- kunft und Verpflegung unentgeltlich gewährt (§ 52 Abs. 1 LHO).	20 000	20 000	27 505
Erläuterungen:				
Bei dem H.B.Wagnitz-Seminar in Wiesbaden sind täglich zu entrichten				
a) von Lehrgangsteilnehmern i.S. des § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 HTGV				
	- für Unterkunft	0,92 EUR		
	- für Verpflegung	3,12 EUR		
b) von Verwaltungsangehörigen des Seminars				
	- für Unterkunft	6,14 EUR		
	- für Verpflegung	7,11 EUR		
c) von Gästen, die nicht Landesbedienstete sind				
	- für Unterkunft	15,34 EUR		
	- für Verpflegung	10,74 EUR		
Bei der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen - Fach- bereich Strafvollzug - in Bad Münstereifel sind von Lehrgangsteilneh- mern im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 HTGV die vorstehend zu Buchst. a festgelegten Beträge zu entrichten.				
124 01 056	Mieten und Pachten	1 050 000	1 000 000	1 050 094
Erläuterungen:				
	1. Amts- und Dienstwohnungen	813 000 EUR		
	2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	162 000 EUR		
	3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagen- hallen	-- EUR		
	4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1 000 EUR		
	5. Andere Mieten und Pachten	1 000 EUR		
	6. Sonstige Nutzungsverhältnisse (Gestattungsverträge u.a.)	73 000 EUR		
Zusammen		1 050 000 EUR		
125 01 056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Vollzugsan- stalten	10 400 000	9 500 000	11 023 346
Erläuterungen:				
Der Betrag ist geschätzt.				
132 01 056	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	--	--	--
132 02 056	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger bewegli- cher Sachen	1 000	1 000	--

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

232 01 056	Erstattungen der Länder	40 000	30 000	82 354
	Erläuterungen: Veranschlagt ist die Erstattung der Beträge für die von anderen Landesjustizverwaltungen zu Ausbildungszwecken in hessischen Vollzugsanstalten untergebrachten Gefangenen.			
233 01 056	Erstattung von Pflegekosten	--	240 000	237 526
	Erläuterungen: Der JVA Frankfurt am Main III ist ein Kinderheim angegliedert, in das Säuglinge und Kleinkinder von Gefangenen aufgenommen werden. Bei dem Kinderheim handelt es sich um eine Einrichtung im Sinne des § 103 BSHG. Veranschlagt sind die Pflegekosten und die Kosten für Nebenleistungen, die von den Jugendämtern erstattet werden.			
233 02 056	Erstattung von Kosten der Abschiebungshaft	390 000	390 000	446 659
	Erläuterungen: Erstattung der Kosten durch die kreisfreien Städte sowie die kreisangehörigen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern (Ausländerbehörden) für die im Wege der Amtshilfe vollzogene Abschiebungshaft. Für die entstandenen Auslagen wird ein Betrag von 38 EUR pro Tag und Ausländer berechnet.			
235 01 052	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	--	--	7 856
	Erläuterungen: Förderleistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen zur Altersteilzeitarbeit.			
235 02 056	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	--	--	--
	Erläuterungen: Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellung von Schwerbehinderten ab dem Jahr 2001 werden künftig direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechenden Personalausgaben geleistet werden.			
235 03 056	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit Vgl. Vermerk bei Titel 427 08.	--	--	62 212
	Erläuterungen: Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung der beruflichen Bildung nach §§ 33 ff. Arbeitsförderungsgesetz im Rahmen der individuellen und institutionellen Förderung sowie Zuschüsse nach den §§ 91 ff. AFG für allgemeine Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung.			
237 01 056	Erstattungen der psychiatrischen Krankenhäuser des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen	--	--	--
	Erläuterungen: Erstattung der Kosten für in psychiatrischen Krankenhäusern des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen nach §§ 63, 64 StGB und § 126 a StPO Untergebrachte, die zur ambulanten oder stationären Behandlung einer körperlichen Erkrankung in das Zentralkrankenhaus der Justizvollzugsanstalt Kassel I eingeliefert werden.			

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
271 01 056	Erstattungen aus dem EU-Sozialfonds für Kosten der technischen Hilfen Vgl. Vermerk bei Titel 685 01.	328 000	--	161 059
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)				
359 01 951	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage Erläuterungen: Hier kann auch die Entnahme aus der im Haushaltsjahr 2001 gebildeten Personalausgabenrücklage (Kap. 05 01 - 919 02) gebucht werden.	--	--	--
359 02 951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	--	--	--
381 01 991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72 Erläuterungen: Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können.	--	--	--
381 02 991	Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83 Erläuterungen: Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwaltung.	--	--	--
Gesamteinnahmen		12 854 000	12 005 000	13 958 386

A U S G A B E N

Personalausgaben

412 02 056	Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger Erläuterungen: Entschädigungen für ehrenamtliche Anstaltsbeiräte (JMBl. 1994 S. 42, 437).	18 000	18 000	10 026
422 01 056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Laufende Zahlungen -	77 110 000	78 070 200	73 009 369

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen	77 093 900 EUR
2. Aufwandsentschädigungen	16 100 EUR

Zusammen 77 110 000 EUR

Wegen der Zulagen für hauptamtliche Anstaltsärzte vgl. § 24 Nr.7 und 12 der Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen, neu bekannt gemacht am 13. März 1992 (BGBl. I S. 519), in der jeweils geltenden Fassung.
Haushaltsmittel in Höhe von 67.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

422 02	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Einzelzahlungen -	1 492 000	1 442 000	1 299 165
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

1. Übergangsgelder	207 700 EUR
2. Sondervergütungen	50 000 EUR
3. Nachversicherung ausscheidender Beamter	-- EUR
4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen	1 220 000 EUR
5. Ehrengaben	14 300 EUR

Zusammen 1 492 000 EUR

422 03	056	Mehrarbeitsvergütung der Beamtinnen und Beamten	170 000	170 000	389 084
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Vergütungen für Mehrarbeit nach Maßgabe der Verordnung vom 26. April 1972 (BGBl. I. S.747) in der jeweils geltenden Fassung.

422 41	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten - Leerstellen -	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

422 61	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Laufende Zahlungen -	3 008 400	1 964 000	1 965 121
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Mehr wegen Ausbildung für die neue Justizvollzugsanstalt Hünfeld.

422 62	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Einzelzahlungen -	--	--	24 218
--------	-----	--	----	----	--------

425 01	056	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	15 604 000	15 765 000	15 675 535
--------	-----	---	------------	------------	------------

Erläuterungen:

1. Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	15 223 100 EUR
2. Aufwandsentschädigungen	-- EUR
3. Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge	380 900 EUR
4. Besondere Zulagen	-- EUR

Zusammen 15 604 000 EUR

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
425 02 056	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	45 000	45 000	35 497
Erläuterungen:				
1.	Ehrengaben	7 100 EUR		
2.	Übergangsgelder, Abfindungen	37 900 EUR		
3.	Sondervergütungen	-- EUR		
4.	Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
Zusammen		45 000 EUR		
425 03 056	Vergütungen der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte	428 000	428 000	469 584
Erläuterungen:				
Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte zur Durchführung der schulischen und beruflichen Ausbildung sowie der sozialen Trainingsmaßnahmen mit zusammen höchstens 168 Arbeitsstunden je Woche.				
425 41 056	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	--
426 01 056	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen -	1 420 000	1 437 000	1 359 831
Erläuterungen:				
1.	Löhne, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	1 381 700 EUR		
2.	Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
3.	Lohn für Mehrarbeit und Überstunden, Zeitzuschläge	38 300 EUR		
Zusammen		1 420 000 EUR		
426 02 056	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen -	700	700	370
Erläuterungen:				
1.	Ehrengaben	700 EUR		
2.	Übergangsgelder, Abfindungen	-- EUR		
3.	Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
Zusammen		700 EUR		
426 03 056	Löhne der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte	269 000	269 000	253 441
Erläuterungen:				
Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 403 Arbeitsstunden je Woche.				
426 41 056	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen -	--	--	--

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
427 01 056	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	168 000	173 000	328 341
	Erläuterungen: Hier sind auch die Vergütungen der teilzeitbeschäftigten Hilfskräfte veranschlagt, für die der Bundes-Angestelltentarifvertrag nicht gilt (§ 3 Buchst. n BAT). In Betracht kommen vor allem weibliche Aufsichtskräfte für die Beaufsichtigung weiblicher Arrestanten in Jugendarrestanstalten und Freizeitarräumen, ferner Angestellte und Arbeiter als Vertretungs- und Aushilfskräfte.			
427 02 056	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	258 000	258 000	200 700
	Erläuterungen: Veranschlagt sind die Vergütungen für 14 Praktikanten für Berufe des Sozialdienstes sowie 2 Ärzte im Praktikum.			
427 06 056	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten Ausgaben können zu Lasten des Aufkommens der Stellen der beurlaubten Bediensteten geleistet werden.	--	--	657 578
	Erläuterungen: Für den Zeitraum des Erziehungsurlaubs können im notwendigen Umfang Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt werden.			
427 08 056	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	--	--	73 937
427 61 056	Entschädigungen nebenamtlicher Ausbilder und Prüfer des Personals	77 500	33 000	19 734
	Erläuterungen: Beamte als Lehrkräfte an einem Lehrgang für Beamtenanwärter erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe des Runderlasses vom 2. November 1990 (JMBl. S. 527, 555). Die Entschädigung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse für die Anstellungsprüfungen richtet sich nach dem Runderlaß vom 10. Dezember 1992 (JMBl. 1993 S. 16, 74). Mehr wegen Ausbildung für die neue Justizvollzugsanstalt Hünfeld.			
453 01 056	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	400 000	165 000	163 303
	Erläuterungen: Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf im Rahmen der geltenden Bestimmungen. Mehr (100 000 EUR) wegen Ausbildung für die neue Justizvollzugsanstalt Hünfeld und wegen geänderter Bestimmungen			
459 05 056	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens in der hessischen Landesverwaltung Ausgaben dürfen bis zur Höhe von Minderausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 4, 5 und 6 geleistet werden.	--	--	--
	Erläuterungen: Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie gewährt.			
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben . . . Vgl. Vermerk bei Kapitel 05 01 - 461 01.	--	--	--

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01 056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1 550 100	1 423 900	1 464 377
Erläuterungen:				
	1. Geschäftsbedarf	260 000 EUR		
	2. Kommunikation	465 100 EUR		
	3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	560 000 EUR		
	4. Bedarf für EDV	120 000 EUR		
	5. Sonstiges	145 000 EUR		
	Zusammen	1 550 100 EUR		
	Wegen Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement (HI) vgl. Erläuterung zu Kap. 17 04 - ATG 80. Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
514 01 056	Haltung von Fahrzeugen	426 000	332 000	249 289
Erläuterungen:				
	Haushaltsmittel in Höhe von 46.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
514 02 056	Dienst- und Schutzkleidung	675 000	645 000	611 356
514 03 056	Verbrauchsmittel	160 000	130 000	112 486
Erläuterungen:				
	1. Lebensmittel, Zutaten	140 000 EUR		
	2. Sachaufwand für Schießausbildung (Munition usw.)	20 000 EUR		
	Zusammen	160 000 EUR		
	Mehr wegen Ausbildung für die neue Justizvollzugsanstalt Hünfeld.			
517 01 056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume Hier sind auch die Kosten der von den Vollzugsanstalten für andere Justizbehörden zentral vorgenommenen Entsorgung von Altstoffen zu buchen.	10 479 900	9 162 000	10 212 533

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen: 517 01 bis 519 01

In Betracht kommen

A. Landeseigene Gebäude

2003

Anzahl: 22 (22)

L A G E	Friedensneubauwerte Altbauten Neu- bzw. Umbauten (nach 1993)	
	Mark	Mark
	47 767 100	22 694 300
Summe	47 767 100	22 694 300
davon 12 v.H.	5 732 052	--
davon 5 v.H.	--	1 134 715

**B. Gemietete/gepachtete Grundstücke
(Gebäude und Räume)**

2003

Anzahl: 3 (2)

Zu 517 01

1. Heizung	3 650 000 EUR
2. Licht- und Kraftstrom	1 800 000 EUR
3. Reinigung	850 000 EUR
4. Sonstiges	4 179 900 EUR

Zusammen 10 479 900 EUR
Wegen Zahlungen an das Hessische Immobilienmanagement (HI) vgl.
Erläuterung zu Kap. 17 04 - ATG 80.

518 01	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	666 600	639 800	157 627
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Mieten für Dienstgebäude und -räume	649 500 EUR
2. Mieten für Wohngebäude und Wohnungen	-- EUR
3. Pachten für unbebaute Grundstücke	17 100 EUR

Zusammen 666 600 EUR
Zu 3.: Veranschlagt sind Mieten für Schießplatzbenutzungen.

518 02	056	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	120 000	95 000	101 480
--------	-----	--	---------	--------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Ablichtungsgeräte. Aus dem Ansatz können auch Leasingraten für Kraftfahrzeuge gezahlt werden.
Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

519 01	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3 858 000	3 647 000	3 710 024
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Landeseigene Gebäude	3 752 100 EUR
2. Sonstiges	105 900 EUR

Zusammen 3 858 000 EUR

Zu 1.: Für die laufende bauliche Unterhaltung (12 bzw. 5 v.H. der Friedensneubauwerte) mit 3 511 000 EUR, für die Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main I (Wartungskosten Heizwerk) mit 36 600 EUR und die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt (Wartungskosten) mit 204 500 EUR.

Zu 2.: Für die laufende bauliche Unterhaltung der gemieteten, gepachteten oder überlassenen Gebäude und Grundstücke.

Haushaltsmittel in Höhe von 82.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

521 01 056	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	17 500	22 000	12 015
------------	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Jährliche Ausbesserungsarbeiten an justizeigenen Straßen, insbesondere in Butzbach, Darmstadt, Frankfurt am Main- Preungesheim, Kassel, Schwalmstadt, Weiterstadt und Wiesbaden, einschließlich der Kosten für Baustoffe, Streuen und Schneeräumen.

525 61 056	Aus- und Fortbildung	332 000	300 000	291 346
------------	--------------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	41 500 EUR
2. Fortbildungsveranstaltungen	170 000 EUR
3. Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	85 000 EUR
4. Fortbildungsveranstaltungen für EDV	32 000 EUR
5. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	3 500 EUR

Zusammen 332 000 EUR

Haushaltsmittel in Höhe von 32.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

526 01 056	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	55 000	65 000	49 478
------------	--	--------	--------	--------

527 01 056	Reisekosten	67 000	65 000	49 261
------------	-----------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

533 63 056	Sachaufwand der Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender	2 000	2 000	2 040
------------	--	-------	-------	-------

537 01 056	Kranken-, Gefangenenvorführungs- und ähnliche Beförderungskosten	230 000	245 000	212 694
------------	--	---------	---------	---------

537 02 056	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä.	--	--	--
------------	--	----	----	----

ne u

538 01 056	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	210 000	--	--
------------	--	---------	----	----

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 210.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
544 01 056	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	5 000	5 000	3 634
546 01 056	Vermischter Sachaufwand	13 000	2 000	86
Erläuterungen: Haushaltsmittel in Höhe von 12.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
632 01 056	Verwaltungskostenerstattung an das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausbildung der Be- amten des gehobenen Vollzugs- und Verwal- tungsdienstes	120 000	75 000	--
Erläuterungen: Die hessischen Anwärtinnen und Anwärter des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes werden aufgrund einer Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen als Studierende der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen - Fachbereich Strafvollzug - in Bad Münstereifel ausgebildet. Anteilmäßige Erstattung der Personal- und Sachkosten an das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend der Zahl der von Hessen entsandten Auszubildenden. Mehr wegen Ausbil- dung für die neue Justizvollzugsanstalt Hünfeld.				
633 01 056	Erstattungen an Gemeinden	--	200 000	--
Erläuterungen: Ablösung für Übernahme der Straßenbaulast der justizeigenen Straßen der Justizvollzugsanstalt Rockenberg durch die Gemeinde.				
671 01 056	Erstattungen an das Gefangenenbildungswerk Dr. Fritz Bauer e. V. als Maßnahmeträger für berufli- che Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Gefan- gene	380 000	358 000	--
671 02 056	Erstattungen an Maßnahmeträger für die schuli- sche und berufliche Aus- und Weiterbildung von Gefangenen.	290 000	282 000	637 111
676 01 056	Erstattungen an Ausland	--	--	--
Erläuterungen: Erstattung von Haftkosten für die Vollstreckung von in Hessen verhängten Freiheitsstrafen im Ausland.				
681 01 056	Schadenersatzleistungen Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeits- gründen gewährt werden.	16 000	16 000	14 176
681 06 056	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Freiheitsentziehung erlittenen Un- falls	3 000	3 000	1 449
Erläuterungen: Die Entschädigungen werden nur für Unfälle gewährt, die keine Arbeitsunfälle sind (JMBl. 1997 S. 451).				

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
681 07 056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge	55 000	70 000	46 125
	Erläuterungen:			
	1. Entlassungskleidung	10 000 EUR		
	2. Andere Fürsorgeaufwendungen	45 000 EUR		
	Zusammen	55 000 EUR		
	Entlassenenfürsorge gemäß § 75 StVollzG. Für Entlassungskleidung sowie für andere Fürsorgeaufwendungen (Überbrückungsbeihilfen, Fahrkosten), auch für Arbeitssuche im Freigang.			
681 08 056	Bezüge der Gefangenen	12 400 000	12 200 000	10 093 179
	Erläuterungen:			
	1. Bezüge, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld und Verletztengeld	8 000 000 EUR		
	2. Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit	4 400 000 EUR		
	Zusammen	12 400 000 EUR		
	Davon kw 500.000 Euro. Es werden gewährt Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe und Taschengeld nach den §§ 43, 44, 46 und 199 Abs. 2 StVollzG (BGBl. I 1976 S. 581) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der vom Land zu entrichtenden Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nach SGB III.			
681 09 056	Geldbelohnungen für die Wiederergreifung ent- wickelter Gefangener	2 000	2 000	--
685 01 056	Ziel-3-Förderung aus dem Europäischen Sozial- fonds für ausbildungsbegleitende Hilfen	328 000	--	161 059
	Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Titel 271 01 geleistet werden.			
	Erläuterungen:			
	Förderung der beruflichen Qualifizierung von Strafgefangenen aus Mitteln des EU-Sozialfonds. Bisher bei Titel 685 73 veranschlagt.			
685 06 056	Zuwendungen und Beiträge an Vereine, Verbän- de und Gesellschaften	260 000	260 000	236 365
	Erläuterungen:			
	Zuwendungen für die Betreuung von zur Entlassung anstehenden Gefangenen an:			
	1. Für medizinisch-psychosoziale Betreuung von HIV-positiven Gefangenen	175 000 EUR		
	2. "Haftentlassenenhilfe e.V. Frankfurt am Main" für fünf Wohnungen/Zimmer und Betreuung durch eine Fachkraft für das Projekt "Haft- und Entlassungsurlaub"	26 000 EUR		
	3. Landesarbeitsgemeinschaft Justiz für die Durchführung von Aus- und Weiterbildungskursen - "Arbeit/Aktivitäten zur Entlassungsvorbereitung für Gefangene"	16 000 EUR		
	4. Frankfurter Gefängnisverein 1868 e. V.	7 000 EUR		
	5. Fliedner-Verein Rockenberg	10 000 EUR		
	6. "Diakonisches Werk in Hessen und Nassau"	26 000 EUR		
	Zusammen	260 000 EUR		

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Baumaßnahmen

711 01	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1 300 000	1 290 000	869 261
--------	-----	---	-----------	-----------	---------

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr	EUR
2004	405 000
2005	--
2006	--
2007ff	--
<hr/>	
Gesamtverpflichtung	405 000

Erläuterungen:

1. Justizvollzugsanstalt Butzbach
Zweiganstalt Friedberg (Hessen)
Einbau von Rauch-/Brandmeldern
KS vom 25.10.2000 28 200 EUR
2. Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main IV
 - a) Einbau einer flächendeckenden und flächen-
übergreifenden DV-Verkabelung
PU vom 14.09.2000
 - b) Schaffung einer Arbeits-, Bildungs- und
Freizeitstruktur für die Gesamtanstalt nach
Änderung der Vollstreckungszuständigkeit
Kostenschätzung
 1. Teilbetrag für das Haushaltsjahr 2003
 2. Teilbetrag als Verpflichtungsermächti-
gung zu Lasten des Haushaltsjahres 2004
in Höhe von 155 000 Euro.
 (Gesamtkosten 220 000 Euro) 269 600 EUR
3. Justizvollzugsanstalt Gießen
Einbau einer Gefrierzelle in der Küche
KS vom 16.10.2001 22 500 EUR
4. Justizvollzugsanstalt Limburg a.d.Lahn
Einbau von Rauch-/Brandmeldern
KS vom 29.10.1999 39 700 EUR
5. H.B. Wagnitz-Seminar Wiesbaden
Umbauarbeiten zur Schaffung von
Unterbringungsmöglichkeiten für den
Fortbildungsbetrieb
Restkosten
(Gesamtkosten 383.000 EUR) 135 000 EUR
6. Hessische Vollzugsanstalten
Durchführung von zwingend notwendigen
Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit
aller hessischen Vollzugsanstalten, insbeson-
dere
 - Sicherung der Umfassungsmauern
 - Einbau von Mangan-Hartstahlvergitterungen
 - Umrüstung von Außen- und Durchgangs-
türen einschl. der Schließanlagen
 - Sicherung von Dächern
 Teilbetrag für das HJ 2003
KS vom 31.01.1996 i.d.F. vom 13.02.2002
(Restkosten 732 300 EUR)
Gesamtkosten 4 114 900 EUR 800 000 EUR
7. Weitere dringende Umbauarbeiten 5 000 EUR

Zusammen	1 300 000 EUR
----------	---------------

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen
(Sonstige Investitionsausgaben)**

811 01 056 Erwerb von Kraftfahrzeugen 170 000 170 000 148 378

Erläuterungen:

1. Erstmalige Anschaffung 24 000 EUR

2. Ersatzbeschaffungen 146 000 EUR

Zusammen 170 000 EUR

Zu 1.: Erstmalige Anschaffung eines Gefangenentransportfahrzeuges für die Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main IV wegen Einrichtung einer geschlossenen Abteilung mit 170 Haftplätzen.

Zu 2.: Im Interesse der Verkehrssicherheit und der Ersparnis von Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten ist die Ersatzbeschaffung folgender Fahrzeuge erforderlich:

Kennzeichen	Auszusonderndes Fahrzeug Baujahr	km-Stand 01.02.2002	Zu beschaffendes Fahrzeug Preis (in EUR)	Zubehör Preis (in EUR)	insgesamt
FB - 3750(JVA Butzbach)	1997	140 319	24 800	200	25 000
F - 1117(JVA Frankfurt am Main I)	1993	198 106	92 800	200	93 000
HR - 2870 (JVA Schwalmstadt)	1995	114 283	27 800	200	28 000
Zusammen					146 000

812 01 056 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen 1 337 500 56 000 53 960
Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsjahr EUR

2004 102 000

2005 102 000

2006 102 000

2007ff 204 000

Gesamtverpflichtung 510 000

Erläuterungen:

1. Erstmalige Anschaffungen 50 000 EUR

2. Ersatzbeschaffungen 20 000 EUR

3. Beschaffungen für EDV 1 267 500 EUR

Zusammen 1 337 500 EUR

Davon kw 20.000 Euro.

Haushaltsmittel in Höhe von 1.267.500 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

821 01 056 Grunderwerb -- -- --

891 01 056 Investitionszuschuss an Gemeinden 1 280 000 1 280 000 --

Erläuterungen:

Investitionszuschuss an eine Gemeinde für die Bereitstellung eines baureifen Grundstücks zur Errichtung einer neuen Justizvollzugsanstalt.

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Besondere Finanzierungsausgaben

919 01 951	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	--	--	--
Erläuterungen: Der Bestand der Rücklage zum 31.12.2001 beträgt 1.364.944 EUR.				
919 02 951	Zuführung an die Investitionsrücklage	--	--	--
981 63 991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaus- halts	--	--	--
Erläuterungen: Für die vom HCC für Anwender angebotenen Schulungen im Zusammen- hang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten, die im Wege der haushaltstechnischen Verrechnung an Kap. 06 16 - 381 63 abzuführen sind.				
989 01 991	Zwischenbehördliche Leistungsverrechnung	276 400	62 000	--
Erläuterungen: Die Mittel dienen ausschließlich der internen Leistungsverrechnung mit ZBH/ZVL für die Personalabrechnung.				

Titelgruppen

Titelgruppe 71 Ärztliche Versorgung und Begutachtung der Ge- fangenen				
427 71 056	Entschädigungen nebenamtlicher Ärzte	430 000	376 000	430 858
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Entschädigungen (Vergütungen und Auslagenersatz) für nicht hauptamtliche Ärzte (JMBl.1975 S. 342) sowie für die ärztliche Versorgung der Einrichtung für Abschiebungshaft in Offenbach, ferner für die Versorgung psychisch kranker und psychisch auffälliger Gefangener im südhessischen Raum.				
514 71 056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	3 080 000	2 835 000	3 096 846
526 71 056	Sachverständigen- und ähnliche Kosten	1 364 000	1 278 000	284 576
Erläuterungen: Kosten für Gutachten über Gefangene außerhalb medizinischer Indikation (z. B. Sozialprognosen) und für Kontrolluntersuchungen.				
538 71 056	Ärztliche Behandlung und Unterbringung in Kran- kenanstalten	3 826 000	4 144 000	3 764 454
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für fachärztliche (auch zahnärztliche und klinische) Untersuchungen, Behandlungen, Atteste und Gutachten.				
Summe Titelgruppe 71		8 700 000	8 633 000	7 576 734

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Titelgruppe 72 Andere Dienstleistungen für die Versorgung der Gefangenen				
427 72 056	Entschädigungen nebenamtlicher Kräfte	150 000	150 000	153 485
	Erläuterungen: Veranschlagt sind die Entschädigungen (Vergütungen und Auslagen) für nicht hauptamtliche Geistliche (JMBl. 1985 S. 394), Lehrkräfte (JMBl. 1982 S. 365, 1985 S. 393) und Organisten (JMBl. 1985 S. 185) sowie für ehrenamtliche Mitarbeiter (JMBl. 1988 S. 863).			
459 72 056	Sonstige personalbezogene Sachausgaben	1 000	1 000	470
	Erläuterungen: Veranschlagt sind die Aufwendungen für Beschaffungskostenersatz und Müheentgelt für die Verpflegung der Arrestanten beim Vollzug von Freizeit- und Kurzarrest in Freizeitarresträumen.			
538 72 056	Dienstleistungen Außenstehender	315 000	210 000	174 294
	Erläuterungen: Veranschlagt sind die an Vertragsfrisöre zu zahlenden Entgelte, die Kosten für die Übersetzung von Gefangenenpost, von Vollzugsplänen und vollzugsrelevanten Entscheidungen sowie für die Hinzuziehung von Dolmetschern, auch nach § 12 des Hessischen Datenschutzgesetzes, ferner die Kosten des Projekts "Führerscheinerwerb im Jugendvollzug".			
632 72 056	Kosten der Unterbringung hessischer Gefangener in Justizvollzugsanstalten anderer Länder	8 000	8 000	3 422
	Erläuterungen: Mit den Ländern Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland besteht zur Ausbildung oder Umschulung förderungswürdiger hessischer Gefangener in Bildungseinrichtungen außerhessischer Vollzugsanstalten eine Vollzugsgemeinschaft. Die Unterbringungskosten sind dem aufnehmenden Land zu erstatten. Veranschlagt sind entsprechend dem geschätzten Bedarf die Unterbringungskosten für durchschnittlich 5 Gefangene.			
671 72 056	Erstattungen an Kirchenverwaltungen	1 350 000	1 285 000	1 242 915
	Erläuterungen: Veranschlagt ist die Erstattung der Dienstbezüge für 12,5 evangelische und 7,5 katholische Anstaltspfarrer an die betreffenden Kirchenverwaltungen (Vereinbarungen vom 26.8.1977 mit der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, mit der Ev. Landeskirche von Kurhessen-Waldeck und den Bistümern Fulda, Limburg und Mainz).			
Summe Titelgruppe 72		1 824 000	1 654 000	1 574 586

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
	Titelgruppe 74 Anderer Sachaufwand für Unterbringung und Versorgung der Gefangenen			
511 74 056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	50 000	50 000	39 909
	Erläuterungen: Zur Erhaltung und Aktualisierung des Büchereibestandes.			
514 74 056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	9 000 000	9 000 000	8 654 545
	Erläuterungen: 1. Lebensmittel, Zutaten 6 500 000 EUR 2. Andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte 700 000 EUR 3. Spinnstoffe 1 800 000 EUR			
	Zusammen 9 000 000 EUR			
	Zu 1.: Veranschlagt ist die Verpflegung für die Gefangenen mit Ausnahme der Freigänger im freien Beschäftigungsverhältnis.			
	Zu 2.: Veranschlagt sind geringwertige Gebrauchsgüter für die Verpflegung; geringwertige Gebrauchsgüter und Verbrauchsmittel für die Reinigung und Instandhaltung von Bettzeug, Wäsche und Kleidung sowie für die Körperreinigung; geringwertige Gebrauchsgüter und Verbrauchsmittel für die Kultur- und Freizeitgestaltung.			
	Zu 3.: Veranschlagt ist die Beschaffung von Bettzeug, Wäsche und Kleidung.			
	Summe Titelgruppe 74	9 050 000	9 050 000	8 694 454
	Titelgruppe 75 Einrichtung der Unterkünfte, Geräte für Fachaufgaben			
511 75 056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	400 000	380 000	339 418
	Erläuterungen: Beschaffung und Unterhaltung von ärztlichem Gerät, von Sportgeräten und Sporthilfsmitteln für den Bedienstetensport, von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Hafträume, Gemeinschafts- und Mehrzweckräume der Gefangenen, Kammern, Küchen und Speiseräume und von Waffen (soweit nicht 812 75).			
514 75 056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	300 000	280 000	531 906
812 75 056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	1 200 000	1 200 000	910 522

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Erstmalige Anschaffungen				
a) Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Küchen	40 000 EUR			
b) Ärztliche Großgeräte	100 000 EUR			
c) Geräte zur Verbesserung der Sicherheit	360 000 EUR			
d) Andere Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	115 000 EUR			
2. Ersatzbeschaffungen				
a) Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Küchen	65 000 EUR			
b) Ärztliche Großgeräte	120 000 EUR			
c) Geräte zur Verbesserung der Sicherheit	40 000 EUR			
d) Andere Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	360 000 EUR			
Zusammen	1 200 000 EUR			

	1 900 000	1 860 000	1 781 846
--	-----------	-----------	-----------

Titelgruppe 76
Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenabhängigkeit

Zu Titelgruppe 76

Betreuung drogenabhängiger Gefangener nach dem Hessischen Programm zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs.

427 76	056	Beschäftigungsentgelte sowie Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5 000	5 000	--
538 76	056	Aufwendungen der Drogenberatungsstellen	953 000	953 000	958 161

Erläuterungen:

Ersatz für Aufwendungen an die externen Betreuungs- und Beratungsstellen der Drogenhilfe.

Flächendeckende Beratung und Betreuung von inhaftierten Drogenabhängigen. Beratungsgespräche über bestehende Angebote der Suchthilfe außerhalb des Justizvollzuges. Vermittlung in ambulante und stationäre Einrichtungen oder Haftbegleitung. Entwicklung von Präventionsangeboten, insbesondere im Jugendvollzug.

547 76	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2 000	2 000	255
Summe Titelgruppe 76			960 000	960 000	958 416

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Titelgruppe 77
Betreuung von Gefangenen ausländischer
Nationalität

Zu Titelgruppe 77

Der über dem Bundesdurchschnitt liegende hohe und ständig steigende Anteil ausländischer Gefangener in Hessen führt insbesondere wegen der Sprachbarriere zu erheblichen Schwierigkeiten im Vollzug der Jugendstrafe sowie der Straf-, Abschiebungs- und Untersuchungshaft. Es ist notwendig, hier durch gezielte Maßnahmen Abhilfe zu schaffen.

427 77	056	Beschäftigungsentgelte sowie Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	110 000	110 000	99 512
--------	-----	--	---------	---------	--------

Erläuterungen:

Durchführung von Deutschkursen für Ausländer, vorrangig für Jugendstraf- und Strafgefangene sowie Untersuchungsgefangene mit längerer Verweildauer.

511 77	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30 000	30 000	15 121
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Beschaffung fremdsprachiger Literatur (Bücher, Zeitschriften, Tageszeitungen) für die bestehenden Schwerpunktbüchereien.

538 77	056	Aufwendungen der Beratungs- und Betreuungsstellen	425 000	425 000	407 100
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Ersatz von Aufwendungen an die Betreuungs- und Beratungsstellen. Flächendeckende Beratung und Betreuung von Inhaftierten ausländischer Nationalität. Nutzung der vorhandenen Kompetenz und Infrastruktur von Trägern der freien Wohlfahrtspflege.

547 77	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5 000	5 000	1 611
--------	-----	---	-------	-------	-------

	Summe Titelgruppe 77	570 000	570 000	523 344
--	---------------------------------------	----------------	----------------	----------------

Titelgruppe 78
Maßnahmen zur Förderung des Gefangenensports

427 78	056	Beschäftigungsentgelte sowie Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5 000	5 000	715
--------	-----	--	-------	-------	-----

Erläuterungen:

Entgelte (Vergütungen und Auslagen) für nebenamtliche Sportlehrer und Sportübungsleiter.

511 78	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	33 000	33 000	24 886
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Beschaffung sowie Instandsetzung von Sportgeräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

514 78	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	27 000	27 000	18 669
--------	-----	---	--------	--------	--------

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
547 78 056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben .	12 000	12 000	6 744
	Erläuterungen: Durchführung von Sportveranstaltungen der Vollzugsanstalten, Fortbildung von Sportlehrern und Sportübungsleitern sowie Aufwendungen für Sitzungen des Arbeitskreises "Sport und Justizvollzug".			
812 78 056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10 000	10 000	12 593
	Summe Titelgruppe 78	87 000	87 000	63 607
	 Titelgruppe 81 Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung der Gefangenen			
511 81 056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	600 000	520 000	610 910
514 81 056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	2 200 000	1 800 000	2 505 484
518 81 056	Mieten und Pachten	2 000	2 000	2 278
533 81 056	Lehr- und Lernmittel	60 000	50 000	50 382
547 81 056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben .	350 000	328 000	366 690
811 81 056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	30 000	--	69 271
812 81 056	Erwerb von Maschinen und Geräten	500 000	800 000	1 065 801
	Erläuterungen: Notwendige Beschaffungen zur Modernisierung und zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Eigenbetriebe, Hilfsbetriebe und Ausbildungswerkstätten. 1. Erstmalige Anschaffungen 200 000 EUR 2. Ersatzbeschaffungen 300 000 EUR			
	Zusammen	500 000 EUR		
	Summe Titelgruppe 81	3 742 000	3 500 000	4 670 816

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
	<p>Titelgruppe 85 Fremdfinanzierung einer neu zu errichtenden Ju- stizvollzugsanstalt und Kosten einer Betreiber-gesellschaft</p> <p>1. Das Ministerium der Justiz wird ermächtigt, mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen und des Haushaltsausschusses die zur Fremdfinanzierung der Bau- maßnahme "Errichtung einer neuen Justizvollzugsanstalt" sowie die durch Übernahme einer Betreiber-gesellschaft er- forderlichen Verträge abzuschließen. 2. Vgl. Vermerk bei Kap. 18 05 - 732 09.</p>			
511 85 056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	--	--
538 85 056	Kosten einer Betreiber-gesellschaft	--	--	--
821 85 056	Grunderwerb	--	--	--
	Summe Titelgruppe 85	--	--	--

Weggefallene Titelgruppen

	<p>Titelgruppe 69 Automationsunterstützung bei Justizvollzugsan- stalten</p>			
422 69 056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	--	67 000	--
511 69 056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	120 000	262 591
514 69 056	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	--	46 000	32 149
518 69 056	Mieten und Pachten	--	15 000	26 209
519 69 056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	--	82 000	71 571
525 69 056	Aus- und Fortbildung von Bediensteten, Anwender-schulung	--	32 000	20 860
527 69 056	Reisekosten	--	2 000	6 354
538 69 056	Dienstleistungen Außenstehender	--	210 000	287 116
547 69 056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	--	12 000	30 925

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
812 69 056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	678 000	1 151 856
	Summe der Titelgruppe 69	--	1 264 000	1 889 631
	Gesamtausgaben	164 386 600	160 920 600	153 169 057

Abschluss Kapitel 05 05

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	12 096 000	11 345 000	12 960 720
2	Übertragungseinnahmen	758 000	660 000	997 666
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
	Gesamteinnahmen	12 854 000	12 005 000	13 958 386
4	Personalausgaben	101 169 600	100 951 900	96 619 874
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	41 901 100	39 663 700	39 831 741
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	15 212 000	14 759 000	12 435 801
7	Baumaßnahmen	1 300 000	1 290 000	869 261
8	Sonstige Investitionsausgaben	4 527 500	4 194 000	3 412 381
9	Besondere Finanzierungsausgaben	276 400	62 000	--
	Gesamtausgaben	164 386 600	160 920 600	153 169 057
	Zuschuss/Überschuss	-151 532 600	-148 915 600	-139 210 671

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

05 08 Hessisches Finanzgericht

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Gruppe 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112 01.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 4 bis 6 können einer allgemeinen Rücklage (Titel 919 01), 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 7 und 8 einer Investitionsrücklage (Titel 919 02) zugeführt werden. Die Investitionsrücklage kann nur für investive Zwecke verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.
6. Die VV zu § 46 und die VV Nr. 3 zu § 61 LHO finden keine Anwendung. Ein Schadensausgleich findet statt.

EINNAHMEN

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

112 01	055	Gerichtsgebühren bei dem Finanzgericht Vgl. Vermerk bei Tit. 536 02 bis 536 14.	750 000	750 000	706 193
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Der Betrag ist geschätzt.

119 01	055	Einnahmen aus Nebentätigkeit	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

119 02	055	Verkaufserlöse für unbrauchbare oder entbehrliche Geräte, Maschinen und Ausrüstungs- gegenstände sowie für Altstoffe	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

119 06	055	Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatlicher Einrichtungen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	300	1 000	250
--------	-----	--	-----	-------	-----

119 41	055	Rückzahlungen von Überzahlungen	2 000	2 000	53 842
--------	-----	---	-------	-------	--------

119 51	055	Vermischte Einnahmen	--	--	--
--------	-----	--------------------------------	----	----	----

124 01	055	Mieten und Pachten	7 100	7 000	7 094
--------	-----	------------------------------	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Untervermietung von Räumen im Dienstgebäude Königstor 35, Kassel.

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
132 01 055	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	--	--	--
132 02 055	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	--	--	--
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)				
235 01 055	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	--	--	--
235 02 055	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	--	--	--
Erläuterungen:				
Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellung von Schwerbehinderten ab dem Jahr 2001 werden künftig direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechenden Personalausgaben geleistet werden.				
235 03 055	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	--	--	--
Erläuterungen:				
Hier sind die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu buchen, die nach den §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für allgemeine Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung gewährt werden.				
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)				
359 01 951	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	--	--	--
Erläuterungen:				
Hier kann auch die Entnahme aus der im Haushaltsjahr 2001 gebildeten Personalausgabenrücklage (Kap. 05 01 - 919 02) gebucht werden.				
359 02 951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	--	--	--
381 01 991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72	--	--	--
Erläuterungen:				
Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können.				
381 02 991	Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83	--	--	--
Erläuterungen:				
Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwaltung.				
Gesamteinnahmen		759 400	760 000	767 380

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

A U S G A B E N

Personalausgaben

412 01	055	Entschädigungen ehrenamtlicher Richter und anderer Beisitzer	32 000	32 000	26 621
Erläuterungen:					
Die ehrenamtlichen Finanzrichter erhalten Entschädigungen nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1753), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2317).					
412 02	055	Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger	1 000	1 000	--
Erläuterungen:					
Hier werden die Entschädigungen der Vertrauensleute in dem Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter veranschlagt (§§ 23, 29 FGO; § 13 EhrRiEG).					
422 01	055	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Laufende Zahlungen -	4 004 200	4 055 000	3 765 809
Erläuterungen:					
		1. Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen	4 003 400 EUR		
		2. Aufwandsentschädigungen	800 EUR		
Zusammen			4 004 200 EUR		
422 02	055	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Einzelzahlungen -	1 800	1 600	920
Erläuterungen:					
		1. Übergangsgelder	-- EUR		
		2. Sondervergütungen	-- EUR		
		3. Nachversicherung ausscheidender Beamter	-- EUR		
		4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
		5. Ehrengaben	1 800 EUR		
Zusammen			1 800 EUR		
422 41	055	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Leerstellen -	--	--	--
425 01	055	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	736 000	743 000	686 664

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	735 700 EUR
2. Aufwandsentschädigungen	-- EUR
3. Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge	300 EUR
4. Besondere Zulagen	-- EUR

Zusammen 736 000 EUR

425 02 055 Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	400	400	--
--	-----	-----	----

Erläuterungen:

1. Ehrengaben	400 EUR
2. Übergangsgelder, Abfindungen	-- EUR
3. Sondervergütungen	-- EUR
4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR

Zusammen 400 EUR

425 41 055 Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	--
--	----	----	----

426 03 055 Löhne der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte	145 000	153 000	126 302
--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens jeweils 198 Arbeitsstunden je Woche.

427 01 055 Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	48 500	49 000	128 855
---	--------	--------	---------

Erläuterungen:

Vertretungsaufwand für zwei Arbeitskräfte unter Zugrundelegung der Monatsvergütung nach Verg.Gr. VII BAT.

427 06 055 Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten	--	--	28 917
--	----	----	--------

Ausgaben können zu Lasten des Aufkommens der Stellen der beurlaubten Bediensteten geleistet werden.

Erläuterungen:

Für den Zeitraum des Erziehungsurlaubs können im notwendigen Umfang Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt werden.

427 08 055 Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	--	--	48 175
--	----	----	--------

443 05 055 Entschädigungen an Bedienstete für eine selbstgestellte Vorlesekraft	--	--	--
---	----	----	----

Erläuterungen:

Nach § 11 Abs.3 SchwbG in Verbindung mit Abschnitt IV Nr.6 des Gemeinsamen Runderlasses (Fürsorgeerlass) vom 30. Juni 1999 (StAnz.S. 2266) ist dafür zu sorgen, daß blinden bzw. hochgradig sehbehinderten Bediensteten eine Vorlesekraft zur Verfügung steht, wenn die Art ihrer Tätigkeit dies erfordert. Beschäftigt der Bedienstete eine Vorlesekraft selbst, so werden ihm die entstehenden tatsächlichen Aufwendungen in angemessenem Umfang erstattet.

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
453 01 055	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	15 000	15 000	4 244
	Erläuterungen: Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf im Rahmen der geltenden Bestimmungen.			
459 05 055	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens in der hessischen Landesverwaltung	--	--	--
	Erläuterungen: Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie gewährt.			
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben . . . Vgl. Vermerk bei Kapitel 05 01 - 461 01.	--	--	--
462 01 981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben . . Vgl. Vermerk bei Kapitel 05 01.	--	--	--
	Erläuterungen: Die Konsolidierungsbeiträge 2000 - 20013 sind in den Einzelansätzen berücksichtigt.			

Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01 055	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	192 000	252 000	251 853
	Erläuterungen:			
	1. Geschäftsbedarf	16 500 EUR		
	2. Kommunikation	20 500 EUR		
	3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	70 000 EUR		
	4. Sonstiges	85 000 EUR		
	Zusammen	192 000 EUR		
	Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 60.000 Euro.			
514 01 055	Haltung von Fahrzeugen	10 000	8 000	9 969
514 02 055	Dienst- und Schutzkleidung	1 000	1 000	560
517 01 055	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	40 000	30 000	30 578

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen: 517 01 bis 519 01

In Betracht kommen

A. Landeseigene Gebäude

2003

Anzahl: - (-)

**B. Gemietete/gepachtete Grundstücke
(Gebäude und Räume)**

2003

Anzahl: 1 (1)

Zu 517 01

1. Heizung	15 000 EUR
2. Licht- und Kraftstrom	10 000 EUR
3. Reinigung	15 000 EUR
4. Sonstiges	-- EUR

Zusammen	40 000 EUR
----------	------------

518 01	055	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	440 000	460 000	446 728
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Mieten für Dienstgebäude und - räume einschl. Nebenkosten	440 000 EUR
2. Mieten und Pachten für Wohngebäude und Wohnungen	-- EUR
3. Pachten für unbebaute Grundstücke	-- EUR

Zusammen	440 000 EUR
----------	-------------

Veranschlagt ist die Miete für die Diensträume des Hessischen Finanzgerichts in Kassel in dem Gebäude Königstor 35 in Kassel.

518 02	055	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	9 300	11 000	9 053
--------	-----	--	-------	--------	-------

Erläuterungen:

Aus dem Ansatz können auch Leasingraten für Kraftfahrzeuge gezahlt werden.

519 01	055	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	15 000	15 000	8 339
--------	-----	--	--------	--------	-------

Erläuterungen:

1. Landeseigene Gebäude	-- EUR
2. Sonstiges	15 000 EUR

Zusammen	15 000 EUR
----------	------------

Zu 2.: Zur Durchführung von mietvertraglich vereinbarten Schönheitsreparaturen und kleineren Instandsetzungsarbeiten gemäß der Instandsetzungsunterlage-Bau.

525 61	055	Aus- und Fortbildung	10 000	12 000	6 317
--------	-----	--------------------------------	--------	--------	-------

Erläuterungen:

1. Ausbildungslehrgänge	-- EUR
2. Fortbildungsveranstaltungen	8 000 EUR
3. Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	2 000 EUR
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte, Umschulung von Hilfskräften	-- EUR

Zusammen	10 000 EUR
----------	------------

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
526 01 055	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten . . .	300	1 000	10
527 01 055	Reisekosten	7 000	6 000	6 501
536 02 055	Entschädigungen beigeordneter Anwälte Die Titel 536 02 bis 536 14 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mehreinnahmen bei Titel 112 01 erhöhen die Ansätze die- ser Titel.	1 000	3 000	211
536 03 055	Zeugenentschädigungen	11 000	12 000	10 001
536 04 055	Sachverständigenentschädigungen	20 000	15 000	30 469
536 06 055	Bekanntmachungskosten	1 000	1 000	--
536 07 055	Andere Verfahrensauslagen	61 000	1 000	--
Erläuterungen: Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 60.000 Euro.				
536 08 055	Reisekosten des Gerichts	11 000	11 000	9 625
536 14 055	Entschädigungen der Dolmetscher und Übersetzer	3 000	3 000	4 856
537 02 055	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä. . .	2 000	--	--
538 01 055	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	13 000	13 000	--
544 01 055	Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	--	--	--
546 01 055	Vermischter Sachaufwand	--	--	--
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
681 01 055	Schadenersatzleistungen Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeits- gründen gewährt werden.	--	--	517
681 05 055	Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfah- renseteiligte	1 000	1 000	--
Erläuterungen: Außergerichtliche Kosten des Beigeladenen (§ 139 Abs.4 FGO) wer- den aus der Staatskasse erstattet, sofern die Kosten aufgrund gerichtlicher Entscheidung der Staatskasse auferlegt werden.				
Baumaßnahmen				
711 01 055	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	--	--	--

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
811 01 055	Erwerb von Kraftfahrzeugen	--	--	--
812 01 055	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	6 000	--	3 923
Besondere Finanzierungsausgaben				
919 01 951	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	--	--	--
Erläuterungen: Der Bestand der Rücklage zum 31.12.2001 beträgt 31.137 EUR.				
919 02 951	Zuführung an die Investitionsrücklage	--	--	--
981 01 991	Abführung an Kap. 02 03-381 01 für die Zählkar- tenerfassung	17 000	17 000	17 147
Erläuterungen: Erstattung der Kosten für die bundeseinheitliche Zählkartenerhebung in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik) an das Hessische Statisti- sche Landesamt (Kap. 02 03).				
981 63 991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaus- halts	--	--	--
Erläuterungen: Für die vom HCC für Anwender angebotenen Schulungen im Zusam- menhang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten, die im Wege der haushaltstechnischen Verrechnung an Kap. 06 16 - 381 63 abzuführen sind.				
989 01 991	Zwischenbehördliche Leistungsverrechnung	13 600	7 000	--
Erläuterungen: Die Mittel dienen ausschließlich der internen Leistungsverrechnung mit HBS für die Personalabrechnung.				
Weggefallene Titel				
812 13 055	Erwerb von Fernmeldeanlagen	--	--	--
Gesamtausgaben		5 869 100	5 930 000	5 663 167

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Abschluss Kapitel 05 08

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	759 400	760 000	767 380
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen		759 400	760 000	767 380
<hr/>				
4	Personalausgaben	4 983 900	5 050 000	4 816 508
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	847 600	855 000	825 071
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	1 000	1 000	517
7	Baumaßnahmen	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	6 000	--	3 923
9	Besondere Finanzierungsausgaben	30 600	24 000	17 147
Gesamtausgaben		5 869 100	5 930 000	5 663 167
Zuschuss/Überschuss		-5 109 700	-5 170 000	-4 895 787

Hessisches Finanzgericht (Anlage 1 zu Kap. 05 08)

Pos	VKR	Bezeichnung	Plan 2003 EUR	Plan 2002 EUR	Ist 2001 EUR
1.	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	750.000	750.000	706.193
2.	52	Bestandsveränderungen	-	-	-
3.	52	andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-
4.	53	Sonstige betriebliche Erträge	9.400	10.000	61.186
5.	58	Verrechnung zwischen Kapiteln	-	-	-
		Betriebsertrag	759.400	760.000	767.379
6.		Bezogene Waren und Leistungen			
6a.	60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	116.000	131.000	119.809
6b.	61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.500	3.000	1.224
7.		Personalaufwand			
7a.	62	Löhne	110.000	110.000	129.116
7b.	63	Gehälter, Bezüge und Vergütungen	4.873.900	4.940.000	4.687.392
7c.	64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-	-	-
8.	65	Abschreibungen	-	-	-
8a.		Abschreibungen aus rückzahlbaren Zuführungen	-	-	-
9a.	66	Sonstige Personalaufwendungen	-	-	-
9b.	67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Pflichten	440.000	460.000	446.728
9c.	68	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen , Werbung	289.100	261.000	257.310
9d.	69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	-	-	-
9e.	70	Betriebliche Steuern	-	-	-
		Betriebsaufwand	5.831.500	5.905.000	5.641.579
		= Eigenergebnis	-5.072.100	-5.145.000	-4.874.200
10.	57	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
11.	58	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltungen	-	-	-
12.	78	betriebliche Aufwendungen für Transferleistungen	-	-	-
		Leistungstransfers	-	-	-
		= Steuer- und Leistungsergebnis	-	-	-
		= Verwaltungsergebnis	-5.072.100	-5.145.000	-4.874.200
13.	54	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14.	55	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
		Finanzertrag	-	-	-
15.	71	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16.	72	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Finanzaufwand	-	-	-
		= Finanzergebnis	-	-	-
		= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.072.100	-5.145.000	-4.874.200
17.	56	Außerordentliche Erträge und Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
		Außerordentlicher Ertrag	-	-	-
18.	73	Außerordentlicher Aufwand und Aufwand aus Gewinnabführungen	-	-	-
		Außerordentlicher Aufwand	-	-	-
		= Außerordentliches Ergebnis	-	-	-
19.	59	Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		Transferzuwendungen	-	-	-
20.	79	Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	37.600	25.000	21.587
		Transferzahlungen	37.600	25.000	21.587
		= Zuwendungsergebnis	-37.600	-25.000	-21.587
		= Neutrales Ergebnis	-37.600	-25.000	-21.587
21.	74	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
		= Jahresergebnis	-5.109.700	-5.170.000	-4.895.787

**Hessisches Finanzgericht
(Anlage 2 zu Kap. 05 08)**

Erläuterungen zum Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

lfd. Nr.	Bezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR
Pos. VKR				
1	50/51 Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	750.000	750.000	706.193
	5000-5072 Umsatzerlöse	-	-	-
	5081-5099 Kostenersätze und Erstattungen	-	-	-
	5100-5149 Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit	750.000	750.000	706.193
	5150-5199 Sonstige Erträge	-	-	-
2	5200-5249 Bestandsveränderungen	-	-	-
3	5250 aktivierte Eigenleistungen	-	-	-
4	53 Sonstige betriebliche Erträge	9.400	10.000	61.186
5	5831 Verrechnung zwischen Kapiteln	-	-	-
	Betriebsertrag	759.400	760.000	767.379
6	60/61 Bezogene Waren und Leistungen	118.500	134.000	121.033
	6000-6049 Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	87.000	100.000	90.455
	6050-6059 Aufwendungen für Energie und Wasser	29.000	31.000	29.354
	6060-6089 Sonstige Aufwendungen	-	-	-
	6160-6169 Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	2.500	3.000	1.224
	6100-6159 Sonstige Aufwendungen	-	-	-
	6170-6199	-	-	-
Erläuterung zur Bauunterhaltung				
Landeseigene Gebäude:				
- Dienstgebäude mit				
- Dienst- und Mietwohnungen				
Friedensneubauwert 19 13 in Mark				
	der in den letzten zehn Jahren fertiggestellten Gebäude	-	-	-
	aller anderen Gebäude	-	-	-
	der Außenanlagen	-	-	-
	Gemietete oder gepachtete Gebäude und Räume	-	-	-
	Laufende bauliche Unterhaltung (Pauschbetrag)	15.000	15.000	8.339
7	Personalaufwand	4.983.900	5.050.000	4.816.508
	62 Löhne	110.000	110.000	129.116
	6300-6369 Gehälter	920.000	910.000	909.627
	6370-6389 Bezüge	3.923.900	4.000.000	3.744.959
	6390 - 6399 Sonstige Aufwendungen mit Gehalts- oder Bezügecharakter	30.000	30.000	32.806
	6400-6499 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-	-	-
8	65 Abschreibungen	-	-	-
	<i>davon sonstige Abschreibungen auf Anlagevermögen über 5000 Euro, das aus Landesmitteln finanziert ist</i>	-	-	-
	davon Abschreibungen aus rückzahlbaren Zuführungen	-	-	-
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	729.100	721.000	704.038
	66 Sonstige Personalaufwendungen	-	-	-
	67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Pflichten	440.000	460.000	446.728
	6702 <i>davon Mieten für Gebäude</i>	440.000	460.000	446.728
	68 Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	289.100	261.000	257.310
	69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	-	-	-
	70 Betriebliche Steuern	-	-	-
	7831 Verrechnung zwischen Kapiteln	-	-	-
Zu 9: Enthalten sind€ Verfügungsmittel.				
		-	-	-

**Hessisches Finanzgericht
(Anlage 2 zu Kap. 05 08)**

Erläuterungen zum Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2003

lfd. Nr.	Bezeichnung	Soll 2003 EUR	Soll 2002 EUR	Ist 2001 EUR
	Betriebsaufwand	5.831.500	5.905.000	5.641.579
	Eigenergebnis	-5.072.100	-5.145.000	-4.874.200
10 57	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
11 58	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	-	-	-
	<i>davon Erträge aus Produktabgeltungen</i>	-	-	-
	Steuererträge und Leistungsabgeltung	-	-	-
12 78	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-
	Leistungs-transfers	-	-	-
	Steuer- und Leistungsergebnis	-	-	-
	Verwaltungsergebnis	-5.072.100	-5.145.000	-4.874.200
13 54	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14 55	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
	Finanzertrag	-	-	-
15 71	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16 72	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
	Finanzaufwand	-	-	-
	Finanzergebnis	-	-	-
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.072.100	-5.145.000	-4.874.200
17 56	Außerordentliche Erträge und Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
	Außerordentlicher Ertrag	-	-	-
18 73	Außerordentlicher Aufwand und Aufwand aus Gewinnabführungen	-	-	-
	Außerordentlicher Aufwand	-	-	-
	Außerordentliches Ergebnis	-	-	-
19 59	Erträge aus Zuwendungen, Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
5950100- 5950130	<i>davon Erträge aus nicht rückzahlbaren Zuweisungen für Investitionen</i>	-	-	-
	= Transferzuwendungen	-	-	-
20 79	Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen und besondere Finanzausgaben	37.600	25.000	21.587
	= Transferzahlungen	37.600	25.000	21.587
	= Zuwendungsergebnis	-37.600	-25.000	-21.587
	= Neutrales Ergebnis	-37.600	-25.000	-21.587
21 74	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
	Jahresergebnis	-5.109.700	-5.170.000	-4.895.787

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

05 09 Verwaltungsgerichtsbarkeit

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Gruppe 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112 01.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 4 bis 6 können einer allgemeinen Rücklage (Titel 919 01), 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 7 und 8 einer Investitionsrücklage (Titel 919 02) zugeführt werden. Die Investitionsrücklage kann nur für investive Zwecke verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.
6. Die VV zu § 46 und die VV Nr. 3 zu § 61 LHO finden keine Anwendung. Ein Schadensausgleich findet statt.

EINNAHMEN

Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)

112 01	053	Gerichtsgebühren bei den Verwaltungsgerichten . . . Vgl. Vermerk bei Tit. 536 02 bis 536 14.	1 500 000	2 350 000	1 095 399
--------	-----	---	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Der Betrag ist geschätzt.

119 01	053	Einnahmen aus Nebentätigkeit.	--	--	--
119 02	053	Verkaufserlöse für unbrauchbare oder entbehrliche Geräte, Maschinen und Ausstat- tungsgegenstände sowie für Altstoffe	1 000	1 000	--
119 06	053	Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatlicher Einrichtungen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die aus- schließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergü- tung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	2 000	2 000	1 598
119 41	053	Rückzahlungen von Überzahlungen	5 000	5 000	1 216
119 51	053	Vermischte Einnahmen	150 000	34 000	45 084

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Hier sind auch die persönlichen und sächlichen Kosten der Berufsgerichte veranschlagt, die nach § 80 des Gesetzes über die Berufsvertretungen, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Verwaltungsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker vom 24. April 1986 (GVBl. I S. 122) von den Kammern (Landesärztekammer, Landes Zahnärztekammer, Landestierärztekammer und Landesapothekerkammer) zu tragen sind.

Mehr aufgrund Beteiligung anderer Gebietskörperschaften an der Finanzierung der Informations- und Dokumentationsstelle in Asylsachen beim Verwaltungsgericht Wiesbaden.

124 01	053	Mieten und Pachten	10 800	10 000	9 678
--------	-----	------------------------------	--------	--------	-------

Erläuterungen:

1. Amts- und Dienstwohnungen		4 000 EUR		
2. Sonstiges		6 800 EUR		

Zusammen 10 800 EUR

Zu U-Teil 1: Einnahmen aus einer Dienstwohnung im Dienstgebäude Brüder-Grimm-Platz 3 in Kassel.

Zu U-Teil 5: Einnahmen aus der Vermietung eines Ladengeschäfts in Wiesbaden.

132 01	053	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

132 02	053	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

235 01	053	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Förderleistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen zur Altersteilzeitarbeit.

235 02	053	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellung von Schwerbehinderten ab dem Jahr 2001 werden künftig direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechenden Personalausgaben geleistet werden.

235 03	053	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

Erläuterungen:

Hier sind die Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu buchen, die nach den §§ 91 ff. Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für allgemeine Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung gewährt werden.

Vergleiche Titel 427 08.

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus
Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen;
besondere Finanzierungseinnahmen
(Vermögenswirksame und besondere
Finanzierungseinnahmen)**

359 01	951	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Hier kann auch die Entnahme aus der im Haushaltsjahr 2001 gebildeten Personalausgabenrücklage (Kap. 05 01 - 919 02) gebucht werden.

359 02	951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

381 01	991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

In Höhe der Einnahmen dürfen Mehrausgaben im Kapitel geleistet werden.

Erläuterungen:

Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können.

381 02	991	Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwaltung.

Gesamteinnahmen	1 668 800	2 402 000	1 152 976
----------------------------------	-----------	-----------	-----------

A U S G A B E N

Personalausgaben

412 01	053	Entschädigungen ehrenamtlicher Richter und anderer Beisitzer	69 000	75 000	60 049
--------	-----	--	--------	--------	--------

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Richter im Nebenamt bei den Verwaltungsgerichten im Sinne des § 16 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17) erhalten für die Berichterstattung in jeder Sache (Bericht und Urteil) -31- EUR
2. a) Ehrenamtliche Verwaltungsrichter im Sinne der §§ 199 ff VwGO,
b) Ehrenamtliche Beisitzer
 - aa) des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) im Sinne des § 139 Abs. 2 und 3 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591),
 - bb) des Fachsenats und der Fachkammern im Sinne des § 84 des Bundespersonalvertretungsgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 693),
 - cc) des Fachsenats und der Fachkammern im Sinne des § 112 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes vom 24. März 1988 (GVBl. I S 103) in der jeweils geltenden Fassung,
erhalten eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1753).
3. Rechtskundige und andere Beisitzer der Disziplinargerichte im Sinne der §§ 39 und 47 der Hessischen Disziplinarordnung (HDO) erhalten Reisekostenvergütung nach dem Hessischen Reisekostengesetz (§ 16 Abs. 5 HRKG).
4. Rechtskundige Beisitzer der Disziplinarkammern im Sinne des § 39 der Hessischen Disziplinarordnung (HDO) erhalten für die Berichterstattung in jeder Sache (Bericht und Urteil) bzw. für die Abfassung eines Beschlusses nach § 61 Abs. 2, § 87 Abs. 2 HDO -31- EUR.

412 02 053 Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger	1 000	1 000	55
---	-------	-------	----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der Vertrauensleute in den Ausschüssen zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter (§§ 26, 32 VwGO; § 13 EhrRIEG).

422 01 053 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Laufende Zahlungen -	14 512 700	14 840 000	14 360 110
--	------------	------------	------------

Erläuterungen:

1. Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen 14 512 700 EUR
2. Aufwandsentschädigungen -- EUR

Zusammen 14 512 700 EUR
Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

422 02 053 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Einzelzahlungen -	2 200	3 900	2 352
---	-------	-------	-------

Erläuterungen:

1. Übergangsgelder -- EUR
2. Sondervergütungen -- EUR
3. Nachversicherung ausscheidender Beamter -- EUR
4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen -- EUR
5. Ehrengaben 2 200 EUR

Zusammen 2 200 EUR

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
422 41 053	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Leerstellen -	--	--	29 296
425 01 053	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	5 827 500	5 976 000	5 451 951
Erläuterungen:				
1. Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung		5 826 200 EUR		
2. Aufwandsentschädigungen		-- EUR		
3. Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge		1 300 EUR		
4. Besondere Zulagen		-- EUR		
Zusammen		5 827 500 EUR		
Haushaltsmittel in Höhe von 37.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
425 02 053	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	1 600	400	1 110
Erläuterungen:				
1. Ehrengaben		1 600 EUR		
2. Übergangsgelder, Abfindungen		-- EUR		
3. Sondervergütungen		-- EUR		
4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen		-- EUR		
Zusammen		1 600 EUR		
425 41 053	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	--
426 01 053	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen -	406 500	448 000	392 900
Erläuterungen:				
1. Löhne, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung		404 700 EUR		
2. Aufwandsentschädigungen		-- EUR		
3. Lohn für Mehrarbeit und Überstunden, Zeitzuschläge		1 800 EUR		
Zusammen		406 500 EUR		
426 02 053	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen -	--	400	370
426 03 053	Löhne der ständigen nicht vollbeschäftigten Kräfte	70 000	86 000	95 480
Erläuterungen:				
Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst und sonstige Dienstleistungen mit jährlich höchstens 142,5 Arbeitsstunden je Woche.				

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
426 41 053	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen -	--	--	--
427 01 053	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aus- hilfskräfte	36 600	37 000	81 110
427 06 053	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aus- hilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten Ausgaben können zu Lasten des Aufkommens der Stellen der beurlaubten Bediensteten geleistet werden.	--	--	550 568
Erläuterungen: Für den Zeitraum des Erziehungsurlaubs können im notwendigen Um- fang Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt werden.				
427 08 053	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnah- men zur Arbeitsbeschaffung	--	--	62 694
427 61 053	Entschädigungen nebenamtlicher Ausbilder und Prüfer des Personals	--	--	--
Erläuterungen: Richter als Leiter von Arbeitsgemeinschaften für Rechtsreferendare er- halten eine Aufwandsentschädigung, oder, wenn sie nicht entlastet sind, eine Lehrvergütung, als Lehrkräfte bei einer Arbeitsgemeinschaft eine Entschädigung nach dem Runderlass vom 2. November 1990 (JMBl. S. 527, 555).				
443 05 053	Entschädigung an Bedienstete für eine selbstge- stellte Vorlesekraft	--	--	--
Erläuterungen: Nach § 11 Abs.3 SchwbG in Verbindung mit Abschnitt IV Nr.6 des Ge- meinsamen Runderlasses (Fürsorgeerlass) vom 30. Juni 1999 (StAnz. S. 2266) ist dafür zu sorgen, dass blinden bzw. hochgradig sehbehin- derten Bediensteten eine Vorlesekraft zur Verfügung steht, wenn die Art ihrer Tätigkeit dies erfordert. Beschäftigt der Bedienstete eine Vor- lesekraft selbst, so werden ihm die entstehenden tatsächlichen Auf- wendungen in angemessenem Umfang erstattet.				
453 01 053	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	14 000	13 000	13 332
Erläuterungen: Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf im Rahmen der gel- tenden Bestimmungen.				
459 05 053	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens in der hessischen Landesverwaltung	--	--	--
Erläuterungen: Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie gewährt.				
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben . . . Vgl. Vermerk bei Kapitel 05 01.	--	--	--
462 01 981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben . . Vgl. Vermerk bei Kapitel 05 01.	--	--	--

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	053	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	779 900	793 600	678 071
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

1. Geschäftsbedarf	89 000 EUR
2. Kommunikation	59 900 EUR
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	160 000 EUR
4. Bedarf für EDV	226 000 EUR
5. Sonstiges	245 000 EUR

Zusammen 779 900 EUR
Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 240.000 Euro.
Haushaltsmittel in Höhe von 226.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

514 01	053	Haltung von Fahrzeugen	86 000	10 000	8 771
--------	-----	----------------------------------	--------	--------	-------

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 76.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

514 02	053	Dienst- und Schutzkleidung	4 000	4 000	3 380
--------	-----	--------------------------------------	-------	-------	-------

517 01	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	265 900	249 800	225 753
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erläuterungen: 517 01 bis 519 01

In Betracht kommen

A. Landeseigene Gebäude

2003

Anzahl: 2 (2)

L A G E	Friedensneubauwerte Altbauten Neu- bzw. Umbauten (nach 1993)	
	Mark	Mark
	2 156 500	0
Summe	2 156 500	--
davon 12 v.H.	258 780	--
davon 5 v.H.	--	0

**B. Gemietete/gepachtete Grundstücke
(Gebäude und Räume)**

2003

Anzahl: 4 (3)

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Zu 517 01

1. Heizung	35 000 EUR
2. Licht- und Kraftstrom	45 900 EUR
3. Reinigung	150 000 EUR
4. Sonstiges	35 000 EUR

Zusammen 265 900 EUR

518 01 053 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude
und Räume 1 324 600 1 296 300 1 224 592

Erläuterungen:

1. Mieten für Dienstgebäude und - räume	1 324 600 EUR
2. Mieten für Wohngebäude und Wohnungen	-- EUR
3. Pachten für unbebaute Grundstücke	-- EUR

Zusammen 1 324 600 EUR

Veranschlagt sind Mieten und Nebenkosten für die Dienstgebäude der Verwaltungsgerichte Darmstadt, Havelstraße 7, Frankfurt am Main, Adalbertstraße 44-48, und Kassel, Tischbeinstraße 32.

518 02 053 Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge 75 000 71 000 62 153

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Ablichtungsgeräte sowie Zeiterfassungsgeräte. Aus dem Ansatz können auch Leasingraten für Kraftfahrzeuge gezahlt werden.

519 01 053 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anla-
gen 278 000 157 000 92 208

Erläuterungen:

1. Landeseigene Gebäude	132 300 EUR
2. Sonstiges	145 700 EUR

Zusammen 278 000 EUR

Zu 1.: Für die laufende bauliche Unterhaltung (12 bzw. 5 v.H. der Friedensneubauwerte).

Zu 2.: Für die laufende Bauunterhaltung der gemieteten, gepachteten oder überlassenen Gebäude und Grundstücke mit 24 700 EUR.

Veranschlagt sind die landeseigenen Gebäude des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, und des Verwaltungsgerichts Wiesbaden, Mühlgasse 2, sowie die angemieteten Räumlichkeiten der Verwaltungsgerichte Darmstadt, Havelstraße 7, Frankfurt am Main, Adalbertstraße 44 - 48, und Kassel, Tischbeinstraße 32.

Haushaltsmittel in Höhe von 121.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

525 61 053 Aus- und Fortbildung 48 000 25 000 35 658

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Erläuterungen:				
1.	Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen . . .	6 000 EUR		
2.	Fortbildungsveranstaltungen	14 000 EUR		
3.	Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen .	4 000 EUR		
4.	Fortbildungsveranstaltungen für EDV	23 000 EUR		
5.	Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	1 000 EUR		
Zusammen		48 000 EUR		
Haushaltsmittel in Höhe von 23.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
526 01	053 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten . .	2 000	2 000	757
527 01	053 Reisekosten	27 000	14 000	14 173
Erläuterungen:				
Haushaltsmittel in Höhe von 13.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
536 02	053 Entschädigungen beigeordneter Anwälte 1. Die Titel 536 02 bis 536 14 sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich im Rahmen der Mehreinnahmen bei Titel 112 01.	530 000	625 000	491 577
536 03	053 Zeugenentschädigungen	18 000	13 000	17 857
536 04	053 Sachverständigenentschädigungen	135 000	115 000	126 228
536 06	053 Bekanntmachungskosten	--	1 000	--
536 07	053 Andere Verfahrensauslagen	250 000	10 000	8 224
Erläuterungen:				
Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 240.000 Euro.				
536 08	053 Reisekosten des Gerichts	6 000	8 000	4 769
536 14	053 Entschädigungen der Dolmetscher und Übersetzer	500 000	570 000	470 508
537 02	053 Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä . .	--	1 000	1 790
538 01	053 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	306 000	75 000	44 963
Erläuterungen:				
Haushaltsmittel in Höhe von 241.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
544 01	053 Rückzahlungen vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	--	--	--
545 01	053 Durchführung der Jahreskonferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe und des Bundesverwaltungsgerichts	--	--	--
546 01	053 Vermischter Sachaufwand	--	--	--

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

681 01	053	Schadenersatzleistungen Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeits- gründen gewährt werden.	1 000	1 000	--
681 05	053	Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfah- renseteiligte	1 000	1 000	892

Erläuterungen:

Außergerichtliche Kosten werden aus der Staatskasse aufgrund gerichtlicher Entscheidung an Verfahrensbeteiligte namentlich in folgenden Fällen erstattet:

- a) an die Beigeladenen (§ 162 Abs.3 VwGO)
- b) in Disziplinarverfahren (§ 60 HRiG, § 106 HDO), auch für andere Kapitel des Einzelplans 05.

Baumaßnahmen

711 01	053	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

**Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen
(Sonstige Investitionsausgaben)**

811 01	053	Erwerb von Kraftfahrzeugen	--	--	--
812 01	053	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen Verpflichtungsermächtigung	257 500	71 000	10 526

Haushaltsjahr	EUR
2004	61 000
2005	61 000
2006	61 000
2007ff	122 000
Gesamtverpflichtung	305 000

Erläuterungen:

- 1. Erstmalige Anschaffungen -- EUR
- 2. Erwerb von Fernmeldeanlagen 6 000 EUR
- 3. Beschaffungen für EDV 217 500 EUR
- 4. Sonstige Ersatzbeschaffungen 34 000 EUR

Zusammen 257 500 EUR
Haushaltsmittel in Höhe von 217.500 Euro wegen Auflösung der
ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

821 01	053	Grunderwerb	--	--	--
--------	-----	-----------------------	----	----	----

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Besondere Finanzierungsausgaben

919 01	951	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	--	--	--
919 02	951	Zuführung an die Investitionsrücklage	--	--	--
981 01	991	Abführung an Kap. 02 03 - 381 01 für die Zählkartenerfassung	35 000	35 000	35 366

Erläuterungen:

Erstattung der Kosten für die bundeseinheitliche Zählkartenerhebung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik) an das Hessische Statistische Landesamt (Kap. 02 03).

981 63	991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaus- halts	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

Erläuterungen:

Für die vom HCC für Anwender angebotenen Schulungen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten, die im Wege der haushaltstechnischen Verrechnung an Kap. 06 16 - 381 63 abzuführen sind.

n e u

989 01	991	Zwischenbehördliche Leistungsverrechnung . .	17 800	--	--
--------	-----	---	--------	----	----

Erläuterungen:

Die Mittel dienen ausschließlich der internen Leistungsverrechnung mit der Hessischen Bezügestelle (HBS) für die Personalabrechnung.

Weggefallene Titelgruppen

Titelgruppe 69

Automationsunterstützung

422 69	053	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	--	50 000	44 967
425 69	053	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	--	37 000	9 785
511 69	053	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	143 000	120 649
514 69	053	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	--	48 000	32 848
518 69	053	Mieten für Geräte	--	--	--
519 69	053	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anla- gen	--	77 000	102 008
525 69	053	Aus- und Fortbildung, Anwenderschulung	--	15 000	12 192

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR	IST 2001 EUR
Funkt.- Kennziffer				
527 69 053	Reisekosten	--	8 000	5 941
538 69 053	Dienstleistungen Außenstehender	--	153 000	98 790
547 69 053	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	--	--	--
812 69 053	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrü- stungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegen- stände	--	154 000	199 178
	Summe Titelgruppe 69	--	685 000	626 357
	Gesamtausgaben	25 888 800	26 314 400	25 285 950

Abschluss Kapitel 05 09

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	1 668 800	2 402 000	1 152 976
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
	Gesamteinnahmen	1 668 800	2 402 000	1 152 976
4	Personalausgaben	20 941 100	21 567 700	21 156 128
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	4 635 400	4 484 700	3 883 859
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	2 000	2 000	892
7	Baumaßnahmen	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	257 500	225 000	209 704
9	Besondere Finanzierungsausgaben	52 800	35 000	35 366
	Gesamtausgaben	25 888 800	26 314 400	25 285 950
	Zuschuss/Überschuss	-24 220 000	-23 912 400	-24 132 974

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

05 40

**Gerichte
für Arbeitssachen**

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Gruppe 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112 01.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 4 bis 6 können einer allgemeinen Rücklage (Titel 919 01), 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 7 und 8 einer Investitionsrücklage (Titel 919 02) zugeführt werden. Die Investitionsrücklage kann nur für investive Zwecke verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.
6. Die VV zu § 46 und die VV Nr. 3 zu § 61 LHO finden keine Anwendung. Ein Schadensausgleich findet statt.

EINNAHMEN

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

112 01	054	Gerichtsgebühren, Geldstrafen und Geldbußen . . . Vgl. Vermerk bei Tit. 536 02 bis 536 14.	4 150 000	3 900 000	3 908 439
119 01	054	Einnahmen aus Nebentätigkeit	--	--	--
119 02	054	Verkaufserlöse für unbrauchbare oder entbehrliche Geräte, Maschinen und Ausstat- tungsgegenstände	--	--	--
119 06	054	Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatlicher Einrichtungen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die aus- schließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergü- tung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	3 000	3 000	2 669
119 41	054	Rückzahlungen von Überzahlungen	15 000	12 000	19 451
119 46	054	Ersatzleistungen	1 000	1 000	3 775
119 51	054	Vermischte Einnahmen	1 000	--	814
132 01	054	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	--	--	--
132 02	054	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger bewegli- cher Sachen	--	--	--

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungseinnahmen)**

235 01	054	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Förderleistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen zur Altersteilzeitarbeit.

235 02	054	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellungen von Schwerbehinderten ab dem Jahr 2001 werden künftig direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechenden Personalausgaben geleistet werden.

235 03	054	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

Erläuterungen:

Haushaltsstelle für die Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. des Arbeitsförderungsgesetzes.

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus
Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen;
besondere Finanzierungseinnahmen
(Vermögenswirksame und besondere
Finanzierungseinnahmen)**

359 01	951	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Hier kann auch die Entnahme aus der im Haushaltsjahr 2001 gebildeten Personalausgabenrücklage (Kap. 05 01 - 919 02) gebucht werden.

359 02	951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

381 01	991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können.

381 02	991	Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwaltung.

Gesamteinnahmen	4 170 000	3 916 000	3 935 149
----------------------------------	-----------	-----------	-----------

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

A U S G A B E N

Personalausgaben

412 01	054	Entschädigungen ehrenamtlicher Richter	306 000	306 000	284 911
Erläuterungen:					
Entschädigungen auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der Fassung vom 1. 10. 1969 (BGBl. I S. 1753), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1994 (BGBl. I. S. 1325).					
412 02	054	Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger	1 000	1 000	--
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Entschädigungen für nicht im öffentlichen Dienst stehende Mitglieder des beratenden Ausschusses nach § 18 Abs. 2 Arbeitsgerichtsgesetz.					
422 01	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Laufende Zahlungen -	6 964 200	6 803 000	6 387 833
Erläuterungen:					
1. Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen 6 963 400 EUR					
2. Aufwandsentschädigungen 800 EUR					
Zusammen 6 964 200 EUR					
Haushaltsmittel i.H.v. 40.000 Euro umgesetzt infolge Auflösung der Titelgruppe 69 (Automationsunterstützung).					
422 02	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Einzelzahlungen -	1 300	700	1 329
Erläuterungen:					
1. Übergangsgelder -- EUR					
2. Sondervergütungen -- EUR					
3. Nachversicherung ausscheidender Beamter -- EUR					
4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen -- EUR					
5. Ehrengaben 1 300 EUR					
Zusammen 1 300 EUR					
422 41	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Leerstellen -	--	--	--
422 61	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Laufende Zahlungen -	72 000	72 000	37 946
422 62	054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Einzelzahlungen -	--	--	--

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitsachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
425 01 054	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	6 225 000	6 208 000	5 844 653
	Erläuterungen:			
	1. Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	6 225 000 EUR		
	2. Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
	3. Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge	-- EUR		
	4. Besondere Zulagen	-- EUR		
	Zusammen	6 225 000 EUR		
	Haushaltsmittel i.H.v. 79.000 Euro umgesetzt infolge Auflösung der Titelgruppe 69 (Automationsunterstützung).			
425 02 054	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	3 300	1 900	1 111
	Erläuterungen:			
	1. Ehrengaben	3 300 EUR		
	2. Übergangsgelder, Abfindungen	-- EUR		
	3. Sondervergütungen	-- EUR		
	4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
	Zusammen	3 300 EUR		
425 03 054	Vergütungen der ständigen nichtvollbeschäftigten Kräfte	50 000	50 000	37 811
	Erläuterungen:			
	Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im -- Aufsichtsdienst mit zusammen höchstens 17 Arbeitsstunden, -- Schreibdienst mit zusammen höchstens 34 Arbeitsstunden je Woche.			
425 41 054	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	--
426 01 054	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen -	43 300	44 000	44 366
	Erläuterungen:			
	1. Löhne, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung	43 300 EUR		
	2. Aufwandsentschädigungen	-- EUR		
	3. Lohn für Mehrarbeit und Überstunden, Zeitzuschläge	-- EUR		
	Zusammen	43 300 EUR		
426 02 054	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen -	--	300	--
426 03 054	Löhne der ständigen nicht vollbeschäftigten Kräfte	26 000	26 000	24 592

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 50 Arbeitsstunden je Woche.

426 41 054	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen -	--	--	--
427 01 054	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aus- hilfskräfte	66 300	67 000	68 949
427 06 054	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aus- hilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten Ausgaben können zu Lasten des Aufkommens der Stellen der beurlaubten Bediensteten geleistet werden.	--	--	396 017

Erläuterungen:

Für den Zeitraum des Erziehungsurlaubs können im notwendigen Um-
fang Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt werden.

427 08 054	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnah- men zur Arbeitsbeschaffung	--	--	--
453 01 054	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	9 000	9 000	7 610
459 05 054	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens in der hessischen Landesverwaltung	--	--	--

Erläuterungen:

Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem
"Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für
angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie
gewährt.

461 01 981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	--	--	--
------------	--	----	----	----

Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01 054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	808 000	1 470 500	1 567 413
------------	---	---------	-----------	-----------

Erläuterungen:

1. Geschäftsbedarf	155 000 EUR
2. Kommunikation	248 000 EUR
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- stände	105 000 EUR
4. Bedarf für EDV	200 000 EUR
5. Sonstiges	100 000 EUR

Zusammen 808 000 EUR
Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den
Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 1.050.000 Euro.
Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 Euro wegen Auflösung der
ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
514 01 054	Haltung von Kraftfahrzeugen	84 000	2 000	3 234
	Erläuterungen: Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
514 02 054	Dienst- und Schutzkleidung	1 000	1 000	--
517 01 054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	393 700	426 700	89 728
	Erläuterungen: Titel 517 01 bis 519 01 In Betracht kommen A. Landeseigene Gebäude 2003 Anzahl: -- (--)			
	B. Gemietete/gepachtete Grundstücke (Gebäude und Räume) 2003 Anzahl: 10 (6)			
	Erläuterungen: 1. Heizung 144 000 EUR 2. Licht- und Kraftstrom 108 000 EUR 3. Reinigung 104 000 EUR 4. Sonstiges 37 700 EUR			
	Zusammen	393 700 EUR		
518 01 054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1 242 500	1 290 700	262 829
	Erläuterungen: 1. Mieten für Dienstgebäude und - räume einschl.Nebenkosten 1 242 500 EUR 2. Mieten und Pachten für Wohngebäude und Wohnungen -- EUR 3. Pachten für unbebaute Grundstücke -- EUR			
	Zusammen	1 242 500 EUR		
	Veranschlagt sind Mieten und Nebenkosten für die Diensträume der Arbeitsgerichte Hanau, Sandeldamm 24a, Limburg a. d. Lahn, Weiersteinstraße 4, Offenbach am Main, Herrnstraße 51, Wetzlar, Hausertorstraße 47b und Gießen, Friedrich-List- Str.25, sowie die Miete für den Gerichtstag des Arbeitsgerichts Bad Hersfeld in Eschwege, Vor dem Berge 1. Die Miete für die Diensträume des Arbeitsgerichts Kassel, Ständeplatz 19, ist bei Kapitel 05 04 - 518 01 veranschlagt.			
518 02 054	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	30 000	28 000	20 371
	Erläuterungen: Haushaltsmittel in Höhe von 2.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.			
519 01 054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	8 000	8 000	7 382

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Landeseigene Gebäude	-- EUR
2. Sonstiges	8 000 EUR

Zusammen 8 000 EUR

Zu 2.: Zur Durchführung von mietvertraglich vereinbarten Schönheitsreparaturen und Instandsetzungsarbeiten gemäß den Instandsetzungsunterlagen-Bau.

Das Arbeitgericht Marburg, Gutenbergstraße 29a, ist bei Kap. 05 50 - 519 01 veranschlagt.

525 61	054	Aus- und Fortbildung	61 500	21 000	18 842
--------	-----	--------------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen . .	29 000 EUR
2. Fortbildungsveranstaltungen	13 000 EUR
3. Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen .	6 000 EUR
4. Fortbildungsveranstaltungen für EDV	13 000 EUR
5. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte;
Umschulung von Hilfskräften	500 EUR

Zusammen 61 500 EUR

Haushaltsmittel in Höhe von 13.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

Mehr (28.500 Euro) zur Erstattung der Kostenbeiträge für Unterkunft und Verpflegung bei den Rotenburger Bildungsstätten, die ab dem 1. Januar 2003 aufgrund der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und der damit einhergehenden Kosten- und Leistungsrechnung erhoben werden.

526 01	054	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten . .	4 000	5 000	1 910
--------	-----	--	-------	-------	-------

527 01	054	Reisekosten	21 000	21 000	15 517
--------	-----	-----------------------	--------	--------	--------

533 01	054	Sachaufwand für die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender In Abweichung von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Fachbücher unentgeltlich abgegeben werden.	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Für Schulungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit.

536 02	054	Entschädigungen beigeordneter Anwälte 1. Die Titel 536 02 bis 536 14 sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Mehrausgaben können in Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 112 01 geleistet werden.	3 100 000	2 700 000	2 869 522
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

536 03	054	Zeugenentschädigungen Vgl. Vermerk bei Titel 536 02.	75 000	80 000	67 887
--------	-----	---	--------	--------	--------

536 04	054	Sachverständigenentschädigungen Vgl. Vermerk bei Titel 536 02.	25 000	45 000	18 662
--------	-----	---	--------	--------	--------

536 06	054	Bekanntmachungskosten Vgl. Vermerk bei Titel 536 02.	4 000	5 000	1 244
--------	-----	---	-------	-------	-------

536 07	054	Andere Verfahrensauslagen Vgl. Vermerk bei Titel 536 02.	1 055 000	5 000	4 671
--------	-----	---	-----------	-------	-------

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 1.050.000 Euro.

536 08	054	Reisekosten des Gerichts Vgl. Vermerk bei Titel 536 02.	1 000	1 000	--
536 14	054	Entschädigungen für Dolmetscher und Übersetzer . Vgl. Vermerk bei Titel 536 02.	210 000	220 000	198 970
537 02	054	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä. .	1 000	--	--
538 01	054	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	207 000	43 000	27 285

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 121.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

546 01	054	Vermischter Sachaufwand	--	--	--
--------	-----	-----------------------------------	----	----	----

**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
mit Ausnahme für Investitionen
(Übertragungsausgaben)**

681 01	054	Schadenersatzleistungen Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeitsgründen gewährt werden.	1 000	1 000	57
684 01	054	Zuschüsse zur Schulung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	17 000	16 000	16 565

Erläuterungen:

Zuschüsse an Verbände, die ein Vorschlagsrecht für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in der Arbeitsgerichtsbarkeit haben.

Baumaßnahmen

711 01	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

**Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen
(Sonstige Investitionsausgaben)**

811 01	054	Erwerb von Kraftfahrzeugen	--	--	--
812 01	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen Verpflichtungsermächtigung	257 700	35 000	37 171

Haushaltsjahr	EUR
2004	102 000
2005	102 000
2006	102 000
2007ff	204 000
Gesamtverpflichtung	510 000

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Erstmalige Anschaffungen	6 000 EUR
2. Ersatzbeschaffungen	74 000 EUR
3. Beschaffungen für EDV	177 700 EUR

Zusammen 257 700 EUR

40 000 Euro kw zum Haushaltsjahr 2004 wegen einmaliger Gewährung zusätzlicher Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2003 aufgrund dringenden Investitionsbedarfs.

Haushaltsmittel in Höhe von 177.700 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

Besondere Finanzierungsausgaben

919 01 951	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	--	--	--
919 02 951	Zuführung an die Investitionsrücklage	--	--	--
981 63 991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts	--	--	--

Erläuterungen:

Die zentral angebotenen Schulungen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 für Anwender sind dezentral zu finanzieren. Hierfür sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten und an den zentralen Titel 17 02 - 381 63 abzuführen.

Weggefallene Titel

812 13 054	Erwerb von Fernmeldeanlagen	--	--	--
------------	---------------------------------------	----	----	----

Weggefallene Titelgruppen

Titelgruppe 69
Automationsunterstützung

422 69 054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	--	40 000	46 860
425 69 054	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	--	79 000	28 424
429 69 054	Nicht aufteilbare Personalausgaben	--	--	--
511 69 054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	127 000	131 893
514 69 054	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	--	51 000	67 055

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
518 69 054	Mieten für Geräte	--	1 000	12 731
519 69 054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	--	--	12 591
525 69 054	Aus- und Fortbildung, Umschulung	--	8 000	--
538 69 054	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	--	77 000	131 606
547 69 054	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	--	--	--
812 69 054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	103 000	317 516
	Summe Titelgruppe 69	--	486 000	748 676
	Gesamtausgaben	21 374 800	20 499 800	19 115 065

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Abschluss Kapitel 05 40

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	4 170 000	3 916 000	3 935 149
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen		4 170 000	3 916 000	3 935 149
<hr/>				
4	Personalausgaben	13 767 400	13 707 900	13 212 412
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	7 331 700	6 636 900	5 531 344
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	18 000	17 000	16 622
7	Baumaßnahmen	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	257 700	138 000	354 687
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	--
Gesamtausgaben		21 374 800	20 499 800	19 115 065
Zuschuss/Überschuss		-17 204 800	-16 583 800	-15 179 916

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

05 50

**Gerichte der
Sozialgerichtsbarkeit**

1. Die Titel der Hauptgruppen 4 bis 6 und 9 sind mit Ausnahme der Gruppe 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppen 7 und 8. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 1 mit Ausnahme des Titels 112 01.
3. Außerhalb der laufenden Geschäfte anfallende Mehreinnahmen dürfen nur mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen verwendet werden.
4. Stellenpläne und -übersichten bleiben verbindlich. Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Angestellte und Arbeiter sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.
5. 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 4 bis 6 können einer allgemeinen Rücklage (Titel 919 01), 50 v.H. der nicht verausgabten Mittel der Hauptgruppen 7 und 8 einer Investitionsrücklage (Titel 919 02) zugeführt werden. Die Investitionsrücklage kann nur für investive Zwecke verwendet werden. Ausnahmen von Satz 1 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.
6. Die VV zu § 46 und die VV Nr. 3 zu § 61 LHO finden keine Anwendung. Ein Schadensausgleich findet statt.

E I N N A H M E N

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen
(Eigene Einnahmen)**

112 01	054	Gerichtsgebühren, Geldstrafen und Geldbußen Vgl. Vermerk bei Tit. 536 02 bis 536 14.	800 000	900 000	695 970
119 01	054	Einnahmen aus Nebentätigkeit	--	--	--
119 02	054	Verkaufserlöse für unbrauchbare oder entbehrliche Geräte, Maschinen und Ausstat- tungsgegenstände	--	--	--
119 06	054	Einnahmen aus anderen privaten Mitbenutzungen staatlicher Einrichtungen Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die aus- schließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergü- tung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- und Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.	500	1 000	451
119 41	054	Rückzahlungen von Überzahlungen	2 000	2 000	87
119 46	054	Ersatzleistungen	--	--	153
119 51	054	Vermischte Einnahmen	--	--	218
124 01	054	Mieten und Pachten	3 800	4 000	3 681

Erläuterungen:

Vermietung von Pkw-Stellplätzen bei dem Sozialgericht Marburg.

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
132 01 054	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	--	--	--
132 02 054	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	--	--	--
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)				
235 01 054	Erstattungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes	--	--	--
Erläuterungen:				
Förderleistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen zur Altersteilzeitarbeit.				
235 02 054	Zuweisungen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten	--	--	--
Erläuterungen:				
Die Zuweisungen öffentlicher Träger für die Neueinstellungen von Schwerbehinderten ab dem Jahr 2001 werden künftig direkt bei den Beschäftigungsdienststellen vereinnahmt, soweit dort die entsprechenden Personalausgaben geleistet werden.				
235 03 054	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit	--	--	--
Erläuterungen:				
Haushaltsstelle für die Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach §§ 91 ff. des Arbeitsförderungsgesetzes.				
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)				
359 01 951	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	--	--	--
Erläuterungen:				
Hier kann auch die Entnahme aus der im Haushaltsjahr 2001 gebildeten Personalausgabenrücklage (Kap. 05 01 - 919 02) gebucht werden.				
359 02 951	Entnahme aus der Investitionsrücklage	--	--	--
381 01 991	Zuführungen aus Kap. 17 02 - 981 72	--	--	30 678
Erläuterungen:				
Im Falle der erfolgreichen Vermittlung von Personal durch die Personalentwicklungsbörse erhalten die abgebende und die aufnehmende Dienststelle Prämien, die für zusätzliche Ausgaben verwendet werden können.				

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

381 02 991 Zuführungen aus Kap. 03 02 - ATG 83 -- -- --

Erläuterungen:

Zuführungen aus dem Integrationsfonds zur Integration und Beschäftigung Schwerbehinderter und Gleichgestellter in der Landesverwaltung.

Gesamteinnahmen	806 300	907 000	731 238
----------------------------------	---------	---------	---------

A U S G A B E N

Personalausgaben

412 01 054 Entschädigungen ehrenamtlicher Richter 130 000 135 000 118 411

Erläuterungen:

Entschädigungen auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter vom 01.10.1969 (BGBl. I S. 1753), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911).

412 02 054 Entschädigungen ehrenamtlich Tätiger 1 000 1 000 184

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen für nicht im öffentlichen Dienst stehende Mitglieder des beratenden Ausschusses nach § 11 Sozialgerichtsgesetz.

422 01 054 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter
- Laufende Zahlungen - 6 792 000 6 848 000 6 677 957

Erläuterungen:

1. Dienstbezüge, Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen . .	6 791 200 EUR	
2. Aufwandsentschädigungen	800 EUR	
3. Stellenzulagen	-- EUR	

Zusammen 6 792 000 EUR
Haushaltsmittel i.H.v. 39.000 Euro umgesetzt infolge Auflösung der Titelgruppe 69 (Automationsunterstützung).

422 02 054 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter
- Einzelzahlungen - 2 100 2 800 1 738

Erläuterungen:

1. Übergangsgelder	-- EUR	
2. Sondervergütungen	-- EUR	
3. Nachversicherung ausscheidender Beamter . .	-- EUR	
4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen	-- EUR	
5. Ehrengaben	2 100 EUR	

Zusammen 2 100 EUR

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
422 41 054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter - Leerstellen -	--	--	--
422 61 054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf - Laufende Zahlungen -	60 000	60 000	29 552
425 01 054	Vergütungen der Angestellten - Laufende Zahlungen -	4 610 000	4 656 000	4 394 546
Erläuterungen:				
1. Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung		4 610 000 EUR		
2. Aufwandsentschädigungen		-- EUR		
3. Überstundenvergütungen, Zeitzuschläge		-- EUR		
4. Besondere Zulagen		-- EUR		
Zusammen		4 610 000 EUR		
425 02 054	Vergütungen der Angestellten - Einzelzahlungen -	1 000	1 100	741
Erläuterungen:				
1. Ehrengaben		1 000 EUR		
2. Übergangsgelder, Abfindungen		-- EUR		
3. Sondervergütungen		-- EUR		
4. Zulagen und Aufwandsentschädigungen		-- EUR		
Zusammen		1 000 EUR		
425 41 054	Vergütungen der Angestellten - Leerstellen -	--	--	178
426 01 054	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Laufende Zahlungen -	352 000	356 000	312 479
Erläuterungen:				
1. Löhne, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung		352 000 EUR		
2. Aufwandsentschädigungen		-- EUR		
3. Lohn für Mehrarbeit und Überstunden, Zeitzuschläge		-- EUR		
Zusammen		352 000 EUR		
426 02 054	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Einzelzahlungen -	400	--	3 700
426 03 054	Löhne der ständigen, nichtvollbeschäftigten Kräfte	20 000	27 000	19 924
Erläuterungen:				
Vergütungen für teilzeitbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst mit zusammen höchstens 36 Arbeitsstunden je Woche.				

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
426 41 054	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter - Leerstellen -	--	--	--
427 01 054	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aus- hilfskräfte	45 500	46 000	11 248
427 06 054	Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aus- hilfskräften in den Fällen des Erziehungsurlaubs von Landesbediensteten Ausgaben können zu Lasten des Aufkommens der Stellen der beurlaubten Bediensteten geleistet werden.	--	--	295 543
Erläuterungen: Für den Zeitraum des Erziehungsurlaubs können im notwendigen Um- fang Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt werden.				
427 08 054	Beschäftigungsentgelte im Rahmen von Maßnah- men zur Arbeitsbeschaffung	--	--	36 532
443 05 054	Entschädigung an Bedienstete für eine selbstgestellte Vorlesekraft	14 000	12 000	13 426
Erläuterungen: Nach § 11 Abs. 3 SchwbG in Verbindung mit Abschnitt IV Nr. 6 des Gemeinsamen Runderlasses (Fürsorgeerlass) vom 30. Juni 1999 (StAnz. S. 2266) ist dafür zu sorgen, daß blinden bzw. hochgradig seh- behinderten Bediensteten eine Vorlesekraft zur Verfügung steht, wenn die Art ihrer Tätigkeit dies erfordert. Pauschale für eine Vorlesekraft für einen blinden Richter beim Sozialge- richt Marburg.				
453 01 054	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	5 000	5 000	618
Erläuterungen: Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf im Rahmen der gel- tenden Bestimmungen.				
459 05 054	Prämien im Rahmen des Vorschlagswesens in der hessischen Landesverwaltung	--	--	--
Erläuterungen: Prämien nach den Richtlinien der Landesregierung zu einem "Ideenmanagement in der Hessischen Landesverwaltung". Für angenommene Vorschläge wird grundsätzlich eine Geldprämie gewährt.				
461 01 981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	--	--	--
Erläuterungen:				
Sächliche Verwaltungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst				
Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01 054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	489 600	568 100	545 385

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Erläuterungen:

1. Geschäftsbedarf	62 000 EUR
2. Kommunikation	85 600 EUR
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	50 000 EUR
4. Bedarf für EDV	128 000 EUR
5. Sonstiges	164 000 EUR

Zusammen 489 600 EUR
Umsetzung der Portoaussgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 230.000 Euro.
Haushaltsmittel in Höhe von 128.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

514 01 054 Haltung von Kraftfahrzeugen	51 000	4 000	3 912
--	--------	-------	-------

Erläuterungen:

Haushaltsmittel in Höhe von 47.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

514 02 054 Dienst- und Schutzkleidung	1 000	1 000	586
---	-------	-------	-----

517 01 054 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	385 600	375 800	237 529
---	---------	---------	---------

Erläuterungen: Titel 517 01 bis 519 01

In Betracht kommen

A. Landeseigene Gebäude

2003

Anzahl: 4 (4)

L A G E	Friedensneubauwerte	
	Altbauten	Neu- bzw. Umbauten (nach 1993)
	Mark	Mark
Summe	--	--
davon 12 v.H.	222 636	
davon 5 v.H.		

**B. Gemietete/gepachtete Grundstücke
(Gebäude und Räume)**

2003

Anzahl: 3 (3)

Erläuterungen:

1. Heizung	105 000 EUR
2. Licht- und Kraftstrom	88 000 EUR
3. Reinigung	112 600 EUR
4. Sonstiges	80 000 EUR

Zusammen 385 600 EUR

Die Hausverwaltung des Hauses Darmstadt, Am Steubenplatz, obliegt dem Hessischen Landessozialgericht. Die Kosten des gleichzeitig dort untergebrachten Sozialgerichts Darmstadt, des Arbeitsgerichts Darmstadt und eines Senats des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main sind hier mitveranschlagt.

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
518 01 054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	686 200	694 900	205 114
Erläuterungen:				
1.	Mieten für Dienstgebäude und - räume einschl. Nebenkosten	686 200 EUR		
2.	Mieten und Pachten für Wohngebäude und Wohnungen		-- EUR	
3.	Pachten für unbebaute Grundstücke		-- EUR	
Zusammen		686 200 EUR		
Veranschlagt sind Mieten und Nebenkosten für das Sozialgericht in Wiesbaden, Frankfurter Straße 12, sowie das Sozialgericht in Kassel, Ständeplatz 23 und Garde-du-Corps-Straße.				
518 02 054	Mieten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	30 000	30 000	28 700
519 01 054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anla- gen	130 000	122 000	100 763
Erläuterungen:				
1.	Landeseigene Gebäude	113 900 EUR		
2.	Sonstiges	16 100 EUR		
Zusammen		130 000 EUR		
Zu 1.: Für die laufende bauliche Unterhaltung (12 bzw. 5 v.H. der Friedensneubauwerte).				
Zu 2.: Für die laufende bauliche Unterhaltung der gemieteten, gepachteten oder überlassenen Gebäude und Grundstücke.				
Veranschlagt sind die landeseigenen Liegenschaften des Hessischen Landessozialgerichts in Darmstadt, Steubenplatz 14, sowie der Sozialgerichte Gießen, Ostanlage 19, und Marburg, Gutenbergstraße 29/29a und die Mietgebäude der Sozialgerichte in Kassel, Ständeplatz 23, und Garde-du-Corps-Straße, sowie in Wiesbaden, Frankfurter Straße 12.				
Die Hausverwaltung der Liegenschaft Darmstadt, Steubenplatz 14, obliegt dem Hessischen Landessozialgericht. Die Bauunterhaltungsmittel des hier ebenfalls untergebrachten Sozialgerichts Darmstadt, des Arbeitsgerichts Darmstadt und des Familiensenats Darmstadt des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main sind hier mitveranschlagt. Die Hausverwaltung für die landeseigene Liegenschaft des Arbeitsgerichts Marburg, Gutenbergstraße 29a, obliegt dem Sozialgericht Marburg. Die Bauunterhaltungsmittel sind hier mitveranschlagt.				
Haushaltsmittel in Höhe von 8.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
525 61 054	Aus- und Fortbildung	81 000	33 000	41 638
Erläuterungen:				
1.	Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen		-- EUR	
2.	Fortbildungsveranstaltungen	35 000 EUR		
3.	Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen	5 000 EUR		
4.	Fortbildungsveranstaltungen für EDV	41 000 EUR		
5.	Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften		-- EUR	
Zusammen		81 000 EUR		
Haushaltsmittel in Höhe von 41.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
526 01 054	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten . . .	8 000	4 000	7 946
527 01 054	Reisekosten	12 000	7 000	11 983
533 01 054	Sachaufwand für die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung Außenstehender In Abweichung von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Fachbücher un- entgeltlich abgegeben werden.	--	--	3 297
Erläuterungen: Für Schulungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Sozialgerichtsbarkeit.				
536 02 054	Entschädigungen beigeordneter Anwälte 1. Die Titel 536 02 bis 536 14 sind gegenseitig deckungsfä- hig 2. Die Ausgabeermächtigung dieser Titel erhöht sich im Rah- men der Mehreinnahmen bei Titel 112 01	170 000	160 000	166 634
536 03 054	Zeugenentschädigungen	150 000	160 000	142 323
536 04 054	Sachverständigenentschädigungen	4 300 000	4 500 000	4 246 264
536 05 054	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	55 000	60 000	47 357
536 07 054	Andere Verfahrensauslagen	230 000	--	--
Erläuterungen: Umsetzung der Portoausgaben (bisher Titel 511 01 UT 2) zu den Verfahrensausgaben (Titel 536 07) in Höhe von 230.000 Euro.				
536 08 054	Reisekosten des Gerichts	1 000	1 000	--
536 14 054	Entschädigungen der Dolmetscher und Übersetzer	60 000	60 000	61 230
537 02 054	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen u.ä. . .	--	--	--
538 01 054	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	350 000	--	--
Erläuterungen: Kosten für den Abschluss eines Bewachungsvertrages mit einem pri- vaten Sicherheitsunternehmen. Haushaltsmittel in Höhe von 322.000 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.				
546 01 054	Vermischter Sachaufwand	--	--	154
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
681 01 054	Schadenersatzleistungen Aus den Mitteln können auch Entschädigungen aus Billigkeits- gründen gewährt werden.	--	--	205
684 01 054	Zuschüsse zur Schulung ehrenamtlicher Richter . .	8 000	8 000	5 641
Erläuterungen: Zuschüsse an Verbände, die ein Vorschlagsrecht für die Berufung eh- renamtlicher Richterinnen und Richter in der Sozialgerichtsbarkeit haben.				

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Baumaßnahmen

711 01	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	--	--	17 230
--------	-----	---	----	----	--------

**Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen
(Sonstige Investitionsausgaben)**

811 01	054	Erwerb von Kraftfahrzeugen	--	--	--
--------	-----	--------------------------------------	----	----	----

812 01	054	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen Verpflichtungsermächtigung	170 600	46 000	37 021
--------	-----	--	---------	--------	--------

Haushaltsjahr	EUR
2004	102 000
2005	102 000
2006	102 000
2007ff	204 000
<hr/>	
Gesamtverpflichtung	510 000

Erläuterungen:

1. Erstmalige Anschaffungen
 - Andere Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände -- EUR
2. Ersatzbeschaffungen
 - Erwerb von Fernmeldeanlagen -- EUR
 - Erwerb von EDV-Anlagen 130 600 EUR
 - Geräte und Ausstattungsgegenstände 40 000 EUR

Zusammen 170 600 EUR
Haushaltsmittel in Höhe von 130.600 Euro wegen Auflösung der ATG 69 (Automationsunterstützung) umgesetzt.

Besondere Finanzierungsausgaben

919 01	951	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	--	--	--
--------	-----	--	----	----	----

919 02	951	Zuführung an die Investitionsrücklage	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

981 63	991	Abführungen an andere Kapitel des Landeshaushalts	--	--	--
--------	-----	---	----	----	----

Erläuterungen:

Für die vom HCC für Anwender angebotenen Schulungen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung und SAP R/3 sind einheitliche Teilnehmergebühren zu entrichten, die im Wege der haushaltstechnischen Verrechnung an Kap. 06 16 - 381 63 abzuführen sind.

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR
Weggefallene Titel				
812 13 054	Erwerb von Fernmeldeanlagen	--	--	--
Weggefallene Titelgruppen				
Titelgruppe 69 Automationsunterstützung				
422 69 054	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	--	39 000	42 276
511 69 054	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	81 000	79 442
514 69 054	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	--	30 000	25 026
518 69 054	Mieten für Geräte	--	--	--
519 69 054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	--	5 000	66 368
525 69 054	Aus- und Fortbildung, Anwenderschulung	--	26 000	1 124
538 69 054	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	--	204 000	221 704
547 69 054	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	--	--	--
812 69 054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	--	103 000	143 336
	Summe Titelgruppe 69	--	488 000	579 276
	Gesamtausgaben	19 402 000	19 472 700	18 406 964

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Abschluss Kapitel 05 50

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	806 300	907 000	700 560
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	30 678
Gesamteinnahmen		806 300	907 000	731 238
<hr/>				
4	Personalausgaben	12 033 000	12 188 900	11 959 053
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	7 190 400	7 126 800	6 244 478
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	8 000	8 000	5 846
7	Baumaßnahmen	--	--	17 230
8	Sonstige Investitionsausgaben	170 600	149 000	180 357
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	--
Gesamtausgaben		19 402 000	19 472 700	18 406 964
Zuschuss/Überschuss		-18 595 700	-18 565 700	-17 675 726

**Kapitel 05 98
Versorgung**

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

05 98

Versorgung**EINNAHMEN**

Gesamteinnahmen	--	--	--
----------------------------------	----	----	----

AUSGABEN

Die Ansätze der Versorgungsbezüge sind gegenseitig deckungsfähig.

Personalausgaben

431 01 058	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und der Minister	210 000	250 000	--
431 02 058	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Ministerinnen und der Minister	61 000	49 000	--
432 01 058	Allgemeine Versorgung	2 063 000	2 416 000	--
432 02 058	Versorgungsbezüge der Justizbeamten	95 802 000	94 160 000	--
432 11 058	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der allgemeinen Versorgung	1 745 000	1 660 000	--
432 12 058	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen der Justizbeamten	28 755 000	29 578 000	--
neu				
461 01 058	Globale Mehrausgaben für Versorgungsbezüge	2 572 000	--	--
	Gesamtausgaben	131 208 000	128 113 000	--

Kapitel 05 98
Versorgung

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	IST
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2003 EUR	2002 EUR	2001 EUR

Abschluss Kapitel 05 98

0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	--	--	--
1	Eigene Einnahmen	--	--	--
2	Übertragungseinnahmen	--	--	--
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	--	--	--
Gesamteinnahmen		--	--	--
4	Personalausgaben	131 208 000	128 113 000	--
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	--	--	--
	Ausgaben für den Schuldendienst	--	--	--
6	Übertragungsausgaben	--	--	--
7	Baumaßnahmen	--	--	--
8	Sonstige Investitionsausgaben	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	--	--	--
Gesamtausgaben		131 208 000	128 113 000	--
Zuschuss/Überschuss		-131 208 000	-128 113 000	--

Abschluss für den Einzelplan 05

Haushaltsjahr 2003

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungs- einnahmen	Vermögenswirk- same und beson- dere Finanzier- ungseinnahmen	Gesamt- einnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
05 01	Ministerium	-	55.400	-	-	55.400
05 03	Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft	-	42.077.200	20.000	-	42.097.200
05 04	Ordentliche Gerichte	-	386.170.000	817.000	-	386.987.000
05 05	Vollzugsanstalten	-	12.096.000	758.000	-	12.854.000
05 08	Hessisches Finanzgericht	-	759.400	-	-	759.400
05 09	Verwaltungsgerichtsbarkeit	-	1.668.800	-	-	1.668.800
05 40	Gerichte für Arbeitssachen	-	4.170.000	-	-	4.170.000
05 50	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	-	806.300	-	-	806.300
05 98	Versorgung	-	-	-	-	-
	Insgesamt:	-	447.803.100	1.595.000	-	449.398.100

Persönliche Verwaltungs- ausgaben	Sächliche Verwal- tungsausgaben Ausgaben für den Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bauausgaben	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (--)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
11.841.200	6.820.200	1.157.700	500.000	4.933.000	-	25.252.100	-25.196.700
55.611.600	10.281.000	673.000	-	2.188.300	86.000	68.839.900	-26.742.700
305.129.500	176.907.800	3.269.000	1.200.000	4.969.400	54.900	491.530.600	-104.543.600
101.169.600	41.901.100	15.212.000	1.300.000	4.527.500	276.400	164.386.600	-151.532.600
4.983.900	847.600	1.000	-	6.000	30.600	5.869.100	-5.109.700
20.941.100	4.635.400	2.000	-	257.500	52.800	25.888.800	-24.220.000
13.767.400	7.331.700	18.000	-	257.700	-	21.374.800	-17.204.800
12.033.000	7.190.400	8.000	-	170.600	-	19.402.000	-18.595.700
131.208.000	-	-	-	-	-	131.208.000	-131.208.000
656.685.300	255.915.200	20.340.700	3.000.000	17.310.000	500.700	953.751.900	-504.353.800

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2003

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2003 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2004 EUR	2005 EUR	2006 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7
Kap. 05 01	Ministerium					
812 01	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	250.000	50.000	50.000	50.000	100.000
812 70	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstige Gebrauchsgegenstände	33.900.000	6.950.000	6.950.000	6.950.000	13.050.000
Kap. 05 03	Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft					
812 01	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	850.000	170.000	170.000	170.000	340.000
Kap. 05 04	Ordentliche Gerichte					
711 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	360.000	360.000	--	--	--
812 01	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	4.265.000	853.000	853.000	853.000	1.706.000
Kap. 05 05	Vollzugsanstalten					
711 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	405.000	405.000	--	--	--
812 01	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	510.000	102.000	102.000	102.000	204.000
Kap. 05 09	Verwaltungsgerichtsbarkeit					
812 01	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	305.000	61.000	61.000	61.000	122.000
Kap. 05 40	Gerichte für Arbeitssachen					
812 01	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	510.000	102.000	102.000	102.000	204.000
Kap. 05 50	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit					
812 01	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	510.000	102.000	102.000	102.000	204.000
Insgesamt		41.865.000	9.155.000	8.390.000	8.390.000	15.930.000

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

**Kapitel 05 01
Ministerium**

422 01

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Feste Gehälter				
B 9	(001)	1		Staatssekretär/in Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1 200 EUR.
B 6	(001)	5		Ministerialdirigent/in (1 Stelle für den Präsidenten/die Präsidentin des Justizprüfungsamts).
B 3	(001)	7		Leitender/de Ministerialrat/rätin 1 Stelle kann mit einem/einer Leitenden Oberstaatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 3 besetzt werden. davon 1 kw (Referat III/9)
B 2	(009)	7		Ministerialrat/rätin 3 Stellen können mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 3 ohne Amtszulage besetzt werden.
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(001)	13		Ministerialrat/rätin Davon 1 kw (Abteilung Strafrecht u. Gnadenwesen). 1 Stelle kann mit einem/einer Leitenden Oberstaatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 3 ohne Amtszulage besetzt werden. 5 Stellen können mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 2 ohne Amtszulage besetzt werden.
A 15	(001)	21	(15)	Regierungsdirektor/in Die Stellen können mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes.Gr. R 1 ohne Amtszulage besetzt werden. 17 Stellen können mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/ anwältinnen der Bes.Gr. R 2 ohne Amtszulage besetzt werden.
A 14	(001)	11		Regierungsoberrat/rätin Die Stellen können mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes.Gr. R 1 ohne Amtszulage besetzt werden.
A 13	(001)	3	(2)	Regierungsrat/rätin Die Stellen können mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes.Gr. R 1 ohne Amtszulage besetzt werden.
A 13	(Z01)	19	(17)	Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	14	(11)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	17	(16)	Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	1		Oberinspektor/in
A 9 AZ	(001)	2	(3)	Amtsinspektor/in
A 9	(Z01)	5		Amtsinspektor/in
A 8	(001)	7		Hauptsekretär/in
A 7	(001)	5		Obersekretär/in

**Kapitel 05 01
Ministerium**

422 01 STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
A 6	(011)	1	Oberamtsmeister/in
A 5	(Z01)	1	Oberamtsmeister/in
Zusammen		140	(128)

422 01 ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 2003			
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003			Sonstige Verände- rungen 2003		
1	2	3	+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	11	12	
A 15	(001)	15,0	1,0																	21,0
A 13	(Z01)	17,0												1,0						19,0
A 13	(001)	2,0																		3,0
A 12	(001)	11,0												2,0						14,0
A 11	(001)	16,0													3,0	4,0				17,0
A 9 AZ	(001)	3,0															1,0			2,0
Versch.		64,0																		64,0
Zusammen		128,0	1,0											3,0	3,0	12,0	1,0			140,0

Zu Spalte 4: Umsetzung einer Planstelle der Bes.Gr. A 15 von Kap. 02 01 (Spiegelreferat Abteilung Landespolitik).

Zu Spalte 9: 2 Planstellen der Bes.Gr. A 11 gehoben nach Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin) und 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 gehoben nach Bes.Gr. A 13 (Oberamtsrat/rätin).

Zu Spalte 10: Umwandlung einer Planstelle der Bes.Gr. A 9 AZ nach Bes.Gr. A 11 (Amtmann/frau).

Umsetzung von 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 von Kap. 05 04 (Unterstützung des Projektteams betriebswirtschaftliches Rechnungswesen).

5 Planstellen der Bes.Gr. R 1 umgesetzt von Kap. 05 04 (3 Planstellen) und Kap. 05 09 (2 Planstellen) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. A 15.

Umsetzung von Titel 422 69:

1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 (Regierungsrat/rätin)

1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 (Oberamtsrat/rätin)

1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)

2 Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Amtmann/Amtfrau)

**Kapitel 05 01
Ministerium**

422 41

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
Feste Gehälter			
B 9	(981)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
Aufsteigende Gehälter			
A 13	(970)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 10	(991)	2	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zum Studium beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 9	(991)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zum Studium beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 8	(992)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
Zusammen		6	(6)

Kapitel 05 01
Ministerium

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
IV a	(001)	2	
IV b	(001)	1	
V b	(001)	3	
V c	(001)	20	(16)
VI b	(001)	22	(21)
VII	(001)	11,50	(15,50)
VIII	(001)	14,50	
1 Dienstwohnung für Hausmeister			
Zusammen		74	(73)

Zu Verg.Gr. VI b : 1 Stelle darf nur mit einem Schwerbehinderten besetzt werden.

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1a und 1b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg.Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg.Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

**Kapitel 05 01
Ministerium**

425 01

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
V c	(001)	16,0								4,0							20,0	
VI b	(001)	21,0											1,0				22,0	
VII	(001)	15,5										4,0					11,5	
Versch.		20,5															20,5	
Zusammen		73,0								4,0	4,0	1,0					74,0	

Zu Spalte 9: 4 Stellen der Verg.Gr. VII BAT gehoben nach Verg.Gr. V c BAT zur Einrichtung weiterer Serviceeinheiten.

Zu Spalte 10: Umsetzung einer Stelle der Verg.Gr. VI b BAT von Kap. 05 09 (Unterstützung der Projektgruppe betriebswirtschaftliches Rechnungswesen)

Verg. Gr.	Registratur- dienst	Schreib- dienst	Vorzimmer- dienst
IV b	--	--	1,0
V b	--	--	1,0
VI b	5,5	1,0	8,0
VII	0	11,5,0	--
Summe	5,5	12,50	10,0

**Kapitel 05 01
Ministerium**

425 41

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
VI b	(972)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VIII	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
Zusammen		3	(3)	

426 01

STELLENÜBERSICHT 2003

**Stellenübersicht
Bedarf an Arbeitern**

Lohngr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Arb.	(001)	12		Arbeiter
Zusammen		12	(12)	

**Kapitel 05 01
Ministerium**

422 69

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Aufsteigende Gehälter				
A 13	(001)	--	(1)	Regierungsrat/rätin Die Stelle kann mit einem/einer Richter/n oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 1 ohne Amtszulage besetzt werden.
A 13	(Z01)	--	(1)	Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	--	(1)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	--	(2)	Amtmann/Amtfrau
Zusammen		--	(5)	

422 69

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 2003			
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003				
		+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12									
A 13	(Z01)	1,0																	1,0	0,0
A 13	(001)	1,0																	1,0	0,0
A 12	(001)	1,0																	1,0	0,0
A 11	(001)	2,0																	2,0	0,0
Versch.		0,0																		0,0
Zusammen		5,0																	5,0	0,0

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung zu Titel 422 01.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft

422 01

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Feste Gehälter				
R 6	(001)	1		Generalstaatsanwalt/anwältin als Leiter/in der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 4	(003)	2		Leitender/de Oberstaatsanwalt/anwältin als Leiter/in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht
R 3	(002)	7		Leitender/de Oberstaatsanwalt/anwältin als Leiter/in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht
R 3	(005)	7		Leitender/de Oberstaatsanwalt/anwältin als Abteilungsleiter/in bei einer Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
Aufsteigende Gehälter				
Ohne Amtszulage				
R 2	(003)	20	(19)	Oberstaatsanwalt/anwältin als Dezernent/in bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
R 2	(007)	1		Oberstaatsanwalt/anwältin als der/die ständige Vertreter/in des/der Leiters/Leiterin einer Staatsanwaltschaft
R 2	(008)	58	(57)	Oberstaatsanwalt/anwältin als Abteilungsleiter/in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht
R 2	(601)	9		Mit Amtszulage nach Fußnote 6 BBesG Oberstaatsanwalt/anwältin als Abteilungsleiter/in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/in eines/einer Leitenden Oberstaatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 3 oder R 4
R 2	(801)	1		Mit Amtszulage nach Fußnote 8 BBesG Oberstaatsanwalt/anwältin als Leiter/in einer Staatsanwaltschaft
Ohne Amtszulage				
R 1	(002)	261	(250)	Staatsanwalt/anwältin
A 15	(001)	2		Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	6		Regierungsoberrat/rätin
A 13	(001)	1		Regierungsrat/rätin
A 13	(Z04)	51		Oberamtsanwalt/anwältin
A 13 AZ	(002)	--		Oberamtsrat/rätin
A 13	(Z01)	1		Oberamtsrat/rätin
A 13 AZ	(003)	12		Oberamtsanwalt/anwältin

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
A 12	(001)	17		Amtsrat/rätin
A 12	(004)	43		Amtsanwalt/anwältin
A 11	(001)	13		Amtmann/Amtfrau
A 11	(003)	34	(35)	Justizamtmann/amtfrau
A 10	(001)	24		Oberinspektor/in
A 10	(003)	25,50		Justizoberinspektor/in
A 9	(001)	2		Inspektor/in
A 9	(005)	8	(7)	Justizinspektor/in
A 9 AZ	(001)	9,50		Amtsinspektor/in
A 9	(Z01)	21,50	(20,50)	Amtsinspektor/in
A 8	(003)	45,50		Justizhauptsekretär/in
A 7	(001)	1		Obersekretär/in
A 7	(003)	35,50	(34)	Justizobersekretär/in
A 7	(006)	--		Oberwerkmeister/in
A 6	(003)	25,50	(26,50)	Justizsekretär/in
A 6	(013)	17	(18)	Erste/r Justizhauptwachtmeister/in
A 5	(Z03)	53,50	(52,50)	Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in (15 DW für Hausmeister)
A 4	(003)	8		Justizhauptwachtmeister/in (3 DW für Hausmeister)
Zusammen		823,50	(809)	

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch												Stellen lt.Haus- halts- plan 2003				
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003			
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12	
R 2	(008)	57,0												1,0					58,0
R 2	(003)	19,0												1,0					20,0
R 1	(002)	250,0												11,0					261,0
A 11	(003)	35,0					1,0												34,0
A 9	(Z01)	20,5				1,0													21,5
A 9	(005)	7,0				1,0													8,0
A 7	(003)	34,0				1,5													35,5
A 6	(013)	18,0					1,0												17,0
A 6	(003)	26,5									1,0								25,5
A 5	(Z03)	52,5				1,0													53,5
Versch.		289,5																	289,5
Zusammen		809,0				4,5	2,0				1,0			13,0					823,5

Zu Spalte 6: Stellenübertragung von Kap. 05 04:
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 (Amtsinspektor/in)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 (Justizinspektor/in)
 1,5 Planstellen der Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 5 (Erste/r Justizwachtmeister/in)

Stellenübertragung nach Kap. 05 04:
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Justizamtmann/-frau)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 6 (Erste/r Justizwachtmeister/in)

Zu Spalte 10: Umsetzung von 5 Stellen der Verg.Gr. VII BAT von Kap. 05 04 - 425 01 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. R 2 und 4 Planstellen der Bes.Gr. R 1 für die Eingreifreserve.
 Umwandlung von 7 Stellen für Richter/innen auf Probe in Planstellen der Bes.Gr. R 1 für Staatsanwälte/ anwältinnen
 Umsetzung von Titel 422 69:
 1 Planstelle der Bes.Gr. R 2.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Unter Berücksichtigung der VOen zu § 26 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BBesG vom 23.12.1971 (BGBl. I S. 2162) zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 03.06.1998 (BGBl. I S. 1232) gliedern sich die Stellen des Stellenplans einschließlich der ATG 69 wie folgt:

Gehobener Dienst (ohne Amtsanwälte)

Bes. Gr.	Kennung	§ 2 Nr.2 der VO (Rechts- pfleger)	§ 3 Nr.1 der VO (Vorprüfungs- beamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13 AZ	(002)	0	--	0	0
A 13	(Z01)	0	0	1	1
A 12	(001)	0	0	17	17
A 11	(001)	--	--	13	13
A 11	(003)	0	0	34	34
A 10	(001)	--	--	24	24
A 10	(003)	0	0	25,5	25,5
A 9	(001)	--	--	2	2
A 9	(005)	0	0	8	8
Zusammen		--	* --	124,5	124,5

* Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 04, 0509, 05 40 und 05 50

Mittlerer Dienst (ohne Gerichtsvollzieher)

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9 AZ	(001)	9,5	0	9,5
A 9	(Z01)	19,5	2	21,5
A 8	(003)	8,5	** 37	45,5
A 7	(001)	--	1	1
A 7	(003)	0	35,5	35,5
A 6	(003)	--	25,5	25,5
Zusammen		* 37,5	101,0	138,5

* Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 04, 05 05, 05 08, 05 09, 05 40 und 05 50

Übersicht über den Sozialdienst (Gerichtshelfer/innen)

Bes.Gr.	Stellen
A 12	1
A 11	6
A 10	23
A 9	2
Summe	32

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

422 01

STELLENPLAN 2003

Stellenübersicht**Bedarf der richterlichen und beamteten Hilfskräfte**

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
R 1	(A01)	--	(7)	Richter/in auf Probe
Zusammen		--	(7)	

422 01

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 2003		
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003			
1	2	3	+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	11	12
R 1 Versch.	(A01)	7,0 0,0																7,0	0,0
Zusammen		7,0																7,0	0,0

Zu Spalte 10: 7 Stellen für Richter/innen auf Probe umgewandelt in Planstellen der Bes.Gr. R 1 für Staatsanwälte/
anwältinnen.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft

422 41

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
Feste Gehälter			
R 3	(998)	2	Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
Aufsteigende Gehälter			
R 2	(776)	1	(--) Leerstelle(n) für (eine(n)) Oberstaatsanwältin / Oberstaatsanwalt, die/der zu einer Justizvollzugsanstalt abgeordnet ist und dort auf einer freien Planstelle geführt wird.
R 1	(771)	3	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(775)	1	(--) Leerstelle(n) für (eine(n)) Staatsanwältin / Staatsanwalt, die/der zu einer Justizvollzugsanstalt abgeordnet ist und dort auf einer freien Planstelle geführt wird.
R 1	(784)	1	(--) Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
R 1	(792)	11	(12) Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
R 1	(798)	6	(4) Leerstelle(n) für Bedienstete die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt ist/sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
R 1	(970)	2	(--) Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 13	(970)	1	(--) Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 2	(798)	2	Leerstelle(n) für Bedienstete die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt ist/sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
A 12	(992)	6	(4) Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Amtsanwalt/anwältin -
A 10	(970)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizoberinspektor/in-
A 10	(992)	6	(4) Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Justizoberinspektor/in -
A 9	(792)	2	(1) Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Justizinspektor/in -

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

422 41 STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
A 9	(970)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 8	(770)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizhauptsekretär/in-
A 8	(983)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zur vorübergehenden Tätigkeit bei supranationalen/internationalen Einrichtungen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizhauptsekretär/in -
A 7	(970)	9	(7)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizobersekretär/in-
A 7	(984)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
A 6	(970)	2	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
Zusammen		61	(45)	

422 41 ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 41

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
R 2	(776)	0,0										1,0					1,0	
R 1	(775)	0,0										1,0					1,0	
A 12	(992)	4,0			2,0												6,0	
A 10	(992)	4,0			2,0												6,0	
A 9	(792)	1,0			1,0												2,0	
A 7	(970)	7,0			2,0												9,0	
A 6	(970)	0,0			2,0												2,0	
Versch.		29,0															34,0	
Zusammen		45,0			9,0					2,0							61,0	

Zu Spalte 6: Umsetzung von 2 Leerstellen der Bes.Gr. R 1 von Kap. 05 04.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	2003	Stellen (Vorjahr)	
III	(001)	1		
IV a	(001)	2		
IV b	(001)	2		
V b	(001)	1		
V c	(001)	122,50	(119,50)	
V c	(T01)	1	(--)	Altersteilzeitstelle kw
VI b	(001)	34,50		
VI b	(T01)	1		Altersteilzeitstelle kw
VII	(001)	320	(323,50)	3 Stellen dürfen nur mit einem Schwerbehinderten besetzt werden.
VII	(T01)	3	(1)	Altersteilzeitstellen kw
Zusammen		488	(485,50)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII:

Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft

425 01

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 2003			
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG				Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--		
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12		
V c	(T01)	0,0																	1,0	
V c	(001)	119,5														3,0			122,5	
VII	(T01)	1,0																	3,0	
VII	(001)	323,5										3,0	0,5						320,0	
Versch.		41,5																	41,5	
Zusammen		485,5						3,0		3,0		0,5			3,0				488,0	

Zu Spalte 10: 1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT und 1 Stelle für eine/n Arbeiter/in umgesetzt von Kap. 05 04 - 425 01/426 01 unter gleichzeitiger Hebung bzw. Umwandlung nach Verg.Gr. V c BAT für die Aufstockung der Eingreifreserve.
Umsetzung von Titel 425 69:
1 Stelle der Verg.Gr. V c BAT.

425 41

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
V c	(972)	1	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(972)	2	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(972)	32	(24)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(993)	3	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
Zusammen		38	(27)	

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft

426 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Arb.	(001)	5		Arbeiter/in
Zusammen		5	(5)	

422 69

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
R 2	(003)	--	(1)	Oberstaatsanwalt/anwältin als Dezernent/in bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
Zusammen		--	(1)	

422 69

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003						
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003			
1	2	3	+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	12	
R 2 Versch.	(003)	1,0 0,0																1,0 0,0	
Zusammen		1,0																1,0	0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung zu Titel 422 01.

Kapitel 05 03
Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft

425 69

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
V c	(001)	--	(1)
Zusammen		--	(1)

425 69

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
1	2	3	+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	12
V c	(001)	1,0																0,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		1,0																0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung zu Titel 425 01.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
Feste Gehälter			
R 8	(001)	1	Präsident/in des Oberlandesgerichts Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 6	(002)	2	Präsident/in des Landgerichts
R 5	(001)	1	Präsident/in des Landgerichts
R 5	(002)	1	Präsident/in des Amtsgerichts
R 4	(001)	1	Vizepräsident/in des Oberlandesgerichts
R 4	(002)	5	Präsident/in des Landgerichts
R 4	(004)	3	Präsident/in des Amtsgerichts
R 3	(001)	1	Präsident/in des Landgerichts
R 3	(003)	2	Präsident/in des Amtsgerichts
R 3	(004)	3	Vizepräsident/in des Landgerichts
R 3	(006)	1	Vizepräsident/in des Amtsgerichts
R 3	(007)	32	Vorsitzender/de Richter/in am Oberlandesgericht
Aufsteigende Gehälter			
R 2	(501)	6	Mit Amtszulage nach Fußnote 5 BBesG Vizepräsident/in des Landgerichts
R 2	(401)	5	Mit Amtszulage nach Fußnote 4 BBesG Vizepräsident/in des Amtsgerichts
R 2	(301)	16	Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG Direktor/in des Amtsgerichts
R 2	(001)	98	Ohne Amtszulage Richter/in am Oberlandesgericht 1 Stelle kann mit einem/einer Oberstaatsanwalt/anwältin als Dezernent/in bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht besetzt werden.
R 2	(002)	153	Vorsitzender/de Richter/in am Landgericht
R 2	(004)	19	Direktor/in des Amtsgerichts
R 2	(005)	16	Richter/in am Amtsgericht als der/die ständige Vertreter/in eines/einer Direktors/Direktorin

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 01

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
R 2	(006)	41	Richter/in am Amtsgericht als weiterer/e aufsichtsführender/de Richter/in
R 1	(101)	17	Mit Amtszulage nach Fußnote 1 BBesG Direktor/in des Amtsgerichts Der Inhaber der Planstelle des Direktors des Amtsgerichts Hünfeld erhält wegen der aus der Wahrnehmung der Aufgaben des zentralen Mahnamtes entstehenden Aufwendungen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von jährlich 2.100 EUR.
R 1	(001)	808	Ohne Amtszulage Richter/in am Amts- und Landgericht 1 Stelle darf nur mit einem Schwerbehinderten besetzt werden. 1 Stelleninhaber erhält für seine Person die Amtszulage nach Fußnote 1 BBesG.
C 3	(003)	2	Professor/in Die Stelle darf auch mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 2 o. Az besetzt werden.
C 2	(002)	3	Professor/in Die Stellen dürfen auch mit Richtern/Richterinnen oder Staatsanwälten/anwältinnen der Bes.Gr. R 2 o. Az oder mit Beamten/Beamtinnen der Bes.Gr. A 13 oder A 14 besetzt werden. 1 Stelle darf nur besetzt werden, wenn das Land Thüringen die entsprechenden Personalkosten erstattet.
A 15	(001)	1	Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	15	Regierungsoberrat/rätin
A 13	(001)	2	Regierungsrat/rätin
A 13 AZ	(002)	14	Oberamtsrat/rätin
A 13	(Z01)	46	Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	202	(198) Amtsrat/rätin 2 Stellen dürfen nur besetzt werden, wenn das Land Thüringen die entsprechenden Personalkosten erstattet.
A 11	(003)	330	Justizamtmann/amtfrau
A 11	(001)	46	Amtmann/Amtfrau
A 10	(003)	189	(187) Justizoberinspektor/in
A 10	(001)	78,50	(77,50) Oberinspektor/in
A 9	(005)	98,50	(103) Justizinspektor/in
A 9	(001)	3	Inspektor/in
A 9 AZ	(003)	54	Obergerichtsvollzieher/in
A 9 AZ	(001)	77,50	Amtsinspektor/in

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
A 9	(Z03)	126		Obergerichtsvollzieher/in
A 9	(Z01)	196,50		Amtsinspektor/in
A 8	(004)	98		Gerichtsvollzieher/in
A 8	(003)	242	(245,50)	Justizhauptsekretär/in Die Stellen dürfen auch mit Beamten des Justizvollziehungsdienstes besetzt werden.
A 8	(006)	3		Hauptwerkmeister/in
A 8	(014)	8		Justizvollstreckungshauptsekretär/in
A 7	(001)	9	(6)	Obersekretär/in
A 7	(003)	251	(253)	Justizobersekretär/in Die Stellen dürfen auch mit Beamten des Justizvollziehungsdienstes besetzt werden.
A 7	(004)	10		Justizvollstreckungsobersekretär/in
A 7	(006)	6		Oberwerkmeister/in
A 6	(003)	127	(128)	Justizsekretär/in
A 6	(004)	9		Justizvollstreckungssekretär/in
A 6	(006)	3		Werkmeister/in
A 6	(013)	71	(73)	Erste/r Justizhauptwachtmeister/in (1 DW für Aufsichtsbeamten, 2 DW für Hausmeister)
A 5	(Z03)	286,50	(287,50)	Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in (12 DW für Hausmeister)
A 4	(003)	37		Justizhauptwachtmeister/in (2 DW für Hausmeister)
Zusammen		3876,50	(3880,50)	

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnung der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 2003	
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
R 1	(001)	808,0												3,0	3,0			808,0
A 12	(001)	198,0												4,0				202,0
A 11	(003)	330,0	1,0		1,0									1,0	1,0			330,0
A 10	(003)	187,0	2,0											4,0				189,0
A 10	(001)	77,5												1,0				78,5
A 9	(Z01)	196,5				1,0								1,0				196,5
A 9	(005)	103,0	3,0		1,0				2,5					2,0				98,5
A 8	(003)	245,5	3,5															242,0
A 7	(003)	253,0	1,5		1,5									1,0				251,0
A 7	(001)	6,0								3,0								9,0
A 6	(013)	73,0			1,0						3,0							71,0
A 6	(003)	128,0							2,0					1,0				127,0
A 5	(Z03)	287,5			1,0													286,5
Versch.		1065,0																1065,0
Zusammen		3880,5	11,0		2,0	4,5			4,5	3,0	3,0	18,0	4,0					3876,5

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

- Zu Spalte 4: Umsetzung nach Kap. 03 11 - 422 01 infolge der Übertragung der Pensionsfestsetzung auf das Regierungspräsidium Kassel:
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Justizamtmann/amtfrau)
 2 Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/in)
 2 Planstellen der Bes.Gr. A 9 (Justizinspektor/in)
 1,5 Planstellen der Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in)
 Umsetzung nach Kap. 06 17 - 422 01 infolge der Übernahme der Besoldungsfestsetzung durch die Hessische Bezügestelle:
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 (Justizinspektor/in)
 3,5 Planstellen der Bes.Gr. A 8 (Justizhauptsekretär/in)
- Zu Spalte 6: Stellenübertragung nach Kap. 05 03:
 1 Planstelle der Bes.Gr. A9 (Amtsinspektor/in)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 (Justizinspektor/in)
 1,5 Planstellen der Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 5 (Erste/r Justizwachtmeister/in)
- Stellenübertragung von Kap. 05 03:
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Justizamtmann/-frau)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 6 (Erste/r Justizwachtmeister/in)
- Zu Spalte 8: Wegfall von 2,5 Planstellen der Bes.Gr. A 9 infolge Ausweitung des automatisierten Mahnverfahrens und von 2 Planstellen der Bes.Gr. A 6 (Rationalisierungseffekt).
- Zu Spalte 9: Hebung von 3 Planstellen der Bes.Gr. A 6 (Erste/r Justizhauptwachtmeister/in) nach Bes.Gr. A 7 (Obersekretär/in)
- Zu Spalte 10: Umsetzung nach Kap. 05 01:
 3 Planstellen der Bes.Gr. R 1 (Richter/in am Amts- und Landgericht)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Justizamtmann/amtfrau)
 Umwandlung von 3 Stellen für Richter/innen auf Probe in Planstellen der Bes.Gr. R 1 für Richter/innen am Amts- und Landgericht.
 Umsetzung von Titel 422 69:
 4 Planstellen der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 11 (Justizamtmann/amtfrau)
 4 Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/in)
 2 Planstellen der Bes.Gr. A 9 (Justizinspektor/in)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 9 (Amtsinspektor/in)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär/in)
 1 Planstelle der Bes.Gr. A 6 (Justizsekretär/in).
 Umsetzung von Titel 425 01 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 10:
 1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT (Weiterführung des Projekts "Elektronische Fußfessel").

Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Unter Berücksichtigung der VOen zu § 26 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BBesG vom 23.12.1971 (BGBl. I S. 2162) zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 03.06.1998 (BGBl. I S. 1232) gliedern sich die Stellen des Stellenplans einschließlich der ATG 69 wie folgt:

Gehobener Dienst (ohne Amtsanwälte)

Bes. Gr.	Kennung	§ 2 Nr.2 der VO (Rechts- pfleger)	§ 3 Nr.1 der VO (Vorprüfungs- beamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13 AZ	(002)	8	--	6	14
A 13	(Z01)	26	2	17	45
A 12	(001)	118	6	76	200
A 11	(001)	--	--	46	46
A 11	(003)	257	5	68	330
A 10	(001)	--	--	78,5	78,5
A 10	(003)	99	6,5	83,5	189
A 9	(001)	--	--	3	3
A 9	(005)	59	3	36,5	98,5
Zusammen		567	* 22,5	414,5	1 004,0

* Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 03, 05 09, 05 40 und 05 50.

Mittlerer Dienst (ohne Gerichtsvollzieher)

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9 AZ	(001)	74,5	3	77,5
A 9	(Z01)	140,5	56	196,5
A 8	(003)	49	196,5	242
A 8	(006)	--	3	3
A 8	(014)	--	8	8
A 7	(001)	--	9	9
A 7	(003)	--	251	251
A 7	(004)	--	10	10
A 7	(006)	--	6	6
A 6	(003)	--	127	127
A 6	(004)	--	9	9
A 6	(006)	--	3	3
Zusammen		* 264,0	681,5	942,0

* Weitere Funktionsstellen bei Kap.0505, 05 06, 0508, 0509, 05 40 und 05 50

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 01

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Im Registraturdienst sind tätig :

Beamte der Bes. Gr.	Planstellen	Stellen Vorjahr
A 9 AZ	2,5	2,5
A 9	96	96
A 8	176	176
A 7	156	156
A 6	113	113
Zusammen	543,5	543,5

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Übersicht

über die Lehrkräfte an der Verwaltungsfachhochschule Rotenburg a. d. Fulda (Fachbereich Rechtspflege)

Bes. Gr.	Stellen
a) Professoren	
C 3	2
C 2	3
b) Richter	
R 2	--
R 1	1
c) höherer Dienst	
A 14	1
d) gehobener Dienst	
A 13	1
A 12	2
A 11	--
Zusammen	10

Übersicht über den Sozialdienst *

Bes. Gr.	Stellen
a) Bewährungshelfer	
A 12	20
A 11	44
A 10	74,5
A 9	3
Zusammen	141,5
b) Gerichtshelfer	
A 11	0
A 10	0
A 9	0
Zusammen	-,

* Weitere Stellen für den Sozialdienst siehe 05 04 - 425 01

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 01

STELLENPLAN 2003

Stellenübersicht**Bedarf der richterlichen und beamteten Hilfskräfte**

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
R 1	(A01)	--	(3)	Richter/in auf Probe
A 9	(A02)	--		Justizinspektor/in z.A.
A 6	(A03)	--		Justizsekretär/in z.A.
Zusammen		--	(3)	

422 01

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 2003		
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003			
1	2	3	+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	11	12
R 1 Versch.	(A01)	3,0 0,0																3,0	0,0
Zusammen		3,0																3,0	0,0

Zu Spalte 10: Umwandlung von 3 Hilfsstellen für Richter/innen auf Probe in Planstellen der Bes.Gr. R 1 für Richter/innen am Amts- und Landgericht.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 41

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Aufsteigende Gehälter				
R 2	(771)	1	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n) Richter/in am Oberlandesgericht
R 2	(774)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Vorsitzende/r Richter/in am Landgericht -
R 2	(971)	2	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Vorsitzende/r Richter/in am Landgericht -
R 2	(984)	1	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) -Vorsitzende/r Richter/in am Landgericht-
R 2	(986)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind -Richter/in am Oberlandesgericht- 1 Leerstelle kann auch mit einem Staatsanwalt besetzt werden.
R 2	(995)	2		Leerstelle(n) kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist/sind Die Landesregierung kann mit Zustimmung des Haushaltsausschusses Leerstellen ausbringen für ordentliche Lehrer der Rechtswissenschaft an Hochschulen, denen zugleich ein Richteramt übertragen werden soll.
R 2	(798)	8		Leerstelle(n) für Bedienstete die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt ist/sind und dort auf freien Planstellen geführt werden Auf den Leerstellen können auch Bedienstete der Bes.Gr. R 2 aus den Kap. 05 08, 05 09, 05 40 und 05 50 geführt werden.
R 1	(781)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
R 1	(971)	9	(8)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Richter/in am Amts- und Landgericht-
R 1	(974)	3	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Richter/in am Amts- und Landgericht-
R 1	(983)	--	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zur vorübergehenden Tätigkeit bei supranationalen/internationalen Einrichtungen beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Richter/in am Amts- und Landgericht-

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 41

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
R 1	(986)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind -Richter/in am Amts- und Landgericht-
R 1	(984)	13	(8)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) -Richter/in am Amts- und Landgericht-
R 1	(981)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n) -Richter/in am Amts- und Landgericht-
R 1	(992)	39	(45)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Richter/in am Amts- und Landgericht -
R 1	(994)	9		Leerstelle(n) für (eine(n)) Richter/in oder (eine(n)) Staatsanwalt/anwältin, die an ein Regierungspräsidium oder ein Polizeipräsidium abgeordnet sind und dort auf freien Planstellen geführt werden.
R 1	(995)	3		Leerstelle(n) kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist/sind Die Landesregierung kann mit Zustimmung des Haushaltsausschusses Leerstellen ausbringen für ordentliche Lehrer der Rechtswissenschaft an Hochschulen, denen zugleich ein Richteramt übertragen werden soll.
R 1	(798)	13	(15)	Leerstelle(n) für Bedienstete die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt ist/sind und dort auf freien Planstellen geführt werden Auf den Leerstellen können auch Bedienstete der Bes.Gr. R 1 aus den Kap. 05 08, 05 09, 05 40 und 05 50 geführt werden.
A 13 AZ	(975)	1		Leerstelle(n) für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Oberamtsrat/rätin-
A 12	(975)	1		Leerstelle(n) für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Amtsrat/rätin-
A 11	(970)	4	(3)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizamtmann/amtfrau-
A 11	(974)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizamtmann/amtfrau -
A 11	(992)	19	(11)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Justizamtmann/amtfrau -
A 10	(970)	10	(6)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizoberinspektor/in-

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 41

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
A 10	(770)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Oberinspektor/in-
A 10	(992)	57	(45)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Justizoberinspektor/in -
A 9	(970)	3	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizinspektor/in-
A 9	(974)	4		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizinspektor/in-
A 9	(984)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) -Justizinspektor/in-
A 9	(992)	16	(10)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Justizinspektor/in -
A 9	(Z70)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Obergerichtsvollzieher/in-
A 9	(999)	3	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Amtsinspektor/in-
A 9 AZ	(974)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Amtsinspektor/in -
A 8	(792)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Gerichtsvollzieher/in -
A 8	(970)	19	(18)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizhauptsekretär/in-
A 8	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Justizhauptsekretär/in -
A 7	(970)	30	(26)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizobersekretär/in-
A 7	(974)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Justizobersekretär/in -

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 41

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
A 7	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Justizobersekretär/in -
A 6	(770)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Erste/r Justizhauptwachtmeister/in-
A 6	(970)	9	(7)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizsekretär/in-
A 6	(974)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizsekretär/in-
A 6	(984)	1	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) Justizsekretär/in
A 5	(970)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Erste/r Justizhauptwachtmeister/in -
A 5	(974)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Erste/r Justizhauptwachtmeister/in -
A 4	(970)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Justizhauptwachtmeister/in-
Zusammen		304	(262)	

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 41

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 41

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch												Stellen lt.Haus- halts- plan 2003			
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 2	(984)	2,0							1,0									1,0
R 2	(971)	1,0			1,0													2,0
R 2	(771)	0,0			1,0													1,0
R 1	(992)	45,0			15,0				21,0									39,0
R 1	(984)	8,0			6,0				1,0									13,0
R 1	(983)	1,0							1,0									0,0
R 1	(974)	1,0								2,0								3,0
R 1	(971)	8,0			2,0				1,0									9,0
R 1	(798)	15,0					2,0											13,0
A 11	(992)	11,0			8,0													19,0
A 11	(970)	3,0			1,0													4,0
A 10	(992)	45,0			13,0				1,0									57,0
A 10	(970)	6,0			4,0													10,0
A 9	(999)	2,0			1,0													3,0
A 9	(992)	10,0			9,0				3,0									16,0
A 9	(970)	1,0			2,0													3,0
A 8	(970)	18,0			1,0													19,0
A 7	(970)	26,0			4,0													30,0
A 6	(984)	0,0			1,0													1,0
A 6	(970)	7,0			2,0													9,0
Versch.		52,0																52,0
Zusammen		262,0			71,0		2,0		29,0	2,0								304,0

Zu Spalte 6: Umsetzung gemäß § 8 Abs. 2 HG 2002 nach Kap. 05 03.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 61

STELLENPLAN 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
R 1	(W01)	1000	(2243)	Rechtsreferendar/in
A 9	(W03)	245		Rechtspflegeranwärter/in
A 6	(W04)	169		Justizsekretäranwärter/in
A 3	(W01)	30		Justizoberwachtmeisteranwärter/in
Zusammen		1444	(2687)	

Soll ein/e Rechtspflegeranwärter/in oder ein/e Justizsekretäranwärter/in nach Ablegen der Laufbahnprüfung in das Eingangsamt seiner/ihrer Laufbahn übernommen werden und steht eine entsprechende Planstelle nicht zur Verfügung, so gilt die seither in Anspruch genommene Anwärterstelle als in eine Planstelle des Eingangsamts seiner/ihrer Laufbahn umgewandelt. Eine Änderung der Stellenübersicht unterbleibt. Der Beamte/die Beamtin ist in die nächste freiwerdende verfügbare Planstelle zu übernehmen. Zum gleichen Zeitpunkt wird die freigewordene Stelle für beamtete Hilfskräfte wieder zu einer Anwärterstelle.

422 61

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 61

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003			Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
R 1 Versch.	(W01)	2243,0 444,0												1243,0				1000,0 444,0
Zusammen		2687,0												1243,0				1444,0

Zu Spalte 10: Umsetzung zu Titel 425 61.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	2003	Stellen (Vorjahr)	
III	(001)	--		
IV a	(001)	22		
IV a	(T01)	2		Altersteilzeitstellen kw - Bewährungshelfer/in -
IV b	(001)	6,50	(2,50)	
V b	(001)	57		
V b	(T01)	5	(--)	Altersteilzeitstellen kw
V c	(001)	715	(698)	
V c	(T01)	2	(1)	Altersteilzeitstellen kw
VI b	(001)	331		
VI b	(T01)	3,50	(2)	Altersteilzeitstellen kw
VII	(001)	894,50	(935)	29 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden. (1 DW für einen Hausmeister)
VII	(T01)	9	(4)	Altersteilzeitstellen kw
VIII	(001)	1		1 Stelle kw mit Ausscheiden des Inhabers.
Azubi	(001)	671		
Zusammen		2719,50	(2726,50)	

Sollen Auszubildende nach Ablegung der Abschlussprüfung als Justizangestellte in die Verg.Gr. BAT VII übernommen werden, und stehen entsprechende Stellen nicht zur Verfügung, so gelten im Haushaltsjahr bis zu 30 der in Anspruch genommenen Auszubildendenstellen als in Stellen der Verg.Gr. BAT VII umgewandelt. Eine Änderung der Stellenübersicht unterbleibt. Die Angestellten sind in die nächsten frei werdenden verfügbaren Stellen der Verg.Gr. BAT VII zu übernehmen. Zum gleichen Zeitpunkt werden die frei gewordenen Stellen wieder zu Ausbildungsstellen.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII:

Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

425 01

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
IV b	(001)	2,5												4,0				6,5
V b	(T01)	0,0				5,0												5,0
V c	(T01)	1,0				1,0												2,0
V c	(001)	698,0									17,0							715,0
VI b	(T01)	2,0				1,5												3,5
VI b	(001)	331,0										2,0	2,0					331,0
VII	(T01)	4,0				5,0												9,0
VII	(001)	935,0							17,0	4,0		15,0	4,5	9,0				894,5
Versch.		753,0																753,0
Zusammen		2726,5				12,5			17,0	4,0	17,0	17,0	10,5	9,0				2719,5

Zu Spalte 7: Wegfall von kw-Vermerken.

Zu Spalte 8: Wegfall von 2 Stellen der Verg.Gr. VII BAT infolge Ausweitung des automatisierten Mahnverfahrens.

Zu Spalte 9: Hebung von 15 Stellen der Verg.Gr. VII BAT und 2 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT nach Verg.Gr. V c BAT zur Einrichtung weiterer Serviceeinheiten in Familiensachen.

Zu Spalte 10: Umsetzung von 2 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT unter gleichzeitiger Hebung nach IV b BAT und 0,5 Stellen der Verg.Gr. VII BAT von Kap. 05 09 - 425 01 zur Einrichtung eines Führungsaufsichtszentrums.
Umwandlung 1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT in eine Planstelle der Bes.Gr. A 10 unter gleichzeitiger Umsetzung zu Titel 422 01 und Hebung von 2 Stellen der Verg.Gr. VII BAT nach IV b BAT zur Weiterführung des Projekts "Elektronische Fußfessel".

Umsetzung einer Stelle der Verg.Gr. VII BAT von Kap. 08 43 - 425 01 zur Weiterführung des Projekts "Elektronische Fußfessel."

Umsetzung von 5 Stellen der Verg.Gr. VII BAT nach Kap. 05 03 - 422 01 unter gleichzeitiger Umwandlung in 1 Planstelle der Bes.Gr. R 2 und 4 Planstellen der Bes.Gr. R 1 und 1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT nach Kap. 05 03 - 425 01 unter gleichzeitiger Hebung nach V c BAT für die Aufstockung der Eingreifreserve.

Umsetzung von Titel 425 69:
2 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT
3 Stellen der Verg.Gr. VII BAT.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

425 01

E R L Ä U T E R U N G E N

Übersicht über den Registratordienst *

Verg. Gr.	Registratur- dienst	Schreib- dienst	Vorzimmer- dienst	
V c	5,0	--	6,0	
VI b	76,0	65,0	14,0	
VII	467,0	720,5	22,0	
VIII	--	1,0	--	
Summe	548,0	786,5	42,0	
Versch.		753,0		
Zusammen		2726,5		12,5 17,0

Übersicht über den Sozialdienst *

Bes. Gr.	Stellen
a) Bewährungshelfer	
IV a	22
IV b	4,5
b) Gerichtshelfer	--
Zusammen	26,5

* Weitere Stellen für den Sozialdienst siehe Kap. 05 04 - 422 01.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

425 41

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
V b	(972)	3	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
V c	(972)	18	(9)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
V c	(993)	3		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
VI b	(972)	25	(18)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(993)	4	(3)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
VII	(972)	164	(147)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VII	(993)	13	(12)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
Zusammen		230	(194)	

**Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte**

425 41

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 41

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch											Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003			Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--		+	--	+	--	
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12	
V b	(972)	2,0			1,0														3,0
V c	(972)	9,0			9,0														18,0
VI b	(993)	3,0			1,0														4,0
VI b	(972)	18,0			7,0														25,0
VII	(993)	12,0			1,0														13,0
VII	(972)	147,0			19,0				2,0										164,0
Versch.		3,0																	3,0
Zusammen		194,0			38,0				2,0										230,0

425 61

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
RRef	(001)	1300	(--)
Zusammen		1300	(--)

Hiervon dürfen zu jedem Einstellungstermin maximal 170 Stellen neu besetzt werden.

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

425 61

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 61

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
RRef	(001)	0,0									57,0			1243,0			1300,0	
Versch.		0,0															0,0	
Zusammen		0,0									57,0			1243,0			1300,0	

Zu Spalte 10: Umgesetzt von Titel 422 61.

426 01

STELLENÜBERSICHT 2003

**Stellenübersicht
über den Bedarf an Arbeitern**

Lohngr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
Arb.	(001)	54	(56,50) Arbeiter/in
Zusammen		54	(56,50)

**Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte**

426 01

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 426 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
Arb. Versch.	(001)	56,5 0,0							1,5			1,0				54,0 0,0		
Zusammen		56,5						1,5			1,0					54,0		

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung nach Kap. 05 03 - 425 01 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Stelle der Verg.Gr. V c BAT.

426 41

STELLENÜBERSICHT 2003

**Stellenübersicht
über den Bedarf an Arbeitern**

Lohngr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Arb.	(973)	3	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 54 a MTL beurlaubte(n) Bedienstete(n) - Reinigungsdienst -
Zusammen		3	(2)	

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

426 41

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 426 41

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
Arb.	(973)	2,0		1,0												3,0		
Versch.		0,0														0,0		
Zusammen		2,0		1,0												3,0		

422 69

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
				Aufsteigende Gehälter
A 12	(001)	--	(4)	Amtsrat/rätin
A 11	(003)	--	(1)	Justizamtmann/amtfrau
A 10	(003)	--	(4)	Justizoberinspektor/in
A 9	(005)	--	(2)	Justizinspektor/in
A 9	(Z01)	--	(1)	Amtsinspektor/in
A 7	(003)	--	(1)	Justizobersekretär/in
A 6	(003)	--	(1)	Justizsekretär/in
Zusammen		--	(14)	

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

422 69

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
A 12	(001)	4,0											4,0			0,0		
A 11	(003)	1,0												1,0		0,0		
A 10	(003)	4,0												4,0		0,0		
A 9	(Z01)	1,0												1,0		0,0		
A 9	(005)	2,0												2,0		0,0		
A 7	(003)	1,0												1,0		0,0		
A 6	(003)	1,0												1,0		0,0		
Versch.		0,0														0,0		
Zusammen		14,0												14,0		0,0		

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung zu Titel 422 01.

425 69

S T E L L E N Ü B E R S I C H T 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
V c	(001)	--	
VI b	(001)	--	(2)
VII	(001)	--	(3)
Zusammen		--	(5)

Kapitel 05 04
Ordentliche Gerichte

425 69

E R L Ä U T E R U N G E N

Änderung der Stellenübersicht bei 425 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
VI b	(001)	2,0												2,0		0,0		
VII	(001)	3,0												3,0		0,0		
Versch.		0,0														0,0		
Zusammen		5,0												5,0		0,0		

Zu Spalte 10: Stellenumsetzung zu Titel 425 01.

Kapitel 05 05 Vollzugsanstalten

422 01

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
Aufsteigende Gehälter			
A 16 AZ	(001)	2	Leitender/de Regierungsdirektor/in (1 DW)
A 16	(057)	6	Leitender/de Regierungsdirektor/in (Behördenleiter/in) 1 Stelle darf auch mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 2 o. Az besetzt werden.
A 16	(011)	1	Leitender/de Medizinaldirektor/in
A 15	(081)	8	Regierungsdirektor/in (Behördenleiter/in)
A 15	(001)	3	Regierungsdirektor/in 1 Stelle kann mit einem/einer Richter/in oder Staatsanwalt/anwältin der Bes.Gr. R 1 ohne Amtszulage besetzt werden.
A 15	(040)	1	Studiendirektor/in
A 15	(009)	7	Psychologiedirektor/in
A 15	(008)	6	Medizinaldirektor/in
A 14	(001)	11	Regierungsoberrat/rätin (1 DW für Verwaltungsdienstleiter/in)
A 14	(010)	15	Psychologieoberrat/rätin
A 14	(007)	2	Medizinaloberrat/rätin
A 14	(073)	2	Rektor/in als Leiter/in einer überregionalen Ausbildungsstätte für Gefangene in einer Justizvollzugsanstalt
A 13	(001)	6	Regierungsrat/rätin
A 13	(008)	15	Psychologierat/rätin
A 13	(013)	9	Medizinalrat/rätin
A 13	(Z05)	11	Hauptlehrer/in im Justizvollzugsdienst
A 13	(Z01)	9	Oberamtsrat/rätin (2 DW für Vollzugsabteilungsleiter/Vollzugsabteilungsleiterinnen)
A 13	(Z06)	13	Oberlehrer/in im Justizvollzugsdienst
A 12	(001)	30	(29) Amtsrat/rätin (1 DW für einen/eine Wirtschaftleiter/in)

Kapitel 05 05 Vollzugsanstalten

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
A 11	(001)	94	Amtmann/Amtfrau (1 DW für Vollzugsbeamte/beamtinnen)
A 11	(002)	4	Technischer/sche Amtmann/Amtfrau
A 11	(042)	4	Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer 1 Stelle kann mit einem/einer Beamten/Beamtin des Werkdienstes besetzt werden.
A 10 AZ	(001)	6	Erster Pflegevorsteher/Erste Oberin (1 DW)
A 10	(001)	123	Oberinspektor/in (5 DW für Vollzugsbeamte/-beamtinnen)
A 10	(002)	7	Technischer/sche Oberinspektor/in
A 9	(001)	44	Inspektor/in (1 DW für Vollzugsbeamte/-beamtinnen)
A 9	(002)	5	Technischer/sche Inspektor/in
A 9 AZ	(001)	9	Amtsinspektor/in
A 9 AZ	(004)	158	Amtsinspektor/in im Justizvollzugsdienst (1 DW für Aufsichtsbeamte/beamtinnen)
A 9 AZ	(005)	13	Betriebsinspektor/in
A 9 AZ	(006)	11	Pflegevorsteher/Oberin (1 DW)
A 9	(Z01)	22	Amtsinspektor/in
A 9	(Z04)	372	Amtsinspektor/in im Justizvollzugsdienst (9 DW für Aufsichtsbeamte/beamtinnen)
A 9	(Z05)	33	Betriebsinspektor/in
A 9	(008)	44	Oberpfleger/Oberschwester (1 DW)
A 8	(001)	52	(51) Hauptsekretär/in
A 8	(005)	708	Hauptsekretär/in im Justizvollzugsdienst (25 DW für Aufsichtsbeamte/beamtinnen)
A 8	(006)	61	Hauptwerkmeister/in
A 8	(013)	47	Abteilungspfleger/Abteilungsschwester (3 DW)
A 7	(001)	54	Obersekretär/in
A 7	(005)	532	Obersekretär/in im Justizvollzugsdienst (36 DW für Aufsichtsbeamte/beamtinnen)

**Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten**

422 01

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
A 7	(006)	27	
A 6	(001)	23	
Zusammen		2610	(2608)

Oberwerkmeister/in

Sekretär/in

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

422 01 E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003							
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003			Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	--	+	--	+	--	+	--		+	--	+	--	+	--	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12									
A 12	(001)	29,0												1,0						30,0
A 8	(001)	51,0												1,0						52,0
Versch.		2528,0																		2528,0
Zusammen		2608,0												2,0						2610,0

Zu Spalte 10: Umsetzung von Titel 422 69.

Unter Berücksichtigung der VOen zu § 26 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BBesG vom 23.12.1971 (BGBl. I S. 2162), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 03.06.1998 (BGBl. I S. 1232), sowie Art. 18 des Versorgungsreformgesetzes 1998 vom 29.6.1998 (BGBl. I S. 1666, 3128), geändert durch Gesetz vom 21.12.1998 (BGBl. I S. 2834), gliedern sich die Stellen des Stellenplans einschließlich der ATG 69 wie folgt:

Mittlerer Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 1 Nr. 5	§ 3 Nr. 4	§ 2 Nr. 6	rest- liche Stellen	Summe der Stellen
		d. VO zu Abs.4 Nr. 1 (AVD)	d. VO zu Abs. 4 Nr.2 (M. Vollz./ Verw.d.)	d. VO zu Abs. 4 Nr.2 (Werk- dienst)		
A 9 AZ	(001)	--	--	--	9,0	9,0
A 9 AZ	(004)	158,0	--	--	--	158,0
A 9 AZ	(005)	--	--	13,0	--	13,0
A 9 AZ	(006)	--	--	--	11,0	11,0
A 9	(Z01)	--	6,0	--	16,0	22,0
A 9	(Z04)	372,0	--	--	--	372,0
A 9	(Z05)	--	--	33,0	--	33,0
A 9	(008)	--	--	--	44,0	44,0
A 8	(001)	--	10,0	--	42,0	52,0
A 8	(005)	708,0	--	--	--	708,0
A 8	(006)	--	--	61,0	--	61,0
A 8	(013)	--	--	--	47,0	47,0
A 7	(001)	--	--	--	54,0	54,0
A 7	(005)	532,0	--	--	--	532,0
A 7	(006)	--	--	27,0	--	27,0
A 6	(001)	--	--	--	23,0	23,0
Summe		1 770,0	16,0	134,0	246,0	2 166,0

* Weitere Funktionsstellen bei Kap. 0503, 0504, 0508, 0509, 05 40 und 05 50

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Übersicht über den Erziehungsdienst

Bes. Gr.	Stellen
Sozialarbeiter	
A 13	02
A 12	17
A 11	36
A 10	49
A 9	12
Zusammen	116

Übersicht

über die Besetzbarkeit von Planstellen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes mit Beamten des

Bes. Gr.	mittleren allg. Vollzugsdienstes	mittleren Vollzugs- u. Verwalt.dienstes
A 11	31	15
A 10	51	--
A 9	11	8
Summe	93	23

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

422 61

STELLENPLAN 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
A 9	(W01)	38	Inspektoranwärter/in
A 7	(W03)	391	Obersekretäranwärter/in im Justizvollzugsdienst (3 DW)
A 6	(W06)	37	Sekretäranwärter/in
Zusammen		466	(466)

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	2003	Stellen (Vorjahr)
II a	(001)	6	
IV a	(001)	8	
IV b	(001)	10	
V b	(001)	1	
V c	(001)	9	(2 DW für Aufsichtsdienst 2 DW für Hausmeister)
VI b	(001)	103	(1 DW für Aufsichtsdienst)
VII	(001)	52	1 Stelle darf nur mit einem Schwerbehinderten besetzt werden. 7 DW für den Aufsichtsdienst
VII	(T01)	2	Altersteilzeitstellen kw
Zusammen		191	(191)

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

425 41

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
II a	(972)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
IV b	(772)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(972)	1	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VI b	(993)	--	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
Zusammen		3	(3)

426 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
Arb.	(001)	24	Arbeiter/in
Zusammen		24	(24)

Kapitel 05 05
Vollzugsanstalten

422 69

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
A 12	(001)	--	(1)	Amtsrat/rätin
A 8	(001)	--	(1)	Hauptsekretär/in
Zusammen		--	(2)	

422 69

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003						
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003			
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
A 12	(001)	1,0															1,0	0,0	
A 8	(001)	1,0																1,0	0,0
Versch.		0,0																	0,0
Zusammen		2,0																2,0	0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung zu Titel 422 01.

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

422 01

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Feste Gehälter				
R 6	(004)	1		Präsident/in des Finanzgerichts Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 3	(302)	1		Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG Vizepräsident/in des Finanzgerichts
R 3	(009)	11		ohne Amtszulage Vorsitzender/de Richter/in am Finanzgericht
Aufsteigende Gehälter				
R 2	(012)	36		Richter/in am Finanzgericht 1 Stelle darf mit einem/einer Richter/in Kraft Auftrags besetzt werden.
A 14	(001)	1		Regierungsobererrat/rätin
A 13	(Z01)	2	(1)	Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	1	(2)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	5		Amtmann/Amtfrau
A 9 AZ	(001)	1		Amtsinspektor/in
A 9	(Z01)	3	(2)	Amtsinspektor/in
A 8	(001)	1	(2)	Hauptsekretär/in
A 6	(013)	1		Erste/r Justizhauptwachtmeister/in
A 5	(Z03)	1		Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in
Zusammen		65	(65)	

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnung der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch												Stellen lt.Haus- halts- plan 2003				
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003			
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12	
A 13	(Z01)	1,0											1,0						2,0
A 12	(001)	2,0												1,0					1,0
A 9	(Z01)	2,0												1,0					3,0
A 8	(001)	2,0													1,0				1,0
Versch.		58,0																	58,0
Zusammen		65,0											2,0	2,0					65,0

Zu Spalte 9: Hebung 1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat/rätin) nach Bes.Gr. A 13 für eine/n Oberamtsrat/rätin und 1 Planstelle der Bes.Gr. A 8 (Hauptsekretär/in) nach Bes.Gr. A 9 für eine/n Amtsinspektor/in.

422 41

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Aufsteigende Gehälter				
R 2	(995)	1		Leerstelle(n) kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist/sind
A 10	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
Zusammen		2	(2)	

Kapitel 05 08
Hessisches Finanzgericht

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	2003	Stellen (Vorjahr)
V c	(001)	5	
VI b	(001)	16	
VII	(001)	--	
VIII	(001)	1	
Zusammen		22	(22)

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII:

Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Feste Gehälter				
R 8	(002)	1		Präsident/in des Verwaltungsgerichtshofs Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 4	(005)	1		Vizepräsident/in des Verwaltungsgerichtshofs
R 4	(006)	1		Präsident/in des Verwaltungsgerichts
R 3	(010)	10		Vorsitzender/de Richter/in am Verwaltungsgerichtshof
R 3	(011)	4		Präsident/in des Verwaltungsgerichts
Aufsteigende Gehälter				
R 2	(013)	33		Richter/in am Verwaltungsgerichtshof
R 2	(014)	39		Vorsitzender/de Richter/in am Verwaltungsgericht davon jeweils 2 Stellen kw in den Haushaltsjahren 2004, 2005, 2006 und 2007. mit Amtszulage nach Fußnote 5 BBesG
R 2	(502)	5		Vizepräsident/in des Verwaltungsgerichts
R 1	(004)	119	(120)	Richter/in am Verwaltungsgericht davon 1 Stelle kw im Haushaltsjahr 2004 und jeweils 4 Stellen kw in den Haushaltsjahren 2005, 2006, 2007 und 2008.
A 15	(001)	2		Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	4		Regierungsoberrat/rätin davon 1 kw im Haushaltsjahr 2008.
A 13	(Z01)	--		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	5	(4)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	5		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	3		Oberinspektor/in
A 9	(001)	1		Inspektor/in
A 9 AZ	(001)	2		Amtsinspektor/in
A 9	(Z01)	6		Amtsinspektor/in
A 8	(001)	10		Hauptsekretär/in davon je 1 kw in den Haushaltsjahren 2006 und 2007.
A 7	(001)	13		Obersekretär/in davon je 1 kw in den Haushaltsjahren 2004, 2005, 2006 und 2007 sowie 2 kw im Haushaltsjahr 2008.

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
A 6	(001)	4	(6)	Sekretär/in davon je 1 kw in den Haushaltsjahren 2006, 2007 und 2008.
A 6	(013)	2		Erste/r Justizhauptwachtmeister/in
A 5	(Z03)	11		Erster/ste Justizhauptwachtmeister/in
A 4	(003)	1		Justizhauptwachtmeister/in
Zusammen		282	(284)	

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnung der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
R 1	(004)	120,0												2,0	3,0	119,0		
A 12	(001)	4,0												1,0		5,0		
A 6	(001)	6,0													2,0	4,0		
Versch.		154,0														154,0		
Zusammen		284,0												3,0	5,0	282,0		

Zu Spalte 10: Umsetzung nach Kap. 05 01 - 422 01:
2 Planstellen der Bes.Gr. R 1 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. A 15
Umsetzung nach Kap. 05 40 - 422 01:
1 Planstelle der Bes.Gr. R 1
2 Planstellen der Bes.Gr. A 6 unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1
Umwandlung von 2 Stellen für Richter/innen auf Probe in Planstellen der Bes.Gr. R 1 für Richter/innen am
Verwaltungsgericht.
Umsetzung 1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 von Titel 422 69.

Im Registratordienst sind tätig :

Beamte der Bes.Gr.	Planstellen
A 9	3,0
A 8	2,5
A 7	3,5
A 6	4,0
Zusammen	13,0

Unter Berücksichtigung der VOen zu § 26 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BBesG vom 23.12.1971 (BGBl. I S. 2162), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 03.06.1998 (BGBl. I S. 1232), gliedern sich die Stellen des Stellenplans einschließlich der ATG 69 wie folgt:

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

422 01 E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Gehobener Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungs- beamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13	(Z01)	--	0	0
A 12	(001)	--	5	5
A 11	(001)	1	4	5
A 10	(001)	--	3	3
A 9	(001)	--	1	1
Zusammen		1	13	14

Weitere Funktionsstellen bei Kap. 0504, 05 40 und 05 50

Mittlerer Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9 AZ	(001)	2	--	2
A 9	(Z01)	3	3	6
A 8	(001)	--	10	10
A 7	(001)	--	13	13
A 6	(001)	--	4	4
Zusammen		5	30	35

Weitere Funktionsstellen bei Kap. 05 03, 05 04, 05 05, 05 08, 05 40 und 05 50

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

422 41

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Aufsteigende Gehälter				
R 2	(971)	1	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 2	(984)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) Richter/in am Hess. Verwaltungsgerichtshof-
R 2	(995)	1		Leerstelle(n) kw für Professoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist/sind
R 2	(798)	1		Leerstelle(n) für Bedienstete die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt ist/sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
R 1	(971)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Richter/in am Verwaltungsgericht-
R 1	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
R 1	(984)	6	(2)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n) -Richter/in am Verwaltungsgericht-
R 1	(986)	3	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Verwaltungsbehörde abgeordnet ist/sind -Richter/in am Verwaltungsgericht-
R 1	(992)	8		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub - Richter/in am Verwaltungsgericht -
A 10	(970)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 9	(970)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n) -Inspektor/in-
A 7	(970)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
Zusammen		27	(20)	

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

422 41

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 41

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
R 2	(971)	0,0		1,0												1,0		
R 1	(992)	8,0		1,0			1,0									8,0		
R 1	(986)	1,0		2,0												3,0		
R 1	(984)	2,0		4,0												6,0		
Versch.		9,0														9,0		
Zusammen		20,0		8,0			1,0									27,0		

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an richterlichen Hilfskräften

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
R 1	(A01)	--	(2)	Richter/in auf Probe
Zusammen		--	(2)	

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung der Stellenübersicht bei 422 01 (richterliche Hilfskräfte)

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
R 1	(A01)	2,0															2,0	0,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		2,0															2,0	0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung zu Titel 422 01(Planstellen).

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	2003	Stellen (Vorjahr)	
II a	(001)	2	(1)	
IV b	(001)	1		
V c	(001)	51	(46)	
VI b	(001)	31	(35)	davon jeweils 2 kw in den Haushaltsjahren 2004, 2005, und 2006.
VII	(001)	85	(89,50)	davon 0,5 kw im Haushaltsjahr 2004 und jeweils 2 kw in den Haushaltsjahren 2005, 2006, 2007 und 2008.
VII	(T01)	1	(--)	Altersteilzeitstelle/n kw
Zusammen		171	(172,50)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

425 01

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch												Stellen lt.Haus- halts- plan 2003			
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
II a	(001)	1,0								1,0							2,0	
V c	(001)	46,0								4,0		1,0					51,0	
VI b	(001)	35,0										1,0		3,0			31,0	
VII	(T01)	0,0			1,0												1,0	
VII	(001)	89,5								4,0		1,0	1,5				85,0	
Versch.		1,0															1,0	
Zusammen		172,5			1,0					5,0	5,0	2,0	4,5				171,0	

Zu Spalte 9: Stellenhebungen zur Einrichtung weiterer Serviceeinheiten:

1 Stelle der Verg.Gr. VI b BAT nach V c BAT

3 Stellen der Verg.Gr. VII BAT nach V c BAT

Stellenhebung für die Informations- und Dokumentationsstelle für Asyl- und Ausländerrecht bei dem Verwaltungsgericht Wiesbaden:

1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT nach II a BAT

Zu Spalte 10: Umsetzung nach Kap. 05 01 - 425 01:

1 Stelle der Verg.Gr. VI b BAT

Umsetzung nach Kap. 05 04 - 425 01:

2 Stellen der Verg.Gr. VI b BAT unter gleichzeitiger Hebung nach Verg.Gr. IV b BAT und

0,5 Stelle der Verg.Gr. VII BAT

Umsetzung von Titel 425 69:

1 Stelle der Verg.Gr. V c BAT

1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT zweckgebunden für die Informations- und Dokumentationsstelle für Asyl- und Ausländerrecht bei dem Verwaltungsgericht Wiesbaden.

Von den Stellen sind bestimmt für:

Verg. Gr.	Registratur- dienst	Schreib- dienst	Vorzimmer- dienst
Vc	--	--	1,0
VIb	13,0	--	4,0
VII	21,0	64,0	0
Zusammen	34,0	64,0	5,0

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

425 41

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	2003	Stellen (Vorjahr)	
VI b	(993)	--		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
VII	(972)	10		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
VIII	(972)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte(n) Bedienstete(n)
Zusammen		11	(11)	

426 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	2003	Stellen (Vorjahr)	
Arb.	(001)	10	(11)	Arbeiter/in
Arb.	(T01)	1		Altersteilzeitstelle/n kw - Hausmeister/in -
Zusammen		11	(12)	

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

426 01

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 426 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
Arb.	(001)	11,0													1,0			10,0
Versch.		1,0																1,0
Zusammen		12,0													1,0			11,0

Zu Spalte 10: Umsetzung nach Kap. 05 40 - 422 01 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. R 1.

426 41

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht

Lohngr.	Ken- nung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Arb.	(993)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht - Reinigungsdienst -
Zusammen		1	(1)	

Kapitel 05 09
Verwaltungsgerichtsbarkeit

422 69

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
Aufsteigende Gehälter			
A 12	(001)	--	(1)
Zusammen		--	(1)

422 69

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
A 12 Versch.	(001)	1,0 0,0												1,0				0,0 0,0
Zusammen		1,0												1,0				0,0

425 69

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
V c	(001)	--	(1)
Zusammen		--	(1)

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

422 01

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Feste Gehälter				
R 6	(005)	1		Präsident/in des Landesarbeitsgerichts Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 3	(303)	1		mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG Vizepräsident/in des Landesarbeitsgerichts
R 3	(012)	14		ohne Amtszulage Vorsitzender/de Richter/in am Landesarbeitsgericht
R 3	(304)	1		Präsident/in des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main
Aufsteigende Gehälter				
R 2	(402)	1		mit Amtszulage nach Fußnote 4 BBesG Vizepräsident/in des Arbeitsgerichts
R 2	(303)	3		mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG Direktor/in des Arbeitsgerichts
R 2	(015)	2		ohne Amtszulage Direktor/in des Arbeitsgerichts
R 2	(016)	3		Richter/in als der/die ständige Vertreter/in des/der Direktors/in des Arbeitsgerichts
R 2	(017)	1		Richter/in am Arbeitsgericht als weiterer/e aufsichtsführender/de Richter/in
R 1	(103)	6		mit Amtszulage nach Fußnote 1 BBesG Direktor/in des Arbeitsgerichts
R 1	(005)	57	(53)	ohne Amtszulage Richter/in am Arbeitsgericht davon 3 Stellen kw zum 01.01.2005.
A 14	(001)	1		Regierungsobererrat/rätin
A 13	(Z01)	3		Oberamtsrat/rätin davon 1 ku nach Bes. Gr. A 12 - Amtsrat/rätin -
A 12	(001)	5		Amtsrat/rätin
A 11	(001)	11		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	10	(9)	Oberinspektor/in
A 9	(001)	6		Inspektor/in
A 9	(Z01)	2		Amtsinspektor/in
A 7	(001)	3		Obersekretär/in

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

422 01

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
A 5	(Z02)	--	Hauptwart/in
Zusammen		131	(126)

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnung der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003	Hebungen 2003			Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4		5	6		7		8		9		10		11		12
R 1	(005)	53,0												4,0				57,0
A 10	(001)	9,0												1,0				10,0
Versch.		64,0																64,0
Zusammen		126,0												5,0				131,0

Zu Spalte 10: Umsetzung von Kap. 05 09 - 422 01:

1 Planstelle der Bes.Gr. R 1

2 Planstellen der Bes.Gr. A 6 (Justizsekretär/in) unter gleichzeitiger Umwandlung in Planstellen der Bes.Gr. R 1

Umsetzung von Kap. 05 09 - 426 01:

1 Arbeiterstelle unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle der Bes.Gr. R 1

Umsetzung von Titel 422 69:

1 Planstelle der Bes.Gr. A 10

Unter Berücksichtigung der VOen zu § 26 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BBesG vom 23.12.1971 (BGBl. I S. 2162), zuletzt geändert durch Verordnung vom 03.06.1998 (BGBl. I S.1232) gliedern sich die Stellen des Stellenplans einschließlich der ATG 69 wie folgt:

Gehobener Dienst

Bes.Gr.	Kennung	§ 3 Nr.1 der VO (Vorprüfungs- beamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13	(Z01)	*1	2	3
A 12	(001)	1	4	5
A 11	(001)	--	11	11
A 10	(001)	--	10	10
A 9	(001)	--	6	6
Summe		2	33	35

* 1 Planstelle ku nach Bes. Gr. A 12

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Mittlerer Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9	(Z01)	2	--	2
A 7	(001)	--	3	3
Zusammen		2	3	5

422 41

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
R 1	(971)	2		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(974)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) aus sonstigen Gründen beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
R 1	(984)	2	(1)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
R 1	(992)	4	(5)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/Erziehungsurlaub
A 10	(992)	1	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) beurlaubte(n) Bedienstete(n), der/dem/denen Erziehungsurlaub gewährt ist
Zusammen		11	(10)	

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

422 41

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 41

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch														Stellen lt.Haus- halts- plan 2003	
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
R 1	(992)	5,0		1,0		2,0											4,0	
R 1	(984)	1,0		1,0													2,0	
A 10	(992)	0,0		1,0													1,0	
Versch.		4,0															4,0	
Zusammen		10,0		3,0		2,0											11,0	

422 61

S T E L L E N P L A N 2003

Stellenplan

über den Bedarf an Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
A 9	(W03)	6	
Rechtspflegeranwärter/in			
Zusammen		6	(6)

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	2003	Stellen (Vorjahr)	
V b	(001)	5		
V c	(001)	36	(34)	
V c	(T01)	1		Altersteilzeitstelle kw
VII	(001)	140,50	(139,50)	
VII	(T01)	1		Altersteilzeitstelle kw
VIII	(001)	3		
IX b	(001)	1		
Azubi	(001)	9		
Zusammen		196,50	(193,50)	

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

425 01

E R L Ä U T E R U N G E N

Änderung der Stellenübersicht bei 425 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
V c	(001)	34,0												2,0			36,0	
VII	(001)	139,5												1,0			140,5	
Versch.		20,0															20,0	
Zusammen		193,5												3,0			196,5	

Zu Spalte 10: Umsetzung von Titel 425 69:
2 Stellen der Verg.Gr. V c BAT
1 Stelle der Verg.Gr. VII BAT

Von den Stellen sind bestimmt für:

Verg. Gr.	Registrier- dienst	Schreib- dienst	Vorzimmer- dienst
VII	--	* 140,5	--
VIII	1	4	--
Zusammen	1	144,5	--

* Davon 86 im Protokolldienst

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

426 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Arb.	(001)	1		Arbeiter/in
Zusammen		1	(1)	

422 69

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Aufsteigende Gehälter				
A 10	(001)	--	(1)	Oberinspektor/in
Zusammen		--	(1)	

422 69

ERLÄUTERUNGEN zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003				
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003	
		+ --		+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12						
A 10 Versch.	(001)	1,0 0,0											1,0				0,0 0,0
Zusammen		1,0											1,0				0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung zu Titel 422 01.

Kapitel 05 40
Gerichte für Arbeitssachen

425 69

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
V c	(001)	--	(2)
VII	(001)	--	(1)
Zusammen		--	(3)

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

425 69

ERLÄUTERUNGEN

Änderung der Stellenübersicht bei 425 69

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch										Stellen lt.Haus- halts- plan 2003					
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
1	2	3	+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	+	--	12
V c	(001)	2,0																0,0
VII	(001)	1,0																0,0
Versch.		0,0																0,0
Zusammen		3,0																0,0

Zu Spalte 10: Umsetzung zu Titel 425 01.

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003 (Vorjahr)	
Feste Gehälter			
R 6	(003)	1	Präsident/in des Landessozialgerichts Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 700 EUR.
R 3	(301)	1	Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG Vizepräsident/in des Landessozialgerichts
R 3	(008)	6	Ohne Amtszulage Vorsitzender/de Richter/in am Landessozialgericht
R 3	(013)	1	Präsident/in des Sozialgerichts
Aufsteigende Gehälter			
Mit Amtszulage nach Fußnote 3 BBesG			
R 2	(302)	2	Direktor/in des Sozialgerichts Mit Amtszulage nach Fußnote 4 BBesG
R 2	(402)	1	Vizepräsident/in des Sozialgerichts
R 2	(009)	22	Ohne Amtszulage Richter/in am Landessozialgericht Ein/eine Stelleninhaber/in erhält für seine/ihre Tätigkeit als Richter/in beim Landes- sozialgericht eine nichtruhegehaltsfähige Zulage von jährlich 2 900 EUR.
R 2	(010)	3	Direktor/in des Sozialgerichts
R 2	(011)	2	Richter/in als der/die ständige Vertreter/in des/der Direktors/in des Sozi- algerichts
R 2	(018)	1	Richter/in am Sozialgericht als weiterer/e aufsichtsführender/de Richter/ in
Mit Amtszulage nach Fußnote 1 BBesG			
R 1	(102)	1	Direktor/in des Sozialgerichts
Ohne Amtszulage			
R 1	(003)	47	Richter/in am Sozialgericht
A 14	(001)	1	Regierungsoberrat/rätin
A 13	(Z01)	3	Oberamtsrat/rätin Davon 1 Stelle ku nach Bes. Gr. A 11 Amtmann/Amtfrau
A 12	(001)	4 (3)	Amtsrat/rätin
A 11	(001)	11	Amtmann/Amtfrau

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

422 01

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
A 10	(001)	14	Oberinspektor/in Davon 2 Stellen ku nach Bes.Gr. A 9 Inspektor/in
A 9	(001)	1	Inspektor/in
A 9	(Z01)	3	Amtsinspektor/in
A 8	(001)	2	Hauptsekretär/in Davon 1 Stelle ku nach Bes.Gr. A 7 Obersekretär/in, wobei die zweite freiwerdende Stelle umzuwandeln ist.
A 6	(011)	3	Oberamtsmeister/in
A 5	(Z01)	10	Oberamtsmeister/in
A 4	(001)	1	Amtsmeister/in
Zusammen		141	(140)

Die Planstellen für Richter können auch mit Richtern anderer Amtsbezeichnung der gleichen Besoldungsgruppe des Einzelplans 05 besetzt werden.

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 01

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch												Stellen lt.Haus- halts- plan 2003			
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
A 12 Versch.	(001)	3,0 137,0												1,0			4,0 137,0	
Zusammen		140,0												1,0			141,0	

Zu Spalte 10: Umsetzung von Titel 422 69.

Im Registratordienst sind tätig :

Beamte der Bes.Gr.	Planstellen
A 9	1
A 8	1
Zusammen	2

Unter Berücksichtigung der VOen zu § 26 Abs. 4 Nrn. 1 und 2 BBesG vom 23.12.1971 (BGBl. I S. 2162), zuletzt geändert durch Verordnung vom 03.06.1998 (BGBl. I S.1232) gliedern sich die Stellen des Stellenplans einschließlich der ATG 69 wie folgt:

Gehobener Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 1 der VO (Vorprüfungs- beamte)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 13	(Z01)	*1	2	3
A 12	(001)	--	4	4
A 11	(001)	--	11	11
A 10	(001)	--	**14	14
A 9	(001)	--	1	1
Zusammen		1	32	33

* 1 Planstellen ku nach Bes.Gr. A 11

**2 Planstellen ku nach Bes.Gr. A 9

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

422 01

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Mittlerer Dienst

Bes. Gr.	Kennung	§ 3 Nr. 4 der VO (Sachbearbeiter des mittl. Dienstes)	restliche Stellen	Summe der Stellen
A 9	(Z01)	3	--	3
A 8	(001)	*2	--	2
Zusammen		5	--	5

* 1 Planstelle ku nach Bes. Gr. A 7

422 41

S T E L L E N P L A N 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
R 2	(984)	1	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
R 2	(986)	1	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Richter/in, der/die zu einer hessischen Ver- waltungsbehörde abgeordnet ist/sind
R 2	(996)	--	(1)	Leerstelle(n) kw für Universitätsprofessoren/innen, denen ein Richteramt übertragen ist
R 1	(971)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 7 a HRiG/§ 7 b HRiG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
R 1	(984)	1	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) zu einem anderen Dienstherrn abgeordnete(n) Bedienstete(n)
R 1	(992)	4	(--)	Leerstelle(n) kw für (eine(n)) beurlaubte(n) Bedienstete(n), der/dem/ denen Erziehungsurlaub gewährt ist
R 1	(998)	1		Leerstelle(n) für Bedienstete, die bei obersten Landesbehörden oder Bundesbehörden beschäftigt sind und dort auf freien Planstellen geführt werden
A 10	(970)	1,50		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
Zusammen		10,50	(4,50)	

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

422 41

E R L Ä U T E R U N G E N zum Stellenplan 2003

Änderung des Stellenplans bei 422 41

Bes. Gr. Verg.Gr. Funktion	Ken- nung	Stellen lt.Haus- halts- plan 2002	Veränderungen aufgrund von/durch												Stellen lt.Haus- halts- plan 2003			
			§ 50 LHO		§ 10 HG	§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2003		Hebungen 2003		Umset- zungen/ Umwandl. 2003		Sonstige Verände- rungen 2003		
			+	--	+	+	--	+	--	+	--	+	--	+		--	+	--
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12							
R 2	(996)	1,0					1,0											
R 2	(986)	0,0			1,0													
R 2	(984)	0,0			1,0													
R 1	(992)	0,0			4,0													
R 1	(984)	0,0			1,0													
Versch.		3,5																
Zusammen		4,5			7,0			1,0										

422 61

S T E L L E N P L A N 2003

Stellenplan

über den Bedarf an Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
A 9	(W01)	5		Inspektoranwärter/in
Zusammen		5	(5)	

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

425 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Angestellten (auch Auszubildende)
Tariflich

Verg. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)
V b	(001)	2	
V c	(001)	11	
VI b	(001)	4	
VII	(001)	98,50	
VIII	(001)	1	
Azubi	(001)	24	
Zusammen		140,50	(140,50)

Im Falle des Bewährungsaufstiegs ist die höhere Vergütung aus der veranschlagten Stelle zu zahlen. Entsprechend ist zu verfahren, soweit in den Tätigkeitsmerkmalen der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT die Eingruppierung in eine höhere Vergütungsgruppe ohne Änderung der Tätigkeit nach Ablauf einer Zeit der Berufsausübung oder der Bewährung von mehr als sechs Monaten vorgesehen ist.

Zu Verg. Gr. VII: Soweit es sich um Schreib- und Fernschreibkräfte handelt, sind sie ihren Tätigkeitsmerkmalen entsprechend nach den Verg. Gr. VII bis IX b BAT zu vergüten.

425 01

ERLÄUTERUNGEN

Zu Spalte 10: Umwandlung einer Planstelle der Bes.Gr. A 4 nach Verg.Gr. VIII BAT unter gleichzeitiger Umsetzung von Titel 422 01 auf Grund tatsächlicher Besetzung

Von den Stellen sind bestimmt für:

Verg. Gr.	Registrierungs- dienst	Schreib- dienst	Vorzimmer- dienst
V c	--	--	1
VI b	2	--	--
VII	4	*91	--
Zusammen	6	91	1

* Davon 35,0 im Protokolldienst

Kapitel 05 50
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

426 01

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht
über den Bedarf an Arbeitern

Lohngr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Arb.	(001)	11		Arbeiter/in
Zusammen		11	(11)	

426 41

STELLENÜBERSICHT 2003

Stellenübersicht

Lohngr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
Arb.	(993)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n), dessen/deren Arbeitsverhältnis während der Gewährung einer Rente auf Zeit ruht
Zusammen		1	(1)	

422 69

STELLENPLAN 2003

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2003	Stellen (Vorjahr)	
				Aufsteigende Gehälter
A 12	(001)	--	(1)	Amtsrat/rätin
Zusammen		--	(1)	